

„DIESELBE STADT – UND DOCH EINE GANZ ANDERE“

Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme
für ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer
nationalsozialistischen Unrechts

ANJA KRÄUTLER



**FONDS
ERINNERUNG UND ZUKUNFT**
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Impressum

© 2006 Fonds „Erinnerung und Zukunft“, Berlin

Verantwortlich: Sonja Böhme

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

Satz: Stellwerk Grafic Concepte+marketing

Druck: Druckerei Elsholz

ISBN-10: 3-9810631-4-7

ISBN-13: 978-3-9810631-4-1

**„DIESELBE STADT –
UND DOCH EINE GANZ ANDERE“**

**„DIESELBE STADT –
UND DOCH EINE GANZ ANDERE“**

Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme
für ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer
nationalsozialistischen Unrechts

ANJA KRÄUTLER



**FONDS
ERINNERUNG UND ZUKUNFT**
der Stiftung
Erinnerung, Verantwortung und Zukunft

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Einleitung	9
I. „Rückkehr auf Zeit“ oder „Besuch in der ‚alten Heimat‘“? – Besuchsprogramme für jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa	12
1.1 Vorgeschichte und Entstehung der Besuchsprogramme	12
1.2 Zur Ambivalenz einer Annäherung zwischen „Heimat“ und „Exil“	18
1.3 Umfang und Anlass kommunaler Besuchsprogramme	22
1.4 Die Vorbereitung der Besuche	28
1.5 „Die Reise hierher ist mir schwer gefallen, aber nun bin ich froh, dass ich hier bin“ – die Besuche und ihr Verlauf	32
1.6 Begegnungen mit Jugendlichen	37
1.7 „Was bleibt?“ – die Auswirkungen der Begegnungen	44
II. „Begegnungen am Tatort“ – Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene	49
2.1 „Wir dachten alle, keiner erinnert sich an uns“ – Vorgeschichte und Entstehung der Besuchsprogramme	49
2.2 „Ich hätte nie erwartet, noch einmal hierher zu kommen“ – Rahmenbedingungen, Umfang und Verlauf beispielhafter Besuche	56
2.2.1 Kommunale Besuchsprogramme	57
2.2.2 Bürgerschaftliche Besuchsprogramme	68
2.2.3 Firmeneinladungen	79
2.2.4 Begegnungen mit Jugendlichen	90

2.3	„Keine ‚Wiedergutmachung‘, aber eine Geste der Versöhnung...“ – Unterstützungs- und Entschädigungsinitiativen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter	100
2.4	„In meiner Seele ist es wärmer geworden“ – Auswirkungen und Folgen von „Begegnungen am Tatort“	109
III.	Resümee und Ausblick	113
IV.	Anhang	115
4.1	Kommentierte Auswahlbibliographie zu Besuchsprogrammen für jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa	115
4.1.1	Literatur	115
4.1.2	Film- und Audiodokumentationen	117
4.1.3	Internetseiten	118
4.2	Kommentierte Auswahlbibliographie zu Besuchsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene	119
4.2.1	Literatur	119
4.2.2	Film- und Audiodokumentationen	123
4.2.3	Internetseiten	125
	Abbildungsverzeichnis	127
	Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“	131

Vorwort

Die Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ im Jahr 2000 war das Ergebnis internationaler Verhandlungen und eines breiten gesellschaftlichen Verständigungsprozesses in Deutschland über den Umgang mit dem nationalsozialistischen Unrecht von Sklaven- und Zwangsarbeit. In einer gemeinsamen Anstrengung des Bundes und der deutschen Wirtschaft konnten dadurch 1,6 Mio. ehemalige Zwangsarbeiter, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, humanitäre Zahlungen in Höhe von 4,3 Mrd. Euro erhalten.

Viele bürgerschaftliche Initiativen haben sich seit den 80er Jahren für eine Anerkennung und Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa und der Mauer in Berlin war es möglich geworden, ehemalige Zwangsarbeiter auch aus Osteuropa nach Deutschland einzuladen. Kirchliche, bürgerschaftliche und kommunale Initiativen knüpften damit an die in den 60er Jahren in Westdeutschland begründete Tradition an, vertriebene jüdische Bürger einzuladen und ihnen Begegnungen mit jungen Menschen zu ermöglichen.

Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ hat seit Beginn seiner Fördertätigkeit im Jahr 2002 die Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen und Schulen bei der Durchführung von Begegnungsprogrammen als eine wesentliche Aufgabe angesehen. So konnten von 2002 bis 2005 insgesamt 2,6 Mio. Euro für Projekte zur Verfügung gestellt werden, in deren Rahmen über 2.400 ehemalige Zwangsarbeiter nach Deutschland eingeladen wurden. In dem internationalen Schulförderwettbewerb „Frieden für Europa – Europa für den Frieden“ hat der Fonds darüber hinaus den Dialog mit Zeitzeugen zu einem zentralen Moment internationaler historischer Projektarbeit für Schülerinnen und Schüler gemacht.

Die vorliegende Studie von Frau Anja Krätler gibt einen Einblick in die vielfältigen Initiativen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Kirchen und Unternehmen für Versöhnung, Völkerverständigung und Wiedergutmachung eingesetzt haben. Die Studie dokumentiert deutschlandweit 375 Initiativen und etwa 400 Materialien (Bücher, Filme, Ausstellungen, Online-Ressourcen). Sie sind auf der Website des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ in einer Datenbank „Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme“ verzeichnet und öffentlich zugänglich.

Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ wird im Rahmen seiner Förderprogramme auch künftig Begegnungen mit Zeitzeugen unterstützen und ihre Lebensschicksale der historisch-politischen Bildung zugänglich machen.

Unser Dank gilt allen, die an der Studie mitgewirkt und zum Entstehen dieser Dokumentation beigetragen haben. Besonders danken wir dem Deutschen Städte- tag, dem Deutschen Gemeindebund und dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit für ihre Unterstützung.

Dr. Ulrich Bopp

Vorstand Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Juni 2006

Einleitung

Die deutsche Gesellschaft steht sechzig Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur und der Befreiung der Überlebenden im Prozess der Vergangenheitsbewältigung vor einem – wie es der Historiker Norbert Frei ausdrückt – „erinnerungspolitischen Gezeitenwechsel“.¹ Es vollzieht sich ein Wandel in der Gedenk- und Erinnerungskultur, indem der Anteil der Zeitzeugen zunehmend schwindet und immer weniger Menschen den Krieg und die Verbrechen der NS-Zeit aus eigenem Erleben kennen. Das persönliche Erinnern der Zeitzeugen wird mit dem Generationswechsel sukzessive selbst zur Geschichte. Es müssen neue Wege gefunden werden, künftig auch ohne Zeitzeugen die Erinnerung an die NS-Verbrechen zu bewahren, den weiteren Aufarbeitungsprozess zu gestalten und aus den historischen Erfahrungen Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Der wechselhafte Prozess der Auseinandersetzung und des Umgangs mit der NS-Zeit ist längst selbst Thema wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und gesellschaftlicher Debatten geworden. Ein Aktionsfeld dieses Prozesses fand jedoch bisher wenig Beachtung: die persönliche Begegnung zwischen Opfern und Deutschen im Rahmen von kommunalen und bürgerschaftlichen Besuchsprogrammen. Ihre Geschichte reicht inzwischen über 40 Jahre zurück. Angefangen mit einigen wenigen Programmen zu Beginn der 1960er Jahre wurden sie vor allem seit Mitte der 1980er Jahre Bestandteil regionaler Erinnerungs- und Versöhnungsaktivitäten zahlreicher deutscher Städte und Gemeinden. Während sich die Einladungen anfangs an jüdische Emigranten richteten, kamen mit der „Entdeckung“ der Opfer von Zwangsarbeit in den 1980er Jahren und besonders im Zuge der Entschädigungsdebatte Ende der 1990er Jahre auch Besuchsprogramme für Angehörige dieser Opfergruppen hinzu.

Seit einigen Jahren ist die Zahl der Besuchsprogramme wieder rückläufig. Die Menschen, die die NS-Zeit im Erwachsenenalter miterlebt haben, sind inzwischen meist zu alt, um die beschwerliche Reise in ihre Vergangenheit anzutreten. Zunehmend begeben sich ihre Kinder und Enkelkinder auf die Suche nach ihren familiären Wurzeln und treten dabei auch mit den ehemaligen Heimatstädten ihrer Eltern und Großeltern in Kontakt. Der „Gezeitenwechsel“ hat somit auch die Besuchsprogramme erfasst und stellt die Städte nun vor die Aufgabe, neue Wege

¹ Frei, Norbert: Gefühlte Geschichte, in: DIE ZEIT, 44/2004; Frei, Norbert: 1945 und wir. Das Dritte Reich und die Deutschen, München 2005.

für eine Fortsetzung der Beziehungen zu ihren Bürgern im Exil, Opfern des Nationalsozialismus wie auch deren Nachkommen zu finden.

Obwohl Besuchsprogramme für jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa bis in die 1960er Jahre zurückreichen, liegt mit der Dokumentation „Besuch in der alten Heimat“, die die New Yorker Emigrantenzeitung AUFBAU im Oktober 1994 veröffentlichte, bislang nur eine einzige zusammenfassende Darstellung vor.² Der Deutsche Koordinierungsrat (DKR)³ bemühte sich in den Jahren 1995 und 1996, diese Dokumentation zu vervollständigen und führte hierzu eine umfassende Befragung zahlreicher Städte durch. Doch konnten die Ergebnisse der Umfrage seinerzeit wegen fehlender Finanzmittel nicht ausgewertet und veröffentlicht werden. Freundlicherweise stellte der DKR die damals von Jörg Roggenbuck gesammelten und dokumentierten Informationen für die vorliegende Untersuchung zur Verfügung.⁴ Zu Erfahrungen jüdischer Emigranten mit Besuchsprogrammen verfasste zudem Wolfgang Benz einen Aufsatz, in dem er die Wirkung der Besuchsprogramme auf die eingeladenen Gäste kritisch hinterfragt.⁵

Ein zusammenfassender Überblick über Besuchsprogramme für Opfer von NS-Zwangsarbeit liegt bisher nicht vor. Die umfassendste Darstellung von Besuchen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, in der neben einem kurzen Abriss über Besuche in anderen Städten ausführlich das Kölner Besuchsprogramm beschrieben wird, gibt Karola Fings in der Broschüre „Begegnungen am Tatort. Besuchsprogramme mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Ein Leitfaden“.⁶ Einen weiteren kurzen Überblick anhand ausgewählter Beispiele enthält ein bisher unveröffentlichter Vortrag von Katharina Hoffmann.⁷

² „Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, AUFBAU-Sonderausgabe vom 28. Oktober 1994.

³ Der Deutsche Koordinierungsrat ist ein Zusammenschluss aller Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Deutschland.

⁴ Angaben aus der Umfrage des Deutschen Koordinierungsrats werden im Folgenden als DKR-Material zitiert.

⁵ Benz, Wolfgang: Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre Heimatstädte, in: Exilforschung 9 (1991), S. 196-207.

⁶ Fings, Karola: Begegnungen am Tatort. Besuchsprogramme mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Ein Leitfaden [hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Deutscher Städtetag; Projektgruppe Messelager], Düsseldorf 1998.

⁷ Hoffmann, Katharina: Remembering Forced Labour Under National Socialism In Germany, unveröffentlichter Vortrag zur Konferenz „Beyond Camps and Forced Labour: Current International Research on Survivors of Nazi Persecution“, Imperial War Museum (London), 29-31 Januar 2003.

Die vorliegende Dokumentation basiert neben den genannten Veröffentlichungen vorrangig auf den Ergebnissen einer Umfrage, die die Autorin im Auftrag des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ im Frühjahr 2005 bei insgesamt 700 Städten und Gemeinden durchgeführt hat. Etwas über die Hälfte der angeschriebenen Städte hat daraufhin Auskunft zu entsprechenden Aktivitäten gegeben und zusätzliches Material (vor allem Dokumentationen einzelner Besuchsprogramme und Presseberichte) zur Verfügung gestellt. Ergänzt wurden die gesammelten Informationen durch Online- und Bibliotheksrecherchen. Die von den Städten bereitgestellten Materialien, die Dokumentation des AUFBAU und die Untersuchung von Wolfgang Benz vermitteln ferner einen Eindruck davon, wie die eingeladenen Gäste die Besuche erlebt haben.

Einen Anspruch auf Vollständigkeit kann und soll diese Untersuchung nicht stellen. Die Vielfalt an Programmträgern und Akteuren erschwert eine umfassende Dokumentation, da eine einheitliche Befragung aufgrund der Unterschiedlichkeit der Trägerorganisationen sowie der von ihnen durchgeführten Programmformate kaum realisierbar ist. So konnten nur in Ausnahmefällen Zeitzeugenprogramme von Gedenkstätten, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen wie auch Besuchsprogramme kirchlicher Institutionen, regionaler Gewerkschaftsverbände oder einzelner Unternehmen berücksichtigt werden. Erwähnt sei jedoch, dass sowohl die katholische Kirche im Rahmen des „Versöhnungsfonds“ als auch einzelne Landeskirchen der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) Besuche finanziell gefördert haben. Zudem organisiert das Maximilian-Kolbe-Werk seit 1978 kontinuierlich zweiwöchige Begegnungsaufenthalte für KZ- und Ghetto-Überlebende in Deutschland.

Ziel der vorliegenden Studie ist es, einen ersten Gesamtüberblick über die Entstehung und Entwicklung der Besuchsprogramme zu geben und anhand von Beispielen einige Charakteristika und Besonderheiten der Programme zu dokumentieren. Damit soll das Engagement der Menschen gewürdigt werden, die zum Zustandekommen der Besuchsprogramme beigetragen und damit einen wichtigen Anstoß zur Wiederannäherung zwischen den einstigen Opfern und dem heutigen Deutschland gegeben haben. Wenn die Darstellung darüber hinaus einen Erfahrungsaustausch der Programmträger untereinander auch in Hinblick auf die Fortführung der Programme anregt, wäre ein weiteres Anliegen erfüllt.

I. „Rückkehr auf Zeit“ oder „Besuch in der ‚alten Heimat‘“? – Besuchsprogramme für jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa

Der erste Teil der Studie widmet sich Begegnungsprogrammen für jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa. Dabei werden zuerst die Hintergründe ihrer Entstehungsgeschichte beleuchtet und auslösende Faktoren benannt. Ein zentrales Anliegen war es, den jüdischen Emigranten einen „Besuch in der alten Heimat“ zu ermöglichen, einer Heimat, der sie durch die Ereignisse der NS-Zeit auf grausamste Weise beraubt wurden. Dass die Annäherung zwischen „Heimat“ und „Exil“ von vielen Ambivalenzen begleitet war, zeigen auch die in einem gesonderten Kapitel behandelten diesbezüglichen Erfahrungen im Rahmen der Besuchsprogramme. Darauf folgend werden Charakteristika und Unterschiede der Programme in einem Überblick über Teilnehmerzahlen, Einladungshäufigkeit und -rhythmus wie auch terminlichen Anlässen skizziert und die Vorbereitungen und auch der Verlauf einiger Besuche beschrieben. Begegnungen zwischen jüdischen Emigranten und deutschen Jugendlichen waren zwar bereits früher ein Bestandteil der Besuchsprogramme, doch erst in den 1990er Jahren wurden Jugendliche stärker in die Programmgestaltung einbezogen. Da insbesondere die Gespräche mit jungen Menschen bei den Gästen oft einen bleibenden Eindruck hinterlassen, sollen einige bemerkenswerte Begegnungen ausführlicher beschrieben werden. Abschließend werden einige Aspekte zur Wirkung der Besuchsprogramme hinterfragt und Überlegungen zu den Perspektiven für die Begegnungen zwischen jüdischen Emigranten und ihren Nachkommen einerseits und dem heutigen Deutschland andererseits angestellt.

1.1 Vorgeschichte und Entstehung der Besuchsprogramme

Die erste „Wiederannäherung“ jüdischer Emigranten an Deutschland fand in den direkten Nachkriegsjahren auf unterschiedlichste Weise und aus mannigfachen Beweggründen statt.⁸ So kamen einige als Soldaten der amerikanischen Armee erstmals wieder nach Deutschland. Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager blieb nach ihrer Befreiung oft nichts anderes übrig, als erst einmal an ihren letzten Wohnort zurückzukehren. Andere kamen zur Klärung von Entschädigungsfragen oder auf der Suche nach Angehörigen nach Deutschland,

⁸ Vgl. hierzu beispielhafte Schilderungen bei: Jakobi, Franz-Josef/Freund, Susanne (Hrsg.): Jüdische Familien in Münster 1918–1945, Teil 2,2: Abhandlungen und Dokumente 1933–1945, Münster 2001, S. 919–922.

oder sie nutzten eine Europareise für einen ersten Kurzbesuch, um zu sehen, was aus dem früheren Wohnhaus geworden war.

Während diese Besuche meist privater Natur waren und unter Vermeidung jeglicher Öffentlichkeit stattfanden, sind erstmals seit den 1960er Jahren Besuche jüdischer Emigranten bekannt, die offiziell und auf Kosten der Städte nach **München, Regensburg, Schweinfurt** (alle 1961), **Oberhausen** (1962), **Delmenhorst** (1965), **Hamburg** und **Hannover** (1966) eingeladen wurden. Hierbei handelte es sich jeweils um individuelle Einladungen, die auf einem Stadtratsbeschluss basierten und an Personen gerichtet waren, die sich zuvor an die Stadtverwaltungen gewandt hatten.

Der erste Aufenthalt einer größeren Besuchsgruppe jüdischer Emigranten auf offizielle Einladung einer Stadt fand in **Berlin** mit insgesamt 126 Gästen im Herbst 1969 statt. Dieser Besuch war der Beginn des deutschlandweit größten Einladungsprogramms für Emigranten (gemessen an den bis heute insgesamt über 33.000 Gästen), die während der NS-Zeit aus religiösen, politischen oder anderen Verfolgungsgründen Deutschland verlassen mussten. Weitere umfangreichere Gruppenbesuche in anderen Städten sind erst seit Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre bekannt.⁹ Anlass und Motor dieser steigenden Anzahl an Einladungsinitiativen dürfte insbesondere der 40. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 gewesen sein. Als Motivationsschub für die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen und ein verstärktes Interesse am Schicksal jüdischer Emigranten und Überlebenden der Shoa wirkten jedoch auch Medienereignisse, wie die Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ im Januar 1979.

In den 1980er Jahren schwoh die Anzahl der Programme in der Bundesrepublik „zu einem wahren Strom an, kalendermäßig begründet durch den 50. Jahrestag des Pogroms vom 9. und 10. November 1938.“¹⁰ Tatsächlich kamen zu den rund 30 Städten und Gemeinden, die bis Ende der 1970er Jahre Besuchsprogramme anboten, in den achtziger Jahren insgesamt rund 160 Städte hinzu. Hiervon luden

⁹ Dortmund (1978, ca. 160 Gäste), Bonn (1980, ca. 110 Gäste), Frankfurt a.M. (1980, ca. 130 Gäste); eine größere Gesamtzahl an Emigranten luden 1978 auch Aschaffenburg und Erlangen anlässlich des 40jährigen Gedenkens der Pogrome von 1938 ein, doch kam es aus organisatorischen Gründen erst Jahre später zur Realisierung des Vorhabens (Erlangen 1982, Aschaffenburg 1984). Vgl. DKR-Material (Materialien zu den jeweiligen Städten).

¹⁰ „Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, AUFBAU-Sonderausgabe vom 28. Oktober 1994, S. 2.

allein im „Gedenkjahr 1988“ über 40 Städte erstmals ihre ehemaligen Bürger jüdischer Herkunft ein.¹¹ Außerdem begaben sich in den 1980er Jahren auch vermehrt kleinere Städte und Gemeinden auf „Spurensuche“ nach ihren vertriebenen Bürgern jüdischer Herkunft und luden diese zu einem Besuch ein.

Die Vorgeschichte und Entstehung einzelner Besuchsprogramme war von verschiedenen, regional bedingten Faktoren abhängig. Da hier jedoch keine detaillierte Darstellung einzelner Programme geleistet werden kann, sollen im Folgenden nur einige Aspekte genannt werden, die deutschlandweit die „regionalgeschichtliche Spurensuche“ zum Schicksal der Juden ausgelöst und im Weiteren zur Entstehung von Besuchsprogrammen beigetragen haben.

Angeregt durch den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, der sich in den Jahren 1981 bis 1985 mit dem Thema „Alltag des Nationalsozialismus“ beschäftigte, begannen deutschlandweit Schüler zum Schicksal der jüdischen Bevölkerung während und nach der NS-Zeit zu forschen. Zahlreiche Jugendliche führten Archivrecherchen und Zeitzeugen-Befragungen durch. Einige von ihnen suchten auch nach dem Verbleib jüdischer Emigranten aus ihrer Stadt und nahmen Kontakt zu diesen auf. Bekannt sind solche Fälle zum Beispiel aus **Koblenz** (1985, Forschungsprojekt zum Schuljubiläum), **Krefeld** (1983, Schülerprojekt zum Schicksal der Krefelder Juden) und **Tönisvorst**¹² (1983, Forschungsprojekt dreier Hauptschulen zum Schicksal der jüdischen Bevölkerung). Während solche Schülerprojekte in den 1990er Jahren häufiger zur Einladung jüdischer Emigranten geführt haben, waren sie in den 1980er Jahren noch seltene Auslöser von Begegnungen. Doch schufen sie durch die Ermittlung von Adressen eine wichtige Grundlage für spätere Besuchsprogramme. Auch brachten vielerorts die Arbeiten der Jugendlichen bis dahin tabuisierte oder verdrängte Aspekte der lokalen NS-Vergangenheit zur Sprache.

Widerstände gegen die Aufdeckung der lokalen NS-Geschichte beförderten das Engagement historisch-politisch interessierter Personen, die sich gegen das bisherige Verschweigen unliebsamer Fragen zur NS-Geschichte wendeten. Dieses Engagement fand in den achtziger Jahren vor allem in Geschichtswerk-

¹¹ Ergänzend sei erwähnt, dass zwischen 1980 und 1987 ca. 100 Städte jüdische Emigranten erstmals offiziell einluden. 1989 kamen weitere 20 Städte hinzu.

¹² Zu allen drei Städten stammen die Hinweise aus der Umfrage des Fonds „Erinnerung, und Zukunft“ im Frühjahr 2005. Das Forschungsprojekt in Tönisvorst wurde in einer Broschüre dokumentiert. Vgl. Stadt Tönisvorst (Hrsg.): Dokumentation über das Schicksal der jüdischen Einwohner von St. Tönis und Vorst, Tönisvorst im Juni 1984.

stätten und historischen Arbeitskreisen Ausdruck.¹³ Mitglieder dieser Initiativen begaben sich auf „Spurensuche“ in regionalen Archiven, befragten ansässige Zeitzeugen und nahmen zu im Ausland lebenden Opfern der NS-Verfolgung Kontakt auf, um auch diese zu ihrem Schicksal zu befragen. Gerade solche Nachforschungen und davon ausgehende Diskussionen über Defizite in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit setzten die Städte und Gemeinden zunehmend unter Handlungsdruck.

Zwei weitere Aspekte dürften verstärkte Initiativen der Städte seit den achtziger Jahren angeregt haben:

Im Mai 1980 führte der Deutsche Städtetag unter seinen Mitgliedern eine umfangreiche Befragung zur „Kontaktpflege zu ehemaligen jüdischen Mitbürgern“ durch und erkundigte sich darin nach der Unterstützung bei Besuchsreisen.¹⁴ Viele Städte wurden durch diese Befragung und deren Ergebnisse dazu angeregt, auch selbst die Initiative zur Einladung jüdischer Emigranten zu ergreifen.¹⁵

Ein Jahr später, im Mai 1981, wurde der Deutsche Koordinierungsrat (DKR) von seiner Mitgliederversammlung auf Antrag der Marburger Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. beauftragt, beim Deutschen Städte- und Landkreistag verstärkt Einladungen an jüdische Emigranten anzuregen.¹⁶ Ob, und wenn ja in welcher Form, der Städtetag tatsächlich die damalige Anregung aufgriff und gegenüber seinen Mitgliedsstädten eine entsprechende Empfehlung aussprach, ist nicht bekannt. Aber selbst wenn dies nicht geschah, so dürften spätestens seit diesem Zeitpunkt die damals insgesamt 76 über die gesamte Bundesrepublik verteilten Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit verstärkt auf solche Einladungen hingewirkt haben. Auch sind aus den 1980ern erstmals Anfragen einzelner Städte bei anderen Kommunen bekannt, die anschaulich machen, wie diese jüdische Emigranten eingeladen haben, was auf ein stärkeres Interesse oder

¹³ Vgl. Frei, Alfred: Geschichte aus den „Graswurzeln“? Geschichtswerkstätten in der historischen Kulturarbeit, in: Das Parlament, B 2/88, S. 35–46.

¹⁴ Vgl. Schreiben des Deutschen Städtetags vom 5.12.1980 (Aktenzeichen: Dir 127-21) an alle unmittelbaren Mitgliedsstädte und die Landesverbände, die Befragung „Kontaktpflege zu ehemaligen jüdischen Mitbürgern im Ausland“ betreffend. Eine vorherige Befragung des Deutschen Städtetags im Jahr 1970 ist – ohne Hinweis über Umfang und Ergebnisse – durch einen Hinweis der Stadt Düsseldorf im Rahmen der Umfrage des Deutschen Koordinierungsrats im Jahr 1996 bekannt.

¹⁵ Dies gaben einige Städte sowohl bei der Umfrage des Deutschen Koordinierungsrats von 1996 als auch des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ im Frühjahr 2005 an.

¹⁶ Vgl. Bürgermeister- und Presseamt der Stadt Erlangen (Hrsg.): Rechenschaftsbericht über meine 15jährige eigenständige ehrenamtliche Tätigkeit als Beauftragte der Stadt Erlangen für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger (von Ilse Sponsel), Erlangen 1996, S. 11ff.

einen gewachsenen Handlungsdruck der Städte hinweist.¹⁷ Sie dürften durch die zunehmenden Aktivitäten von Vereinen bedingt gewesen sein, aber auch durch häufigere Anfragen von Emigranten, die aus Erzählungen anderer oder über Berichte in Emigrantenzeitungen erfahren hatten, dass deutsche Städte Unterstützung für Besuchsreisen anboten.

Fast zeitgleich zur stärkeren gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in der Bundesrepublik vollzogen sich auch in der DDR Veränderungen im Umgang mit der Shoa und den jüdischen Opfern. Bekanntermaßen nahm die Shoa in der offiziellen Geschichtspolitik der DDR nur eine marginalisierte Rolle ein.¹⁸ Bis in die 1980er Jahre wurde das Gedenken an die Opfer der Shoa weitgehend den jüdischen Gemeinden und kirchlichen Kreisen überlassen, darunter auch „Aktion Sühnezeichen“.¹⁹ Diese unterhielten mitunter Kontakt zu jüdischen Emigranten und Überlebenden der Shoa, doch waren offizielle Einladungen unter den gegebenen Umständen kaum vorstellbar.

Dies begann sich jedoch Ende der 1970er, und besonders Mitte der 1980er Jahre, zu ändern. Einerseits regten sich in oppositionellen Kreisen zunehmend Proteste gegen die offizielle Ausblendung der jüdischen NS-Opfer. Zudem kamen Forderungen nach einer Revision der offiziellen Geschichtspolitik auf.²⁰ Zudem vollzog die DDR-Führung seit Mitte der 1980er Jahre auch selbst einen geschichtspolitischen Kurswechsel. Grund hierfür war unter anderem das Bestreben, über Kontakte zum Jüdischen Weltkongress und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eine Verbesserung der politischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu bewirken. Dies erforderte jedoch auch einen anderen Umgang mit der NS-Vergangenheit, insbesondere mit der Shoa.

¹⁷ So befragte zum Beispiel die Stadt Limburg a.d. Lahn laut Auskunft im Rahmen der Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ im Frühjahr 2005 1980 andere Städte nach deren Vorgehen. Die Stadt Münster befragte 1988 andere westfälische Städte nach ihren Erfahrungen. Vgl. Jakobi, Franz-Josef/Freund, Susanne (Hrsg.): Jüdische Familien in Münster 1918–1945, Teil 2,2: Abhandlungen und Dokumente 1933–1945, Münster 2001, S. 925.

¹⁸ Vgl. Groehler, Olaf: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hrsg. v. Rolf Steininger, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 233–245.

¹⁹ Vgl. Timm, Angelika: Der 9. November 1938 in der politischen Kultur der DDR, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hrsg. v. Rolf Steininger, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 246–262; „Eine Fahrt nach Auschwitz. Gespräch mit Konrad Weiß“, in: Horch und Guck, Heft 44/1 (2003).

²⁰ Hier ist v.a. die Erklärung von Markus Meckel und Martin Gutzeit zu nennen, die sie zum 8. Mai 1985 veröffentlichten und in der sie zeitgleich mit der Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker eine rückhaltlose Auseinandersetzung mit der NS-Zeit forderten. Vgl. Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 429ff.

Angesichts des bevorstehenden „Gedenkjahres 1988“ regte die DDR-Führung deshalb seit 1987 verstärkt historische Forschungsarbeiten zur Shoa an, unter anderem auch auf regionaler Ebene. Vermehrt erschienen in der Presse Artikel zur jüdischen Geschichte und Kultur. Auch die Pflege jüdischer Friedhöfe wurde häufiger „von oben“ angeordnet, meist um diese für geplante Gedenkveranstaltungen nutzen zu können.²¹ Schließlich wurden im November 1988 erste offizielle Einladungen an Überlebende der Shoa zu Gedenkveranstaltungen bekannt. Ob es sich bei diesem Kurswechsel der Geschichtspolitik nur um ein zeitlich begrenztes Phänomen handelte, kann wegen des politischen Zusammenbruchs des DDR-Systems nicht mehr beurteilt werden. Doch überwiegt die Einschätzung, dass die damaligen Veränderungen in der Geschichtspolitik auch ein Ausdruck der inneren Krise und des Legitimationsverlusts der DDR-Regierung waren.²²

In den 1990er Jahren setzte sich die Ausweitung der Besuchsprogramme für jüdische Emigranten nun gleichermaßen in Ost- und Westdeutschland fort. Die erste ostdeutsche Stadt, die nach der Wende eine Gruppe jüdischer Emigranten einlud, war im Juni 1991 die Stadt Plauen in Sachsen. Dort war bereits im April 1987 auf Stadtratsbeschluss eine Gedenkstätte auf dem Friedhof eingerichtet worden, die im November 1988 in Anwesenheit von aus Plauen stammenden Juden und ihren Angehörigen eingeweiht wurde. Doch handelte es sich bei den Gästen im Jahr 1988 um noch in der DDR lebende Juden, so dass die Einladung jüdischer Emigranten aus Israel drei Jahre später ein Novum darstellte.²³ Weitere ostdeutsche Städte folgten kurz darauf mit entsprechenden Besuchsprogrammen, so im Jahr 1992 **Rostock** (Juli), **Halle** (September) und **Leipzig** (November) und zwei Jahre später **Chemnitz** und **Dresden**.

Inzwischen haben deutschlandweit über 300 Städte in unterschiedlichem Umfang Besuchsprogramme mit jüdischen Emigranten durchgeführt. Noch immer gibt es

²¹ Vgl. Timm, Angelika: Der 9. November 1938 in der politischen Kultur der DDR, in: Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, hrsg. v. Rolf Steininger, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 260f.

²² Vgl. Gössel, Sylvia: Das Gedenkjahr 1988. Die kulturellen und politischen Aktivitäten der DDR im Umfeld des 50. Jahrestages der Pogromnacht. Antifaschistische Praxis im Schatten von Legitimationsverlust und Krise (unveröffentlichte Magisterarbeit), Universität Leipzig 2003. Dort wird auch eine umfassende Darstellung und kritische Analyse der Vorbereitungen zum Gedenkjahr 1988 gegeben.

²³ Vgl. Schmidt, Waltraud: Der Jüdische Friedhof Plauen. Geschichte, Gräber, Schicksale, Plauen 2003, S. 16. Ebenso 1988 erschien eine Veröffentlichung der Plauener jüdischen Geschichte, herausgegeben vom Vogtlandmuseum Plauen mit einem Vorwort des damaligen Plauener Oberbürgermeisters. Vgl. Schmidt, Hannes: Zur Geschichte der Israelitischen Religionsgemeinde Plauen i.V., Plauen 1988 (Schriftenreihe des Vogtlandmuseum Plauen, Heft 57).

Städte mit Wartelisten für weitere Gäste. Doch zeichnet sich allmählich ein deutlicher Wandel der Teilnehmerschaft ab.

Mit zunehmendem Alter können immer weniger Menschen, die die NS-Zeit im Erwachsenenalter erlebt haben, die beschwerliche Reise in ihr Herkunftsland antreten. Dagegen nimmt die Zahl derjenigen zu, die als Kinder zur Flucht aus Nazi-Deutschland gezwungen wurden und nun ihre Geburtsstadt besuchen wollen. Über Jahrzehnte hinweg verbanden sie den Geburtsort in Deutschland vor allem mit den tragischen Erlebnissen der jähren Ausgrenzung, der Flucht und des Verlustes naher Angehöriger. Doch mit steigendem Alter wächst bei jenen, die heute zwischen 60 und 75 Jahre alt sind, das Interesse an den Ort ihrer Kindheit. Nicht selten ist dieses Bedürfnis Ausdruck einer verstärkten Identitätssuche nach jahrzehntelanger Verdrängung der eigenen Herkunft.

Auch wenden sich auf der Suche nach familiären Wurzeln immer mehr in der „neuen Heimat“ geborene Kinder und Enkelkinder an die ehemaligen Heimatstädte ihrer Eltern oder Großeltern. Während sie bislang vor allem als Begleitpersonen eingeladen wurden, stehen die Städte nun zunehmend vor der Frage einer Ausweitung der Programme auf Angehörige der zweiten und dritten Generation.

1.2 Zur Ambivalenz einer Annäherung zwischen „Heimat“ und „Exil“

„Es war nicht leicht, ...[den] Entschluß [zur Einladung ehemaliger Berlinerinnen und Berliner] zu fassen. Konnte man es wagen, Menschen, denen in ihrer Heimat so schweres Leid zugefügt worden war, aufzufordern und zu bitten, wieder hierher-zukommen – und sei es nur für einige Tage?“²⁴

Die Bedenken, die im Vorfeld des Berliner Besuchsprogramms die Initiatoren bewegten, sind typisch für viele andere Einladungsinitiativen und die Unsicherheit darüber, wie die Menschen, an die sich die Einladung richtet, wohl darauf reagieren würden. Was würden sie empfinden, wenn sie einen behördlichen Brief aus Deutschland erhalten? Welche quälenden Erinnerungen und Ängste würden geweckt? Ist es zu verantworten, sie mit einem solchen Brief unvorbereitet zu konfrontieren?

Ansinnen der meisten Einladungsinitiativen ist es, den Menschen ein Zeichen der Erinnerung und Anerkennung ihrer Leiden zu senden und so den Versuch

²⁴ Völckers, Johannes: Eine Chronik der Berlin-Besuche emigrierter Mitbürger, in: Berliner Forum 3/81, S. 34.

einer Aussöhnung zu unternehmen. Doch steht es ihnen zu, diese Geste der Versöhnung ungefragt anzubieten? Drängen sie damit den Opfern ihr Bedürfnis nach Versöhnung und womöglich eine Auseinandersetzung auf, die sie selbst lieber meiden wollen? Diese Bedenken bewegte und bewegen viele Initiatoren von Einladungen jüdischer Emigranten.

Dass die Bedenken nicht unbegründet sind, zeigen Reaktionen derer, die ihre Gefühle nach Erhalt einer Einladung schilderten. So überkamen einen Gast der Stadt Hamburg Zweifel bezüglich der Motivation der Gastgeber: „War dies nur das Ergebnis eines Schuldkomplexes? Wollte man nur ‚nett‘ sein? Was versprach man sich davon?“²⁵

Sehr eindringlich schilderte eine gebürtige Erfurterin ihr Wechselbad der Gefühle, nachdem sie eine Einladung erhalten hatte:

„Vor einigen Monaten erhielt ich einen Brief, der mir den Atem verschlug. Auf dem Couvert standen mein jetziger Name und meine heutige Anschrift, sein Absender war der Oberbürgermeister von Erfurt. Mit bewundernswerter Gemessenheit und Einfühlsamkeit lud der erste Magistrat ‚seine ehemaligen jüdischen Mitbürger‘ zu einer Wiederbegegnung mit ihrer Heimatstadt ein. [...] Die Einladung rief in mir größte Ratlosigkeit hervor. Anders erging es meinem Bruder, der einen gleich lautenden Brief ebenfalls an seine jetzige Anschrift erhielt... Mein Bruder zögerte nur kurz und lehnte dann die Einladung ab. [...] Erfurt – was tun? Hingehen – war das nicht ein Verrat an meiner Mutter, die in Auschwitz von deutschen Händen den Tod erfahren hatte? Verriet ich nicht damit meinen Vater, der, wie ich später erfuhr, auf dem schrecklichen ‚Todesmarsch‘ sein Leben ließ...? [...] In meinen Ohren dröhnten die strengen Vorwürfe meiner Mutter: ‚Du wagst es, in diese Stadt zurückzukehren, mitten unter dieses Volk, das ausnahmslos die Gewalt gebilligt hat, die man uns antat, das so namenlose Verbrechen vollbrachte!‘ Ich beriet mich mit Freunden. Die einen sagten: ‚Das ist eine sehr schöne Geste. Du musst hin.‘ Andere protestierten erschrocken: ‚Wenn du hingehst, steck den gelben Stern an...‘“²⁶

Während manche auf die Einladung überhaupt nicht reagierten, andere ihr Alter oder ihre Gesundheit als Hinderungsgrund für die Reise angaben, teilten nur

²⁵ HANSE ART, Nr. 6/92 (Dezember 1992/Januar 1993), S. 22.

²⁶ Tarcali, Olga: Rückkehr nach Erfurt. Erinnerungen an eine zerstörte Jugend, Erfurt 2001, S. 19f.

wenige ihre Entscheidung, nie wieder deutschen Boden betreten zu wollen oder sonstige Bedenken, die sie von der Reise abhielten, den Gastgebern auch mit.²⁷ Zwei dieser Beispiele seien hier zitiert:

„Ich weiß nicht, was 1982 den Stuttgarter Gemeinderat bewog, ‚ehemalige jüdische Mitbürger‘ einzuladen. Verfestigt man nach allem, was passiert ist, den Begriff Rassenzugehörigkeit dadurch nicht aufs Neue?“⁴²⁸

„...Ich muß Ihnen sagen, daß ich nicht den Wunsch habe, jemals nach Aurich zurückzukehren oder jemals wieder einen Fuß auf deutschen Boden zu setzen – denn meine Erinnerungen sind sehr, sehr traurig und bitter. Meine ganze Familie wurde in Auschwitz, Buchenwald und Theresienstadt ausgelöscht, nur meine Schwester überlebte, nach großen Leiden in den Vernichtungslagern. Aus ihr wurde ein völliges physisches Wrack. ...bei Gott, warum sollte ich nach Aurich zurückkehren? (...) Haben sich die Verhältnisse wirklich geändert? Ich bin davon abgekommen, Herr Bürgermeister. 63 Mitglieder meiner Familie starben durch die Hand der Nazis, und Sie laden mich ein, zurückzukehren? Nein, mein Herr, ich will niemals zurückkehren.“⁴²⁹

Die Einladung der einst brutal vertriebenen Menschen ist insofern für die deutschen Gastgeber immer auch ein Balanceakt, der Sensibilität und Verständnis dafür erfordert, dass nicht alle die Kraft haben oder willens sind, das Angebot einer Annäherung einzugehen.

So gestaltete sich die Begegnung zwischen den jüdischen Emigranten und Repräsentanten einer „versöhnungswilligen Bundesrepublik“ nicht immer einfach, wie auch Wolfgang Benz in seiner Untersuchung über die Erfahrungen jüdischer Emigranten mit Besuchsprogrammen beschreibt.³⁰ Einerseits zeigt die

²⁷ Aussagekräftige statistische Angaben zum Verhältnis von Zu- und Absagen oder zu Gründen der Absagen gibt es nicht. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass viele Städte nur auf Anfrage einladen, die Bereitschaft der Emigranten zu einem Besuch in solchen Fällen also ohnehin gegeben ist.

²⁸ Zit. nach Benz, Wolfgang: Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre ehemaligen Heimatstädte, in: Exilforschung 9 (1991), S. 200f.

²⁹ Zit. nach „Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, AUFBAU-Sonderausgabe vom 28. Oktober 1994, S. 30.

³⁰ Benz, Wolfgang: Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre ehemaligen Heimatstädte, in: Exilforschung 9 (1991), S.196–206.

Erfahrung vieler Besuchsprogramme, dass sie ein wichtiger und oft erfolgreicher Schritt für eine Wiederannäherung waren. Andererseits war die Begegnung für beide Seiten eine große Herausforderung, die viel Verständnis und Geduld erforderte: So gab es infolge fehlender Kenntnisse oder mangelnden Einfühlungsvermögens auf deutscher Seite häufig Befangenheit und Unsicherheit, vor allem zu Beginn einer Einladungsinitiative. Die Erwartung großer Versöhnungsgesten und einer Würdigung der unternommenen Anstrengungen wurde zwar häufig, aber nicht immer von den jüdischen Emigranten erfüllt. Deren Bedenken, Ängste oder ein aus der Verfolgungserfahrung resultierendes Misstrauen wurden von den Gastgebern, die ja guten Willens und meist frei von individueller Schuld waren, nicht selten missverstanden.

Welch schwieriges Terrain beim Aufbau neuer Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen und jüdischen Emigranten betreten wurde, zeigt eine Auseinandersetzung im Jahr 1989 zwischen der Stadt Erlangen und offiziellen Vertretern der Juden in Deutschland um die Bezeichnung „jüdische Mitbürger“³¹: Letztere kritisierten den Begriff unter Verweis darauf, dass dieser eine erneute Degradierung und Diskriminierung der bezeichneten Menschen bedeute und nicht zufällig im Kontext von „alte“, „ausländische“ oder „behinderte Mitbürger“ benutzt werde. Dagegen verteidigte die Erlanger „Beauftragte der Stadt Erlangen für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger“ die Formulierung und wandte ein, dass sich die von ihr betreuten Emigranten durch die Bezeichnung erklärtermaßen nicht diskriminiert fühlten.³²

Am Beispiel dieser Debatte wird deutlich, wie einerseits Repräsentanten der Juden in Deutschland berechtigterweise sensibel und kritisch die Aktivitäten beobachteten, im Licht der historischen Erfahrung werteten und manch wichtige Diskussion und Reflexion anstießen. Andererseits zeigte die Reaktion der jüdischen Emigranten im genannten Fall auch, dass die Entscheidung, wo sie sich in der Begegnung zwischen „Exil“ und „Heimat“ verorteten, vorrangig von einer

³¹ Vgl. hierzu ebda., S. 196f., und: Bürgermeister- und Presseamt der Stadt Erlangen (Hrsg.): Rechenschaftsbericht über meine 15jährige eigenständige ehrenamtliche Tätigkeit als Beauftragte der Stadt Erlangen für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger (von Ilse Sponzel), Erlangen 1996, S. 24ff.

³² Bis heute ist die Bezeichnung „ehemalige jüdische Mitbürger“ in Presseberichten und den Titeln entsprechender Besuchsprogramme gebräuchlich, wird jedoch zunehmend ersetzt durch „ehemalige jüdische Bürger“, seltener durch „jüdische ehemalige Bürger“ oder in Einzelfällen mit konkretem regionalen Bezug, wie z.B. in der Stadt Minden die Formulierung „Altminster Juden“.

persönlichen Sichtweise bestimmt ist. Dies zeigen viele Aussagen jüdischer Emigranten, denen sich durch den Besuch in Deutschland die Frage nach ihrem Verhältnis zur früheren „Heimat“ erneut stellte.³³ So betonten viele Gäste, dass sie durch ihren Aufenthalt und die neue persönliche Beziehung zu heutigen Deutschen einen Teil ihrer „früheren Heimat“ wieder gefunden hätten. Für sie erwies sich der Aufenthalt als ein „Besuch in der alten Heimat“, der es vielen zumindest erleichterte, mit dem eigenen Schicksal „Frieden zu schließen“. Andere distanzieren sich deutlich von dem Begriff „Heimat“ in Verbindung mit den besuchten Orten in Deutschland und meinen, dass sie zwar durch die Erinnerungen an Kindheit und Jugend eine gewisse Verbundenheit verspüren, das Empfinden dieser Orte als „Heimat“ ihnen aber durch die Erfahrungen der NS-Zeit für immer geraubt worden sei. Für sie war der Aufenthalt in Deutschland oft nur eine „Rückkehr auf Zeit“ und weniger ein Schritt zur weitergehenden Annäherung an das mit zwiespältigen Gefühlen behaftete Herkunftsland.

Die Ambivalenz, die sich somit im Spannungsfeld der Annäherung zwischen „Heimat“ und „Exil“ immer wieder ausdrückt, ist ein ständiger Begleiter der Besuchsprogramme. Zugleich zeigt jedes Einladungsprogramm, dass diese Form der Begegnung für beide Seiten eine einmalige Gelegenheit ist, die Befangenheiten, Ängste und Vorbehalte abzubauen und eine tatsächliche Annäherung zwischen Menschen, die sich sonst wahrscheinlich nie begegnet wären, auf ganz persönlicher Ebene zu erleben. Die Einladungsaktivitäten der Städte bilden hierfür eine wichtige Brückenfunktion, die Bereitschaft zahlreicher Emigranten zur Begegnung ist ein deutliches Zeichen für den großen Stellenwert dieses Angebots.

1.3 Umfang und Anlass kommunaler Besuchsprogramme

Der Umfang kommunaler Besuchsprogramme unterscheidet sich erheblich in der Teilnehmerzahl, der Einladungshäufigkeit, der jeweiligen Aufenthaltsdauer und den von den Kommunen getragenen Kosten.³⁴ Kontinuierliche Gruppen- oder Einzelbesuche jüdischer Emigranten wurden vor allem von Großstädten mit einst größeren jüdischen Gemeinden durchgeführt. Mittlere und kleinere Städte

³³ Vgl. Benz, Wolfgang: Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre ehemaligen Heimatstädte, in: *Exilforschung* 9 (1991), S. 196–206. Zum Thema „Heimat“ und individuelle Erinnerungen“ vgl. auch: Jakobi, Franz-Josef/Freund, Susanne (Hrsg.): *Jüdische Familien in Münster 1918–1945*, Teil 2,2: *Abhandlungen und Dokumente 1933–1945*, Münster 2001, S. 931ff.

³⁴ Alle folgenden Angaben basieren, sofern nicht anderweitig gekennzeichnet, auf den Ergebnissen der Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ im Frühjahr 2005 und der Umfrage des Deutschen Koordinierungsrats im Jahr 1996.

wählten dagegen meist einmalige oder seltener mehrmalige Gruppeneinladungen zu bestimmten Anlässen. Der folgende Überblick über die Einladungspraxis verschiedener Städte dokumentiert diese unterschiedlichen Formen und Anlässe von Besuchsprogrammen.

Welche Reise-, Unterbringungs- und sonstigen Kosten die Städte übernommen haben, unterscheidet sich nicht nur von Stadt zu Stadt, sondern unterliegt in den Städten, die kontinuierlich eingeladen haben, auch zeitlichen Schwankungen. Dies lag an der jeweiligen Haushaltslage der Städte, die sich vor allem in den 1990er Jahren deutlich verschlechterte und eine entsprechende Einschränkung beziehungsweise Neuverteilung der bereitgestellten Mittel zur Folge hatte.³⁵ Manche Städte erhöhten aber auch, zumindest für eine gewisse Zeit, das entsprechende Budget angesichts noch bestehender Wartelisten, um möglichst vielen Emigranten eine Reise zu ermöglichen. Denn es war zu befürchten, dass vielen Emigranten wegen ihres Alters eine spätere Reise nicht mehr möglich sein würde.

Häufig übernahmen die Städte und Gemeinden die gesamten Reise- und Unterbringungskosten. Zahlreiche Städte stellten entweder nur die Reise- oder nur Übernachtungskosten bereit. Die Kosten für Begleitpersonen wurden nicht von allen Städten übernommen, doch war dies in Anbetracht des Alters der Gäste und der erheblichen emotionalen Belastung der Reise durchaus weit verbreitet. Auch ist von einigen Städten – so zum Beispiel **Hannover** – bekannt, dass sie Besuche von Kindern oder Enkelkindern ehemaliger jüdischer Bürgerinnen und Bürger bezahlt haben, wenn diese die Einladung selbst nicht wahrnehmen konnten oder wollten. Nahezu alle Städte stellten zusätzlich Karten für kulturelle Veranstaltungen bereit und boten Besichtigungen der Städte und ihrer Umgebung an. In fast allen Städten wurden in der Regel die Kosten für einen einwöchigen Aufenthalt übernommen. Dabei wichen die großen Städte Frankfurt am Main, Stuttgart, München, Hannover und Wiesbaden mit ihren regelmäßigen Einladungen für bis zu 14 Tage von dieser sonst üblichen Praxis ab.

Kontinuierliche Gruppenbesuche

Gemessen an der Zahl der eingeladenen Gäste hat **Berlin** mit insgesamt über 33.000 Besucherinnen und Besuchern seit 1969 (Stand Ende 2004) das mit Abstand größte Besuchsprogramm durchgeführt. Im Jahr 1971 wurden erstmals

³⁵ Vgl. „Der Rotstift bestimmt die Versöhnung. Die Kassen sind leer. Sparen ist angesagt – auch bei den Besuchsprogrammen für ehemalige jüdische Bürger“, in: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Nr. 5/1997 (6.3.1997), S. 3.

mehr als 1.000 Besucher gezählt. Seit 1980 wurde diese Zahl regelmäßig überschritten. Wurden bis 1996 jährlich vier Besuchergruppen für je eine Woche empfangen, so musste dies seither aus finanziellen Gründen auf zwei Besuchergruppen jährlich reduziert werden. Doch bleibt Berlin mit rund 500 Gästen pro Jahr weit über der Teilnehmerzahl von Besuchsprogrammen anderer Städte.

Frankfurt am Main führt seit 1980 jährlich Gruppenbesuche mit jeweils rund 130 Teilnehmern für 14 Tage durch. Insgesamt wurden über 3.000 Gäste empfangen.³⁶ Nach **Hamburg** kamen seit 1966 insgesamt rund 2.540 jüdische Emigranten für eine Woche zu Besuch. Um eine persönliche Betreuung gewährleisten zu können, wurde hier besonderer Wert auf überschaubare Gruppen mit einer Teilnehmerzahl von 20-30 Personen (1972-1990) beziehungsweise 30-40 Personen (seit 1991) gelegt.³⁷ Auch **Stuttgart** (seit 1983 insgesamt über 1.300 Gäste), **Leipzig** (seit 1992 jährlich ca. 10 Personen mit je einer Begleitung) und **Dresden** (seit 1994 jährlich ca. 10-20 Personen mit zusätzlicher Begleitung) haben ihre ehemaligen jüdischen Bürger kontinuierlich zu Gruppenbesuchen eingeladen.

Kontinuierliche Einzelbesuche

Regelmäßig und zu frei wählbaren Terminen laden die Städte **München** (seit 1961), **Hannover** (seit 1966), **Wuppertal** (seit 1980) und **Essen** (seit 1981) ihre ehemaligen jüdischen Bürger zu Einzelbesuchen mit je einer Begleitperson ein. München und Hannover übernehmen für bis zu 14 Tagen Aufenthalt die Unterkunftskosten, bezahlen aber keine oder nur in Ausnahmefällen Reisekosten. Die Gäste der Stadt Hannover können darüber hinaus selbst entscheiden, ob sie die 14 Tage am Stück oder verteilt auf mehrere Besuche beanspruchen. Außerdem steht es ihnen frei, Aufenthaltstage auf ihre Kinder oder Enkelkinder zu übertragen.

Zeitlich wechselnde Einzel- und Gruppenbesuche

In den ersten Jahren haben die Städte **Düsseldorf** (seit 1972) und **Köln** (seit 1975) Einzeleinladungen an ihre ehemaligen jüdischen Bürger ausgesprochen. Beide Städte gingen jedoch später (Düsseldorf 1983, Köln 1985) dazu über, neben Einzel-

³⁶ Aufgrund des zunehmenden Alters der nach festen Kriterien bestimmten Einladungsberechtigten lud Frankfurt a.M. in den Jahren 1990-1992 jeweils zwei Besuchergruppen pro Jahr ein. Im Jahr 2004 wurde aus finanziellen Gründen, aber auch wegen sinkender Anfragen von Emigranten die Größe der Besuchsgruppen auf 60 Personen reduziert.

³⁷ Die Stadt Hamburg hat in Hinsicht auf das zunehmende Alter der Gäste den Einladungsrythmus von zwei Mal jährlich im Jahr 1991 auf fünf bis sechs Besuche pro Jahr erhöht und zusätzlich Einzeleinladungen ausgesprochen.

einladungen vorrangig jährliche Besuchsprogramme anzubieten, bei denen zu einem Termin eine Gruppe jüdischer Emigranten für eine Woche eingeladen wurde. In den Jahren 1989 bis 1995 kamen jedes Jahr zwischen 17 und 67 ehemalige Düsseldorfer mit Begleitung in die frühere Heimatstadt. Köln haben bis Mitte der 1990er Jahre rund 650 ehemalige jüdische Bürger mit Begleitung besucht.

Ein- oder mehrmalige Begegnungswochen in begrenztem Umfang

Freiburg im Breisgau hat zwischen 1985 und 1991 ein regelmäßiges Besuchsprogramm durchgeführt. Auch seit alle der Stadt bekannten ca. 200 jüdischen Emigranten zu einer jährlichen Begegnungswoche eingeladen worden sind, bietet die Stadt auf einzelne Anfragen weiterhin die Möglichkeit eines Kurzbesuchs. **Schleswig-Holstein** ist das einzige Bundesland, das Besuchsprogramme organisiert und durchgeführt hat. Zwischen 1986 und 1992 haben im Rahmen dieses Programms insgesamt über 200 Personen Schleswig-Holstein besucht.³⁸

Einmalige Einladung aller bekannten jüdischen Emigranten

Mönchengladbach (1989, 300 Gäste), **Aachen** (1992, 380 Gäste), **Halle (Saale)** (1992, 60 Gäste) und **Eisenach** (1995, 80 Gäste) haben alle ihnen bekannten jüdischen Emigranten jeweils einmalig zu einer Begegnungswoche eingeladen. Bei diesen Besuchen trafen sich in Mönchengladbach und Aachen jeweils Menschen aus 18 Ländern, nach Eisenach kamen ehemalige Eisenacher Bürger aus fünf Ländern und zur 300-Jahr-Feier der jüdischen Gemeinde in Halle reisten aus sechs Ländern ehemalige Mitglieder der Gemeinde an.

Kontinuierliche Einzeleinladungen und Gruppenbesuche zu besonderen Anlässen

Münster und Augsburg verfolgten eine wechselnde Einladungspraxis: Seit 1980 sprach die Stadt **Münster** Einzeleinladungen aus, bis der Stadtrat 1990 die Einladung aller bekannten jüdischen Emigranten zur 1.200-Jahr-Feier der Stadt im Jahr 1993 beschloss. Die Einladung wurde aus Rücksicht auf das Alter der Emigranten auf 1991 vorgezogen, so dass schließlich insgesamt 142 Gäste anreisen konnten.³⁹ Zum Stadtjubiläum besuchten zwei Jahre später erneut etwa

³⁸ Vgl. Stolz, Gerd: Reise in ein fernes Land... Gebündelte Eindrücke zu Entwicklung und Ablauf der Besuchsreisen, in: Rückkehr auf Zeit. Dokumentation zu den Besuchsreisen jüdischer ehemaliger Schleswig-Holsteiner in den Jahren 1986 bis 1992, S. 9–26.

³⁹ Vgl. Stadt Münster (Hrsg.): Begegnung ehemaliger jüdischer Bürger in und mit Münster (5. bis 12. Juni 1991). Eine Dokumentation, Münster 1991.

40 Personen ihre Geburtsstadt Münster. Die bayerische Stadt **Augsburg** nahm ihr 2.000-jähriges Jubiläum zum Anlass, alle ihr bekannten jüdischen Emigranten einzuladen. Zusätzlich ergingen Einladungen an alle emigrierten bayrisch-schwäbischen Juden, so dass insgesamt 200 Gäste im September 1985 einige Tage in ihren früheren Heimatgemeinden (**Augsburg, Ichenhausen, Nördlingen, Lindau, Harburg, Fischach, Buttenwiesen, Neu-Ulm, Memmingen, Kempten und Binswangen**) weilten. Da die Fahrtkosten seinerzeit nicht übernommen wurden, konnten einige der Eingeladenen die Gelegenheit nicht wahrnehmen. Daraufhin lud Augsburg ab 1986 jährlich eine kleine Gruppe früherer Bürger in ihre Geburtsstadt ein (bis 1995 rund 100 Gäste, einschließlich der Begleitpersonen).

Die unterschiedliche Einladungspraxis hatte auch unterschiedliche Programmgestaltungen zur Folge. Bei Einzelbesuchen wird den Gästen meist eine Betreuung durch Mitarbeiter der Städte angeboten, doch sehen diese eher privat gehaltenen Besuchsaufenthalte vor allem viel Raum für persönliche Erkundungen der früheren Heimatstädte vor. Besuche größerer Gruppen werden meist durchgehend betreut und mit einem umfangreichen Programm gestaltet. Ein zentraler Aspekt bei der Organisation von Gruppenbesuchen ist die Begegnung der Emigranten untereinander. Häufig bieten Gruppenbesuche die Gelegenheit, weltweit verstreute Verwandte oder frühere Schulkollegen, Freunde und Bekannte nach Jahrzehnten erstmals wieder zu sehen. Nicht selten erfahren sie erst durch die Einladung nach Deutschland vom Schicksal der anderen, und so wird der Aufenthalt ausgerechnet in dem Land, aus dem sie einst verschleppt und vertrieben wurden, mitunter zu einem „Familientreffen“. Oft ist vor allem das Wiedersehen mit anderen jüdischen Emigranten ein entscheidender Grund der Eingeladenen, die Reise anzutreten.

Für Gruppenbesuche wird, wenn sie nicht kontinuierlich organisiert werden, meist ein bestimmter terminlicher Anlass gewählt. Am häufigsten sind dies Gedenkveranstaltungen und Jahrestage wie der 11. November, der 8. Mai oder der 27. Januar. Oft wird mit dem Besuch einer Gruppe jüdischer Emigranten auch die Einweihung eines Mahn- oder Denkmals verbunden, als besondere symbolische Geste zur Würdigung und Anerkennung der Opfer. Der hohe Symbolcharakter eines solchen Anlasses ist für viele der eingeladenen Gäste ein wichtiges Zeichen dafür, dass am Ort ihres Leidens die Erinnerung an das Vergangene als Mahnung an die Gegenwart verstanden wird.

Von hohem Symbolcharakter sind auch Einladungen zu einem Stadtjubiläum oder der Einweihung eines neuen jüdischen Gemeindezentrums. Einladungen zu einem Stadtjubiläum sollen meist eine Brücke zwischen dem früheren und dem heutigen Stadtleben herstellen. Besuche zu solchen Terminen bieten die Gelegenheit, in einem offiziellen Rahmen an das oft in Vergessenheit geratene jüdische Leben zu erinnern. Auch kann die Bedeutung der einstigen jüdischen Bevölkerung für die Entwicklung der Städte besonders gewürdigt werden. So erinnerte in **Rotenburg an der Fulda** (Hessen) die „Arbeitsgruppe Spurensuche“ anlässlich des 750-jährigen Stadtjubiläums an das einst bedeutsame jüdische Leben in der Stadt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe bezogen damit auch jenen Teil der Bevölkerung Rotenburgs ein, der bei einem anderen Verlauf der Geschichte selbstverständlich an den der Feierlichkeiten teilgenommen hätte. Da jedoch in den offiziellen Planungen die Würdigung und Erinnerung der jüdischen Bevölkerung fehlte, ergriff die Arbeitsgruppe hierzu die Initiative. Die enorme Resonanz in der regionalen Presse wie auch eine beachtliche Besucherzahl bei den Vortragsveranstaltungen bewirkten fortan eine neue Bereitschaft zur Unterstützung der „Arbeitsgruppe Spurensuche“, die inzwischen das Wissen über Licht- und Schattenseiten des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden in Rotenburg erheblich bereichern konnte.⁴⁰

Als eine symbolische Brücke zwischen dem früheren und dem heutigen jüdischen Leben wird meist die Einladung zur Einweihung einer neuen Synagoge verstanden. So war in **Chemnitz** (Sachsen) eine Gruppe früher dort lebender Juden anwesend, als im März 2000 der Grundstein für eine neue Synagoge gelegt wurde, der ersten in Ostdeutschland seit der Wende.⁴¹ Für viele der Vertriebenen hat die Tatsache, dass das jüdische Leben in Deutschland wieder einen Aufschwung erlebt, eine große emotionale Bedeutung. Zeigt sich doch daran, dass es trotz der tiefen Wunden der NS-Zeit, der Vernichtung großer Teile jüdischer Kultur und jüdischen Lebens in Europa, einen Neuanfang geben kann. Zugleich ist die Einladung der einstigen Mitglieder deutscher jüdischer Gemeinden ein Zeichen der Anknüpfung an das lebendige Judentum in Deutschland vor der Shoa. Allerdings zeigt sich mancherorts zur Enttäuschung der angereisten Gäste, dass die meist aus Osteuropa zugewanderten neuen Gemeindemitglieder wenig Interesse an einem Kontakt zu den „ehemaligen Gemeindemitgliedern“ haben.⁴² Hier stellt sich auch für die Städte und Gemeinden die Aufgabe, mehr Brücken zwischen früherem und heutigem

⁴⁰ Zu den Aktivitäten und Publikationen der „Arbeitsgruppe Spurensuche“ und den Orten jüdischen Lebens in Rotenburg vgl.: www.ag-spurensuche.de und www.mikwe.de.

⁴¹ Vgl. diverse Berichte in der Leipziger Zeitung und der Freien Presse vom 17.3.2000.

Judentum in Deutschland zu schaffen. Einerseits bedarf es hierzu eines stärkeren Austauschs mit den aus Osteuropa zugewanderten Juden über die Geschichte deutsch-jüdischen Zusammenlebens. Andererseits könnten die Städte die Nachkommen deutscher Juden im Exil stärker darin unterstützen, ihren familiären Wurzeln nachzuspüren, persönliche Verbindungen zu Juden und Nichtjuden im Herkunftsland ihrer Vorfahren und damit eine Brücke zwischen sich und dem heutigen Deutschland aufzubauen. Eine deutlich rückläufige Zahl an Besuchsprogrammen in den letzten Jahren legt jedoch die Vermutung nahe, dass die Städte die Chance, die sich hier bieten könnte, noch nicht ausreichend erkannt haben.

1.4 Die Vorbereitung der Besuche

Die Vorbereitung der Besuchsaufenthalte ist eine Aufgabe, die kaum im behördlichen Alltag der Stadtverwaltungen bewältigt werden kann. Manche Städte richteten für die Betreuung der Gäste spezielle Dienststellen ein (z.B. **Berlin, Hamburg**). Die meisten übertrugen jedoch einem Mitarbeiter im Büro des Oberbürgermeisters, im Hauptamt der Stadtverwaltung oder im Amt für Ratsangelegenheiten diese Aufgabe.⁴³

Doch selbst in solchen Fällen sind die Städte meist auf ehrenamtliche Hilfe von Vereinen, bürgerschaftlichen Initiativen oder engagierten Einzelpersonen angewiesen, die sie vor allem fachlich und inhaltlich unterstützen. Da diese oft auch die Anregung zur Einladung gegeben und bereits zuvor persönlichen Kontakt zu den Emigranten hatten, stellten sie insbesondere in den Anfängen der Besuchsprogramme unabkömmliche Partner der Städte dar. Daraus sind oft kontinuierliche Kooperationen zwischen städtischen und ehrenamtlichen Strukturen entstanden. Bei Letzteren handelt es sich meist um Vereine oder Initiativen, die sich dem deutsch-israelischen oder christlich-jüdischen Dialog widmen,⁴⁴ Fördervereine von Gedenkstätten, christliche und jüdische Religionsgemeinden, Schulen und Bildungseinrichtungen. Einige der ehrenamtlich engagierten Initiativen und Personen unterstützen und begleiten jedoch nicht nur kommunale Einladungspro-

⁴² Vgl. z.B. „In der Mitte zerrissen“. Begegnungswoche in Mainz: Über geringes Interesse enttäuscht, in: Mainzer Rhein-Zeitung, 6.9.1995.

⁴³ Die Betreuung der jüdischen ehemaligen Bürger ist außerdem meist angesiedelt in folgenden Zuständigkeitsbereichen: Repräsentation (z.B. Hannover, Dresden), Internationale Beziehungen (z.B. Nürnberg, Chemnitz), Kultur (z.B. Düren), Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Mannheim, Würzburg), Tourismus (z.B. Düsseldorf) oder Entschädigungsfragen (z.B. Bremen).

⁴⁴ Besonders hervorzuheben sind hier die regionalen Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit oder Deutsch-Israelische Gesellschaften.

gramme, sondern übernehmen auch die Rolle eines kritischen Beobachters, der in der Öffentlichkeit unabhängiger agieren kann als es seitens der Stadtverwaltungen oft möglich war.

Neben besagten Vereinen und Initiativen hatten vor allem die jüdischen Kultusgemeinden, vereinzelt auch Schulklassen, im Rahmen von Projekten zum Schicksal der jüdischen Bevölkerung in der NS-Zeit bereits Verbindungen zu jüdischen Emigranten, so dass die Städte bei ihren Einladungen auf diese Kontakte aufbauen konnten. So gab es zum Beispiel in **Köln**, **Düsseldorf** und **Mainz** durch deutsch-israelische Städtepartnerschaften bereits Kontakte zu ehemaligen jüdischen Bürgern, die ihrerseits Verbindungen zu Emigranten in anderen Orten und Ländern vermitteln konnten.

Vierorts mussten jedoch – nachdem Jahre oder gar Jahrzehnte seit der Flucht und Vertreibung aus Deutschland vergangen waren – erst weltweit die Adressen

und Wohnorte früherer jüdischer Bürger ermittelt werden. Einige Städte veröffentlichten in jüdischen Emigrantenzeitschriften Mitteilungen mit der Bitte an alle ehemaligen Bürger ihrer Stadt, sich bei Interesse an einem Besuch in der früheren Heimatstadt zu melden. Nicht selten übertraf das Echo auf solche Anzeigen bei



Abb. 1 Suchanzeige des Hamburger Senats im Argentinischen Tageblatt im Sommer 1966.

weitem die Erwartungen. Doch bei aller Freude über die zahlreichen Antworten taten sich mancherorts neue Probleme auf. Ursprüngliche Konzepte und Kalkulationen mussten revidiert und neu diskutiert werden. Mitunter kam es zu kontroversen politischen und öffentlichen Debatten über das zuvor nicht bedachte Ausmaß und die damit verbundenen Kosten der Besuchsprogramme. So drohte sich manch gut gemeinte symbolische Versöhnungsgeste an penibel geführten Kostenkalkulationen zu scheitern.⁴⁵

Um solchen Debatten zu begegnen, aber auch zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung, wurden vielerorts Bürgerkomitees zur Vorbereitung der Besuche

gebildet, die eine möglichst breite gesellschaftliche und politische Unterstützung gewährleisten sollten. So wurden in **Mönchengladbach (Nordrhein-Westfalen)** persönliche „Patenschaften“ heutiger Gladbacher Bürger gebildet, die vor den Besuchern bereits brieflich mit früheren Bürgern ihrer Stadt Kontakt aufnahmen. Die Gäste konnten je nach Wunsch während des Besuchs auch dort wohnen. Diese „Paten“ wurden auf drei Vorbereitungsabenden von der regionalen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in die Programmgestaltung einbezogen. Auch führten Schüler eines Gymnasiums mit jüdischen Emigranten vor dem Besuch einen Briefwechsel, der zum Besuch veröffentlicht wurde und so bereits eine Grundlage für persönliche Gespräche schuf.⁴⁶ Dadurch wurde dem Anliegen vieler jüdischer Emigranten entsprochen, insbesondere mit deutschen Jugendlichen in Kontakt zu kommen.

In nahezu allen Städten wurde die Öffentlichkeit mit Artikelserien in der regionalen Presse, Vorträgen, Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen vor und während der Besuche informiert, um mögliche Vorbehalte abzubauen und zu einer größeren Sensibilisierung hinsichtlich der Bedeutung und des Stellenwerts der Besuche beizutragen. In einigen Städten hatte die Ankündigung der Besuche eine rege Spendenbereitschaft, zahlreiche Hilfsangebote und Interessensbekundungen an einem Treffen mit den jüdischen Emigranten



Abb. 2 Aufruf des Hofheimer Magistrats im Höchster Kreisblatt, 18.1.1979

⁴⁵ Meist finden in den Dokumentationen über die Besuchsprogramme solche Debatten nur am Rande Erwähnung. Eine der wenigen ausführlich dokumentierten Kontroversen dieser Art ist die Leserbrief-Debatte in der Badischen Zeitung zum Einladungsprogramm von Emmendingen im Jahr 1989. Hier musste der vorgesehene Etat aufgrund des unerwartet hohen Echos auf die Einladung vervielfacht werden. Vgl. „Das Geheimnis der Versöhnung ist Erinnerung“ – Dokumentation zum Besuch der ehemaligen jüdischen Mitbürger in Emmendingen, erstellt von Gerhard Behnke, Emmendingen 1989, S. 16–23.

⁴⁶ Vgl. Stadt Mönchengladbach (Hrsg.): Besuch der ehemaligen jüdischen Bürger in Mönchengladbach (24.–31. August 1989), S. 1–19.

zur Folge. Doch gibt es auch umgekehrte Fälle, in denen die Besuche bewusst ohne größere Öffentlichkeit stattfanden. So hatten mancherorts die eingeladenen Gäste darum gebeten, ihre Namen nicht zu veröffentlichen⁴⁷ oder sie wollten die Begegnung mit den Orten ihrer persönlichen Vergangenheit in möglichst privater Atmosphäre erleben. Auch ist die Befürchtung, als „Schau- oder Vorführobjekt“ benutzt zu werden, mitunter ein Grund für eine bewusste Meidung öffentlicher Aufmerksamkeit.⁴⁸ Befürchtungen der Gastgeber, dass es zu antisemitischen Drohungen oder Angriffen kommen könnte, waren gelegentlich Grund für eine weniger öffentliche Begleitung der Besuche.⁴⁹

Häufig wird berichtet, dass, je näher der Besuchstermin rückt, sowohl bei den jüdischen Emigranten als auch ihren deutschen Gastgebern die Nervosität steigt, denn keiner weiß, was ihn wirklich erwartete. Schließlich sind solche Besuche für beide Seiten bei weitem keine unbefangene Begegnung. Für die Gastgeber stellt sich die Frage, welches Schicksal die ihnen bislang nur mit Namen bekannten Menschen erlitten hatten und mit welchen Gefühlen sie ihnen wohl gegenüberzutreten werden. Für viele der jüdischen Emigranten ist es das erste Mal, dass sie nach Jahrzehnten wieder deutschen Boden betreten. Die Erwartung einer Begegnung mit den Orten der eigenen Kindheit und Jugend ist einerseits mit Freude aber auch mit Angst vor dem Wiedererwachen schrecklicher Erinnerungen verbunden. Hinzu kommen vor allem seit Beginn der 1990er Jahre neue Befürchtungen vor einer Begegnung mit dem heutigen Deutschland, nachdem weltweit von Übergriffen gegen „Ausländer“, Anschlägen auf Synagogen und der Zunahme rechtsradikaler Tendenzen berichtet wurde. Für beide, Gastgeber und Gäste, war und ist es immer wieder ein Wagnis, mit persönlichen Begegnungen gegenseitige Annäherung zu versuchen und Schritte zu einer Aussöhnung zu unternehmen.

⁴⁷ So z.B. in Oldenburg, vgl. „Leserstimmen zum Besuchsprogramm“, in: AUFBAU, 25.11.1994.

⁴⁸ Vgl. Stolz, Gerd: Reise in ein fernes Land... Gebündelte Eindrücke zu Entwicklung und Ablauf der Besuchsreisen, in: Rückkehr auf Zeit. Dokumentation zu den Besuchsreisen jüdischer ehemaliger Schleswig-Holsteiner in den Jahren 1986 bis 1992, S. 16). Auch die Wuppertaler Gastgeber vermeiden aus diesem Grund eine öffentliche Ankündigung der Besuche. Vgl. Schnöring, Kurt: Trotz alledem: Zu Besuch in der alten Heimat, in: Ziegler, Ernst-Andreas (Hrsg.): Freunde reden Tacheles. Der Beitrag der Städte zur Außenpolitik am Beispiel Deutschland-Israel, Wuppertal 1992, S. 137–144.

⁴⁹ Über solche Drohungen gibt es, wenn auch recht selten, Berichte von Personen, die die Besuche vorbereiteten und im Vorfeld entsprechende Drohbriefe oder -anrufe erhielten (vgl. z.B. „Leserstimmen zum Besuchsprogramm“, in: AUFBAU, 25.11.1994). Tatsächlich gab es auch Fälle antisemitischer Äußerungen von Passanten gegenüber Gästen, z.B. in Frankfurt a.M. (vgl. DKR-Material zu Frankfurt). In Landau i.d. Pfalz mussten Schmierereien wie SS-Runen und „Hitler grüßt!“ entfernt werden, die jemand kurz vor dem Besuch der jüdischen Emigranten in verschiedenen Ortschaften gesprüht hatte (vgl. DKR-Material zu Landau).

1.5 „Die Reise hierher ist mir schwer gefallen, aber nun bin ich froh, dass ich hier bin“ – die Besuche und ihr Verlauf

„Gespannte Erwartung“ aber auch „Ängstlichkeit“, „gemischte Gefühle“ und zugleich erwartungsvolles „Herzklopfen“ – mit diesen Worten beschreiben viele jüdische Emigranten ihre ersten Eindrücke bei der Ankunft in Deutschland. Manche schildern ihren Schreck bei der Begegnung mit einem deutschen Polizisten – dem ersten Deutschen in Uniform, den sie seit ihrer Vertreibung vor sich sehen.⁵⁰ Andere sind überrascht, wie befremdlich und doch unerwartet vertraut ihnen nach langer Zeit die deutsche Sprache wieder über die Lippen kommt.

Die ersten Begegnungen werden sowohl von den Gastgebern als auch den Gästen häufig als ein aneinander „Herantasten“ beschrieben, einerseits bestimmt von Berührungsängsten, andererseits von der Überraschung über Herzlichkeit und Offenheit des Gegenübers. Sicherlich wird letzteres häufig dadurch begünstigt, dass die Betreuer und Begleiter die Gäste oft schon aus brieflichem Kontakt kennen und zudem meist wesentlich jünger sind, so dass sie die NS-Zeit nicht oder als kleine Kinder erlebt haben. Dies erleichtert meist den Umgang miteinander, während Begegnungen mit älteren Deutschen aus der Kriegsgeneration häufig als schwierig beschrieben beziehungsweise von den jüdischen Emigranten gemieden werden.

Die Programmgestaltung unterscheidet sich von Stadt zu Stadt kaum. Meist erwartet die Gäste ein umfangreiches Programm mit offiziellem Empfang beim Bürgermeister, jüdischen Gottesdiensten und Begegnungen mit Vertretern und Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden, Friedhofsbesuchen, Gedenkveranstaltungen, touristischen Umgebungs- und Stadtrundfahrten, Konzert- und Theaterbesuchen, Gesprächen mit Jugendlichen in ihren Schulen, öffentlichen Vortrags- oder Diskussionsveranstaltungen und Begegnungen mit heutigen Bewohnern der Städte. Viele der Eingeladenen sind überwältigt von den Bemühungen der Gastgeber, ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Sie wohnen in schönen Hotels, bekommen das beste Essen, sitzen auf den besten Theaterplätzen und werden im Rathaus offiziell empfangen und gebeten, sich in das Goldene Buch der Stadt einzutragen, was üblicherweise hochrangigen Staatsgästen vorbehalten ist.

Der offizielle Rahmen, die Aufmerksamkeit und das Interesse an ihrem Schicksal

⁵⁰ Vgl. Jakobi, Franz-Josef/Freund, Susanne (Hrsg.): Jüdische Familien in Münster 1918-1945, Teil 2,2: Abhandlungen und Dokumente 1933-1945, Münster 2001, S. 922.

sind zwar für viele Gäste befremdlich, doch wird bestenfalls auch ein Gefühl der Anerkennung vermittelt. So schreibt ein ehemaliger Freiburger:

„Der Empfang bei Oberbürgermeister Böhme war einfach umwerfend – ich, das ehemalige Mäxle aus Freiburg, das mit Schimpf und Schande aus Freiburg fliehen mußte, wurde nun in allen Ehren, mit Musik und Dankesworten, daß ich überhaupt gekommen bin, empfangen. Ich mußte mich mehrmals in den Arm pfetzen, ob das wahr ist, oder ob ich träume.“⁵¹

Für die meisten jüdischen Emigranten sind jedoch weniger die offiziellen Veranstaltungen bedeutsam, sondern vielmehr die persönliche „Spurensuche“ wie etwa der Besuch und die Pflege der Gräber von Angehörigen. So sind in allen Programmen Besuche jüdischer Friedhöfe vorgesehen, bei denen die Gäste am Grab ihrer Angehörigen ein Kaddisch⁵² sprechen können. Für viele der Gäste ist dies der wichtigste, aber auch einer der schwersten Momente ihres Besuchs.



Abb. 3 Mit Hilfe von Familienstambüchern suchen ehemalige Emmendinger Juden nach Gräbern ihrer Vorfahren.

⁵¹ Zit. nach „Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, AUFBAU-Sonderausgabe vom 28. Oktober 1994, S. 8.

⁵² Ein jüdisches Gebet zum Gedenken an die Toten.

Kaum weniger belastend sind die Stadtrundgänge, bei denen die Gäste mit meist zwiespältigen Gefühlen erstmals die Orte ihrer Kindheit und Jugend wieder sehen: Einerseits sind sie überrascht von der Vertrautheit der Umgebung und erfreut, das Elternhaus oder die frühere Schule wieder zu sehen und den mitgereisten Angehörigen zeigen zu können. Andererseits werden viele der Besucher gerade in diesen Momenten von ihren persönlichen Erinnerungen an die NS-Zeit überwältigt. So schildert ein Besucher:

„Jede Straße, jeder Bürgersteig, jede Ecke, jeder Laternenpfahl verursachte tausende Erinnerungen. Es schien mir, als ob alles so geblieben sei wie früher und sich kaum etwas verändert hatte. Es kam mir vor, als hätte der Krieg nur die jüdischen Einwohner getroffen. [...] Immer mehr Erinnerungen, immer mehr Bilder tauchen auf. Ich bekomme Angst und werde erdrückt, finde keine Luft mehr zum Atmen. Ich sehe eine Gedenktafel mit einer Erinnerungsschrift für die Synagoge. Sie kam mir aber sehr klein vor, sie war kaum zu sehen. Sie drückte auch gar nicht das aus, was die Synagoge für uns bedeutete.“⁴⁵³

Das intensive Wechselbad der Gefühle zwischen wiedererwachenden Erinnerungen an eine glückliche Kindheit und Jugend und zugleich deren abruptes Ende begleitet die meisten Gäste während ihres gesamten Aufenthalts. Zugleich bieten die Besuche aber auch Gelegenheit, den Geburts- oder früheren Wohnort neu zu erleben, vor allem dadurch, dass die Besucher dort Menschen begegnen, die ihnen ein anderes Bild von Deutschland vermitteln, als sie es in Erinnerung haben. Schließlich ist das zentrale Anliegen aller Besuchsprogramme, den Gästen einerseits eine Begegnung mit der ihnen oft noch vertrauten Geburtsstadt zu ermöglichen, zugleich aber zu zeigen, dass diese eine andere geworden ist.

So bemühen sich die Organisatoren der Besuchsprogramme mit einer möglichst an den Wünschen der Gäste ausgerichteten Betreuung, sie in ihrem schweren Erinnerungsprozess zu begleiten und ihnen zugleich durch die persönlichen Begegnungen mit Einwohnern der Stadt, kulturelle Veranstaltungen und das touristische Programm ein positiveres und hoffnungsvolleres Bild zu vermitteln. Zudem werden die Gäste bei der persönlichen und familiären „Spurensuche“ oft von Archiv- und Gedenkstättenmitarbeitern, Mitgliedern historischer Vereine, Arbeitskreisen und Initiativen oder anderen Regionalhistorikern unterstützt, die sie auch zu den persönlichen Erinnerungsorten begleiten.

⁵³ Zit. nach Braukmüller, Heike: Hermann Gerson ...geflüchtet aus Deutschland nach Argentinien. Von Weener an der Ems nach Moises Ville in Santa Fe, Leer 1996, S. 88-91.

Die Kontakte zu heutigen Bewohnern der Städte außerhalb des Kreises der Organisatoren beschränken sich meist auf öffentliche Veranstaltungen und kurze Begegnungen. So haben Städte wie **Moers**, **Merzig** oder **Neuss** bewusst heutige Bürger an der Begleitung des gesamten Besuchsaufenthalts beteiligt. Sowohl nach Schilderung der Gastgeber als auch der Gäste hat sich diese aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung bewährt, da dadurch persönliche Kontakte entstanden, die weit über die Besuche hinaus andauern.

So wurden im saarländischen **Merzig** einige Gäste privat bei Gastfamilien untergebracht, die auch an vielen vorgesehenen Programmpunkten teilnahmen. Während andere Städte sich meist für eine

Unterbringung in Hotels entschließen, um den Gästen bei einem umfangreichen Programm ausreichend Rückzugsmöglichkeit und Privatsphäre, aber auch mehr Zeit zur Begegnung untereinander zu gewähren, scheint die private Unterbringung in Merzig gelungen zu sein. Dies vermittelt zumindest die nach dem Besuch veröffentlichte Dokumentation, in der zahlreiche Presseberichte über den Besuch enthalten sind sowie Briefe von Gästen, die sie nach ihrem Aufenthalt an den Bürgermeister der Stadt geschrieben haben.⁵⁴



Abb. 4-5 Ein Stadtrundgang ist für alle Beteiligten ein überwältigendes Erlebnis: Für die oft hochbetagten Gäste bedeutet die Begegnung mit den Orten ihrer Kindheit und Jugend Freude und Schmerz zugleich. Für ihre Kinder und Enkelkinder ist es die Entdeckung einer ihnen bis dahin oft unbekanntem Geschichte ihrer Angehörigen. Für die deutschen Begleitpersonen eröffnet sich ein ganz neuer Blick auf ihre Stadt.

In diesen bringen einige zum Ausdruck, dass insbesondere die persönliche Begegnung mit heutigen Merziger Bürgern einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat und sie mit ihren Gastgebern weiterhin in Briefkontakt stünden. Ähnlich klingen Briefe jüdischer Emigranten, die die Stadt **Neuss** bei Düsseldorf besucht haben. So schreibt eine Besucherin aus Israel: „Der Gedanke mit den einzelnen Betreuern war ausgezeichnet, so haben wir alle neue Freundschaften geschlossen und sind wirklich den Neussern nahe gekommen.“ Und eine Besucherin aus den USA: „[Sie haben] uns das Gefühl gegeben, daß Sie uns wirklich willkommen heißen und uns verstehen.“⁵⁵

Viele jüdische Emigranten betonen die Bedeutung von persönlichen Begegnungen und Gesprächen mit den heutigen Deutschen. Dabei sind auch viele bereit, sich mit Menschen, die sie von damals aus der Schule oder der Nachbarschaft kannten, zu treffen. Manche suchen sogar gezielt diesen Kontakt. So finden während der Besuchswochen oft auch Treffen von einstigen Schulkameraden statt. Oder es kommen frühere Bekannte zu öffentlichen Veranstaltungen und bringen eigene Fotos und Dokumente mit, um mit den Gästen Erinnerungen auszutauschen. In zahlreichen Presseberichten gibt es Beschreibungen von großer Versöhnungsbereitschaft und Wiedersehensfreude auf beiden Seiten, rührende Szenen, wie sich einstige Schulfreunde seit mehr als 50 Jahren erstmals in die Arme fallen. Welche Gedanken und Gefühle die Menschen bei solchen Begegnungen tatsächlich bewegen, ist schwer zu beurteilen. Nur selten, und dann meist in einer größeren zeitlichen Distanz oder im privaten Gespräch mit vertrauten Personen, fallen auch kritische Worte und wird etwa die Frage gestellt, warum es erst so spät zu dieser Begegnung gekommen ist. So fragte ein Emigrant aus den USA eine Betreuerin bei seinem Besuch: „Warum seid ihr bloß erst jetzt so nett zu uns?“ Und eine andere merkte an, dass die Wärme des Empfangs und das ehrliche Bemühen um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sie zwar trotz vorheriger Bedenken sehr beeindruckte, sie aber doch im Nachhinein das Gefühl habe, dass „die Herzlichkeit und liebevolle Aufnahme ... fast jeden kritischen oder politischen Ansatz ersticken, tiefergehende Gespräche unmöglich“ machen würde.⁵⁶ Die Bemerkung eines deutschen Teilnehmers am Neusser Besuchsprogramm scheint dies zu bestätigen: „...was so im Innersten in ihnen [den

⁵⁴ Stadt Merzig (Hrsg.): Das Treffen ehemaliger jüdischer Mitbürger in der Kreisstadt Merzig vom 30.4.–6.5.1984. Eine Dokumentation, Merzig o.J.

⁵⁵ Zit. nach: Neuss Spezial, 5./6.11.1988, S. 13, in: Stadt Neuss (Hrsg.): Besuch der ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Eine Dokumentation, Neuss 1988.

jüdischen Emigranten] vorgeht, das werden sie nicht unbedingt zur Schau tragen“,⁵⁷ und zugleich das oft benutzte Bild der „Versöhnung“ oder „Aussöhnung“ in ein realistischeres Licht zu rücken.

Offenere Worte, die vor allem als eine Mahnung an die jüngeren Generationen verstanden werden sollen, äußern jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa dagegen häufiger bei Begegnungen mit Jugendlichen. Diese sind ein fester Bestandteil nahezu aller Besuchsprogramme, doch gehen sie selten über ein- bis zweistündige Zeitzeugengespräche an Schulen hinaus. Trotzdem bleiben gerade diese Begegnungen vielen Gästen von Besuchsprogrammen in besonderer Erinnerung. Auch aus diesem Grund wird sich das folgende Kapitel einigen bemerkenswerten Begegnungsprogrammen mit Jugendlichen widmen.

1.6 Begegnungen mit Jugendlichen

Die historisch-politische Bildungsarbeit spielte im Rahmen der Besuchsprogramme lange eine eher untergeordnete Rolle, da im Vordergrund weniger die pädagogische Vermittlung als vielmehr das persönliche Erinnern der Gäste stand. Bedenken, dass sich die Gäste als Zeitzeugen für Bildungszwecke „instrumentalisiert“ fühlen könnten, führten deshalb dazu, dass die historisch-politische Bildung bis weit in die 1980er Jahre, wenn überhaupt, nur ein sehr begrenzter Bestandteil der Programme war. Seit den 1990er Jahren zeichnet sich hier jedoch eine Veränderung ab. Dies dürfte insbesondere darauf zurückzuführen sein, dass neue antisemitische und neonazistische Tendenzen in Deutschland verstärkt die Frage aufwarfen, mit welchen neuen Formen der historisch-politischen Bildungsarbeit dieser Entwicklung begegnet werden könnte. Zugleich äußerten jüdische Emigranten, beunruhigt durch die weltweiten Berichte über ausländerfeindliche Übergriffe und Brandanschläge auf Synagogen, gegenüber ihren Gastgebern zunehmend Bedenken hinsichtlich einer Reise nach Deutschland. Einige Städte und Initiativen reagierten auf diese neue Entwicklung mit einer verstärkten Beteiligung Jugendlicher an den Besuchsprogrammen, um durch den persönlichen Dialog Ängste, Vorbehalte und Vorurteile abzubauen. So wurden zum Beispiel junge

⁵⁶ Zit. nach „Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, AUFBAU-Sonderausgabe vom 28. Oktober 1994, S. 26.

⁵⁷ „Heribert Brinkmann im Gespräch mit ehemaligen jüdischen Mitbürgern von Neuss“, WDR 1, 4.7.1988, in: Stadt Neuss (Hrsg.): Besuch der ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Eine Dokumentation, Neuss 1988, S. 160.

Menschen als Begleitpersonen der Gäste eingesetzt oder besondere Veranstaltungen organisiert, die Jugendliche selbst gestalteten. Die im Folgenden dargestellten Beispiele sollen zeigen, wie sowohl Kommunen als auch schulische und außerschulische Initiativen Zeitzeugen-Begegnungen mit Jugendlichen als zentralen Bestandteil ihrer Programme gestaltet haben.

In **Hamburg** wurden die Begegnungen mit Jugendlichen seit 1994 in besonderer Weise konzipiert. Nach der Erfahrung, dass Gespräche an Schulen eine eher gezwungene Atmosphäre zur Folge haben, in der sich beide Seiten mit vorbereiteten Fragen womöglich überfordern, wurde die Begegnung weniger formal gestaltet: Die jüdischen Gäste nehmen gemeinsam mit den Jugendlichen am Stadtrundgang durch das jüdische Viertel teil und treffen sich danach in der ehemaligen Talmud-Tora-Schule, deren einstige Schüler manche Mitglieder der jüdischen Besuchsgruppen waren. Dort haben die jüdischen Gäste und die Jugendlichen nach kurzen Reden und Schilderungen der persönlichen Lebensgeschichten ausführlich Gelegenheit, in kleineren Gruppen miteinander persönlich ins Gespräch zu kommen. Diese ungezwungene Form der Begegnung, die insgesamt rund drei Stunden dauert, hat sich seither bewährt, da sie eine intensive Begegnung zwischen Angehörigen der Erlebnisgeneration und Jugendlichen ermöglicht, bei der das gegenseitige Lernen und Erfahren im Vordergrund steht.⁵⁸

In **Mainz** (Rheinland-Pfalz) war die Beteiligung Jugendlicher an den „Begegnungswochen Mainzer Juden“ seit ihrem Beginn im Jahr 1991 dank des Engagements zweier Lehrkräfte fester Bestandteil des Besuchsprogramms. So hatten Schüler des Frauenlob-Gymnasiums, das einst als „Höhere Töchterschule“ Lehr- und Lernstätte jüdischer Lehrer und Schülerinnen war, eigens zum Besuch der jüdischen Emigranten im Jahr 1991 eine Ausstellung erarbeitet, in der Exponate zur jüdischen Geschichte im Gymnasium gezeigt wurden.⁵⁹ Im Folgejahr beschäftigte sich die Theater-Arbeitsgruppe des Gutenberg Gymnasiums in einer szenischen Collage unter dem Titel „Tausend Jahre und ein Tag“ mit der NS-Zeit in Mainz. Das Stück wurde während des Besuchs einer Gruppe ehemaliger Mainzer Juden aufgeführt.⁶⁰ Fortan wurden Schüler mehrerer Gymnasien bei den Begegnungswochen als Begleitpersonen der Gäste für die Zeit des Aufenthalts vom

⁵⁸ Vgl. Ohsako, Toshio/Cramer, Marianka: Intergenerational Dialogue and Mutual Learning between German Pupils and Jewish Seniors, in: Education and Ageing, Vol. 14, No. 3, 1999, S. 249–260.

⁵⁹ Vgl. „Wo sie einst Schülerinnen waren... ‚Frauenlob‘ bereitet sich auf den Besuch ehemaliger jüdischer ‚höherer Töchter‘ vor, in: Allgemeine Zeitung, 21.9.1991.

Unterricht freigestellt, so dass sie während des gesamten Besuchs Gelegenheit hatten, mit den jüdischen Gästen ins Gespräch zu kommen. Zugleich organisierten Schulen öffentliche Zeitzeugen-Gesprächsrunden, so zum Beispiel 1993 über die aktuelle Situation von Ausgrenzung, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland sowie Möglichkeiten, diesen entgegen zu treten.⁶¹

In **Neuss** (Nordrhein-Westfalen) wurden auf ausdrücklichen Wunsch der Gäste an zwei Besuchstagen Zeitzeugengespräche mit Jugendlichen an Schulen organisiert. Thema waren sowohl die Leidensgeschichte der Zeitzeugen und die Frage, wie sie ihre Erlebnisse verarbeiteten, als auch der heutige gesellschaftliche Umgang mit den historischen Erfahrungen und die daraus erwachsenen Konsequenzen für die heutige Jugend. Die Diskussionen wurden ausführlich in der nach dem Besuch veröffentlichten Dokumentation festgehalten.⁶² Darüber hinaus begleitete eine Video-Arbeitsgruppe des Neusser Theodor-Schwann-Gymnasiums die Besuchergruppe während ihres Aufenthalts, um eine Filmdokumentation zu drehen, die später auch den Gästen zugeschickt werden sollte.⁶³ Eine Folge der Besuchswoche war zudem die Vereinbarung mehrerer Neusser Schulen mit der Stadtverwaltung, fortan die regelmäßige Pflege des jüdischen Friedhofs zu übernehmen.

Die „**Bayreuther** Geschichtswerkstatt“ (Bayern) realisierte in Vorbereitung eines Besuchs früher in Bayreuth lebender Juden gemeinsam mit Jugendlichen und Bundeswehrrekruten ein Denkmal- und Ausstellungsprojekt unter dem Titel „Denk-Steine“. Seit dem Jahr 2001, in dem sich die Deportation der Bayreuther Juden zum 60sten Mal jährte, sammelten über zwei Jahre hinweg die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Dokumente und Informationen über die Einzelschicksale der Bayreuther Opfer der Shoa. Sie porträtierten diese in insgesamt 150 biographischen Skizzen und gestalteten aus Steinen, die jeweils symbolisch für eines der Opfer standen, ein Denkmal. Zur Übergabe des Denkmals im Jahr 2003 wurden Überlebende der Shoa und aus Bayreuth emigrierte Juden mit ihren Angehörigen von der Geschichtswerkstatt eingeladen.⁶⁴

⁶⁰ Vgl. „Täter und Opfer. Schul-Theaterstück über das Nazi-Regime“, in: Mainzer Rhein-Zeitung, 2.6.1992.

⁶¹ „Man ist häufig einfach zu feige“ Diskussion über die ‚Angst im Rücken‘, in: Mainzer Rhein-Zeitung, 30.8.1993.

⁶² Stadt Neuss (Hrsg.): Besuch der ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Eine Dokumentation, Neuss 1988, S. 43–99.

⁶³ Vgl. ebda., S. 156.

In **Frankfurt am Main** (Hessen) organisiert die ehrenamtliche Projektgruppe „Jüdisches Leben in Frankfurt“ seit 1989 in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Begegnungen zwischen Jugendlichen und aus Frankfurt stammenden Juden beziehungsweise Überlebenden der Shoa.⁶⁵ Die Projektgruppe berät Lehrkräfte und Jugendliche bei ihren Vorbereitungen für eine Begegnung mit Zeitzeugen, veröffentlicht hierzu Handreichungen und veranstaltet regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte. Mit den jüdischen Emigranten nimmt die Projektgruppe vor der Anreise brieflich Kontakt auf, um ihre Arbeit vorzustellen, erste Informationen über die erwarteten Gäste zu erhalten und Hilfe bei der persönlichen „Spurensuche“ anzubieten. Auch wird deren Bereitschaft zu einem Zeitzeugengespräch mit Jugendlichen vorab erfragt.

Die feste Vereinbarung eines Schulbesuchs wird jedoch erst nach einer persönlichen Kontaktaufnahme bei der Begrüßungsveranstaltung des städtischen Besuchsprogramms vereinbart, da die Projektgruppe besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse und Belastbarkeit der Zeitzeugen nimmt, die in den meisten Fällen noch nie öffentlich über ihre Lebensgeschichte gesprochen haben. Sollte der beiderseitige Wunsch nach einem zwangsloseren Treffen bestehen, berät die Projektgruppe die Interessenten über alternative, individuell gestaltete Möglichkeiten einer Begegnung (z.B. Stadtrundgänge, Fahrten zu persönlichen Erinnerungsorten der Gäste außerhalb Frankfurts, Besuch des jüdischen Friedhofs).

Auch auf eine Nachbereitung der Begegnungen legt die Frankfurter Projektgruppe großen Wert. Die Lehrkräfte und Jugendlichen werden in Form eines Fragebogens nach ihren Eindrücken, Erfahrungen und der emotionalen Wirkung des Gesprächs befragt. Außerdem werden die Jugendlichen dazu angeregt, über die Besuche hinaus mit den Gesprächspartnern brieflich Kontakt zu halten. Derzeit erarbeitet die Projektgruppe auf der Grundlage von Interviews, eigenen Recherchen, Fragebögen und der geführten Korrespondenz eine Publikation, die sich insbesondere mit der Wirkung der Begegnungen auf Jugendliche und Zeitzeugen befasst.

Durch die intensive Arbeit und Beratung der Projektgruppe „Jüdisches Le-

⁶⁴ Vgl. „Bayreuth-Reise mit gemischten Gefühlen. Frühere Bayreuther Juden nehmen heute bei der feierlichen Denk-Stein-Übergabe im Historischen Museum teil“, in: Nordbayerischer Kurier, 15.9.2003. Die Idee der „Denk-Steine“ geht auf den Kasseler Künstler Horst Hoheisel zurück, der eine solche Sammlung 1989 erstmals durchführte. Auch andere Städte folgten diesem Beispiel, so z.B. Berlin, Bamberg und München.

⁶⁵ Vgl. „Jüdisches Leben in Frankfurt“. Begleitmaterialien, Informationen und Veröffentlichungen, hrsg. von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt a.M. e.V. (in Ausschnitten auch nachzulesen unter: www.lernen-aus-der-geschichte.de/holocaust/g/projreadonly/A017/).

ben in Frankfurt“ stoßen Zeitzeugenbegegnungen auf wachsendes Interesse sowohl bei den Zeitzeugen als auch in den Schulen. So können dank eines über die Jahre gewachsenen Netzwerks bei jedem Besuchsprogramm Zeitzeugengespräche in 25 bis 30 Schulklassen in Frankfurt und Umgebung vermittelt werden.

Die Stadt **Suhl** (Thüringen) hat anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes im Jahr 1995 ein ambitioniertes Projekt zur Aufarbeitung der Suhler NS-Geschichte initiiert, das insbesondere Jugendliche zur Beschäftigung mit der Geschichte animieren sollte. Gemeinsam mit den damaligen Vorsitzenden des Suhler Verbands der Verfolgten des Naziregimes (VdN), Hans Vieregg, initiierte der Oberbürgermeister von Suhl, Dr. Martin Kummer das Schülerprojekt „Suhler Zeitzeugnisse 1933–1945“, an dem sich fünf Suhler Schulen über zwei Jahre hinweg beteiligten. Dabei entschieden die Jugendlichen selbst, welche Themen sie bearbeiteten und wie sie diese präsentierten. So beschäftigten sie sich mit der sich verändernden politischen und sozialen Situation in Suhl Anfang der 1930er Jahre, der Situation Jugendlicher in diesen Jahren, den Fragen von Widerstand und Verfolgung, den Straßennamen im Wandel der Zeit und mit verschiedenen Einzelschicksalen, vor allem jüdischer Bürger. Fachliche Unterstützung erhielten die Jugendlichen durch die Leiterin des Stadtarchivs und eine eigens für diese zwei Jahre als ABM-Kraft eingestellte Geschichtslehrerin im Stadtarchiv, wie auch durch die Stadtverwaltung Suhl, die wiederholt Zeitzeugen einlud. Darunter war ein ehemaliger Suhler jüdischer Herkunft, der zuvor jeglichen Kontakt zu seiner Geburtsstadt abgelehnt hatte, jedoch durch das Engagement sowohl der Schüler, des Oberbürgermeisters als auch seiner Mitarbeiter zu einem Besuch überzeugt werden konnte. Daraus entstand ein langjähriger intensiver und freundschaftlicher Kontakt bis zu dessen Tod vor wenigen Jahren. Die Ergebnisse des Schülerprojekts wurden in zwei Publikationen von der Stadtverwaltung veröffentlicht und den Schulen zur weiteren Verwendung für den Unterricht in Klassensätzen zur Verfügung gestellt.⁶⁶

⁶⁶ Vgl. Stadtverwaltung Suhl (Hrsg.): Suhler Zeitzeugnisse 1933–1945 (Schülerprojekt Lokalgeschichte), Teil 1, Suhl 1997. Der zweite Teil der „Suhler Zeitzeugnisse“ beschäftigt sich ausschließlich mit den Thema „Zwangsarbeit“, da sich im Verlauf des Schülerprojekts herausgestellt hatte, dass dies ein zentrales Thema in Suhl war. Während des Krieges hatten in Suhl, das damals etwa 23.000 Einwohner zählte, rund 8.000 Zwangsbeschäftigte gearbeitet und stellten damit fast ein Viertel der damaligen Bevölkerung. Im Rahmen des Schülerprojekts wurde dieser zentrale Aspekt der Suhler NS-Geschichte eingehend erforscht und dokumentiert.

Die Geschichtswerkstatt der Herder-Realschule in **Bückeberg** (Niedersachsen) erstellte seit Mitte der 1990er Jahre meist im Rahmen von Geschichtswettbewerben umfangreiche Studien zur regionalen NS-Geschichte und lud – mitunter gemeinsam mit der Stadtverwaltung – mehrmals Überlebende der Shoa und jüdische Emigranten, die aus Bückeberg oder Umgebung stammten, ein. Bemerkenswert am Engagement der Bückeberger Schüler, die unterstützt wurden von ihrem Lehrer Klaus Maiwald, war die thematische Vielfalt und die Verknüpfung der historischen Nachforschungen mit dem beharrlichen Eintreten für eine Würdigung sowohl der Opfer als auch von Menschen, die versucht haben, sich dem NS-Regime entgegen zu setzen. Angefangen mit einem Beitrag zum Thema „Geschichte des Helfens“ (Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten, 1997) arbeiteten sechs Schülerinnen die Geschichte des ehemaligen Bückeberger Bürgermeisters Karl Wiehe auf, der sich den Anweisungen der Nationalsozialisten zum Boykott jüdischer Geschäfte widersetzte und deshalb sein Amt verlor. Zu einer Ausstellung über dieses Thema kamen auch die Töchter des damaligen Bürgermeisters, überrascht und erfreut über die späte Ehrung des Vaters.⁶⁷ Noch im selben Jahr kamen zwei Überlebende von ehemals 70 jüdischen Bückeberger Familien zur Enthüllung einer Gedenktafel in Erinnerung an die einstige Synagoge. Sowohl die Gedenktafel als auch die Einladung der jüdischen Emigranten gingen auf ein Projekt des Religionskurses der achten Klasse der Herder-Schule zurück, dessen Ergebnisse unter dem Titel „Jüdische Spuren in Bückeberg“ als Buch veröffentlicht wurden.⁶⁸

Im Folgejahr fand eine von der Geschichtswerkstatt zusammengestellte Ausstellung „Die Kaufmannsfamilie Wertheim – Ein jüdisches Schicksal aus Bückeberg“ statt. Zur Ausstellungseröffnung kam auch eine Tochter der Familie aus den USA, die jahrzehntelang einen Bogen um die Stadt ihrer Kindheit gemacht hatte, nun aber durch Vermittlung der Jugendlichen bereit war, Kontakte zu ehemaligen Schulkameradinnen aufzunehmen.⁶⁹

Erst das beharrliche Engagement von Schülern der Herder-Schule führte zu einer Würdigung des Pfarrers Wilhelm Mensching und seiner Familie, die sich während der NS-Zeit aktiv der Politik der Nationalsozialisten widersetzt und in ihrem Haus sowohl ein jüdisches Mädchen als auch einen russischen Jungen versteckt gehalten hatten. Die Schüler erstellten 1999 zum Thema „Widerstand“ erneut einen

⁶⁷ Vgl. „Den Nazis die Stirn geboten“. Herder-Schule erinnert an früheren Bürgermeister Karl Wiehe, in: Schaumburger Nachrichten, 11.11.1997.

⁶⁸ Vgl. „„Es kommt plötzlich alles wieder...“ Schüler setzen Gedenktafel für einstige Synagoge durch“, in: Schaumburger Nachrichten, 15.5.1997.

⁶⁹ Vgl. „Bis 1933 war alles so gut und glücklich“, in: Schaumburger Nachrichten, 18.11.1998.

Beitrag zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten und regten die Benennung einer Straße nach dem Pfarrer in Bückeberg an. Durch das Wirken der Geschichtswerkstatt erhielt Mensching 2001 die posthume Ehrung in Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“. Die Medaille aus Yad Vashem wurde den beiden noch lebenden Töchtern des Pfarrers ausgehändigt. Die Jugendlichen hatten zudem das einst versteckte jüdische Mädchen ausfindig gemacht und die inzwischen in Israel lebende Frau im Jahr 2003 zu einem Besuch nach Bückeberg eingeladen.⁷⁰

Ein außergewöhnliches Netzwerk, das ehrenamtlich und großteils von Jugendlichen getragen wird, entwickelte sich in **Bünde** im Kreis Herford (Nordrhein-Westfalen): Aus dem Projektvorhaben, für die dänische Partnerschule eine Dokumentation über das Leben der Juden in Bünde zu erarbeiten, ging im Jahr 1999 die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Netzwerk“ hervor. In dieser beschäftigen sich seither Schüler der Jahrgangsstufen sechs bis elf gemeinsam mit zwei Lehrkräften mit der Aufarbeitung der regionalen NS-Geschichte, insbesondere dem Schicksal der Bänder Juden.⁷¹

Zentrale Intention der „AG Netzwerk“ ist die Verknüpfung von Gedenkarbeit und Dialog. Diese realisieren die Mitglieder der AG in einem vielfältigen Austausch mit außerschulischen Partnern,⁷² mit in Bünde lebenden Zeitzeugen, aus Bünde vertriebenen jüdischen Bürgern und deren Kindern und Enkelkindern. Im Zuge ihrer Nachforschungen zum Schicksal der Bänder Juden entstanden Kontakte zu insgesamt 14 jüdischen Emigranten, die teils auf Einladung der „AG Netzwerk“ in Bünde zu Besuch waren und bei ihren Aufenthalten von den Jugendlichen begleitet wurden. Die Schüler unterstützten die Gäste bei ihrer persönlichen „Spurensuche“ und stellten Kontakte zu Verwandten und Bekannten her, die nach ihrer Vertreibung aus Deutschland nichts voneinander wussten. 2001 fuhren einige Jugendliche auf Einladung eines ehemaligen jüdischen Bänder und seiner Familie

⁷⁰ Vgl. z.B. „Mensching sei ‚eben nicht von überregionaler Bedeutung‘ Herderschüler wieder verärgert über den Umgang mit dem Friedenskämpfer“, in: Schaumburg-Lippische Landeszeitung, 7.2.2001; „Pastor Mensching als ‚Gerechter unter den Völkern‘ geehrt, in: Schaumburger Wochenblatt, 5.12.2001; „Nach fünf Jahren Briefwechsel ein Treffen mit Ruth Lilienthal, in: Schaumburger Nachrichten, 19.3.2003.

⁷¹ Eine zusammenfassende Projektbeschreibung wurde veröffentlicht in: Landesinstitut für Schule NRW (Hrsg.): Interkulturelles Lernen ohne zu reisen. Beispiele aus der Schulpraxis, Soest 2003, S. 83–87. Außerdem veröffentlichte die „AG Netzwerk“ mehrere Dokumentationen zu ihrer Arbeit.

⁷² Kontinuierliche Partner sind ein Verein, in dem sich in Bünde wohnhafte Migranten und Bänder Bürger zusammengeschlossen haben, eine Frauengeschichtswerkstatt, ein Jugendzentrum, über das die AG weitere Jugendliche erreicht, der Betriebsrat eines Bänder Unternehmens und der alevitische Kulturverein in Bünde.

in die USA. In der Synagogengemeinde Denver begegneten sie Überlebenden der Shoa, die nicht bereit waren, nach Deutschland zu kommen. Es entstand der Kontakt zu Jugendlichen der Synagogengemeinde, die ihrerseits im Herbst 2004 zu einem Gegenbesuch nach Bünde kamen.⁷³

Die Aktivitäten der „AG Netzwerk“, zu denen auch regelmäßige Vorträge und Gedenkveranstaltungen zu Einzelschicksalen Bänder Juden zählen, haben mit den Jahren unter den Bänder Zeitzeugen eine größere Bereitschaft geweckt, über die eigenen Erlebnisse während der NS-Zeit zu sprechen und sich für das Schicksal der Bänder Juden zu interessieren. Inzwischen nehmen einige Senioren an dem seit 2002 veranstalteten „Zeitzeugen-Kaffeetrinken“ und an Gedenkstättenfahrten der „AG Netzwerk“ teil. Auch veranstalten die Mitglieder der „AG Netzwerk“ für andere Jugendliche Stadtrundgänge zur jüdischen Geschichte in Bünde. Besondere Auszeichnung fanden die Aktivitäten der „AG Netzwerk“ im Dezember 2003 durch den ersten Preis im bundesweiten Schülerwettbewerb „Toleranz gewinnt!“, der von der Survivors of the Shoa Visual History GmbH und dem Cornelsen Verlag ausgeschrieben war.⁷⁴ In der Laudatio zur Preisverleihung würdigte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die aktive Rolle der „AG Netzwerk“ als Vermittlerin zwischen Juden und Nichtjuden, jungen und alten Menschen sowohl in Deutschland als auch in den USA. Und tatsächlich ist die Bänder Initiative ein besonders gelungenes Beispiel dafür, dass Jugendliche eine dauerhafte Brücke bauen können von der Vergangenheit in die Gegenwart und die Zukunft.

1.7 „Was bleibt?“ – die Auswirkungen der Begegnungen

Die beschriebenen Begegnungsprogramme belegen die Bemühungen um die Entwicklung neuer Beziehungen zwischen jüdischen Emigranten und ihren Herkunftsorten in Deutschland. Es bleibt jedoch die Frage, wie nachhaltig die entstandenen Beziehungen und Kontakte sind. Bleiben die Kontakte auch über die Besuche hinaus bestehen? Wie werden die Besuche von den gastgebenden als auch von den eingeladenen Teilnehmern im Nachhinein beurteilt? Können die gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse für künftige Aktivitäten genutzt werden?

⁷³ Vgl. „Aus der Vergangenheit lernen. Jugendliche der jüdischen Synagogengemeinde aus Denver zu Gast“, in: Neue Westfälische, 25.10.2004.

⁷⁴ Vgl. „Bundesweiter Schülerwettbewerb ‚Toleranz gewinnt!‘ Deutsche Bildungsministerin zeichnet vier Schulen im Jüdischen Museum Berlin aus“, in: Israel Nachrichten, 26.12.2003, S. 10.

Die meisten Städte bemühen sich, auch nach den Besuchen Kontakt zu ihren Gästen zu halten. Dokumentationen mit Presseberichten, Fotos und Impressionen der Begegnungen werden von den Veranstaltern meist unmittelbar nach den Besuchen an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschickt. Diese werden von den Empfängern als ein persönliches Erinnerungsstück oft mit großer Dankbarkeit und Freude entgegen genommen und im Familien- und Freundeskreis herumgereicht. Darüber hinaus senden die Städte zu Geburts- oder religiösen Feiertagen und zum Jahreswechsel oft Glückwunschkarten oder Jahreskalender mit regionalen Bildmotiven. Manche informieren ihre Gäste weiterhin regelmäßig über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in der Stadt in Form einer eigens für die weltweit verstreuten Emigranten erstellten Zeitschrift, so z.B. **Berlin** mit der Zeitschrift „Aktuell“ und **Wuppertal** mit der so genannten „Wupperbrücke“.

Für die Aufrechterhaltung einer persönlichen Verbindung zu den Emigranten sorgen jedoch vor allem einzelne Personen, die den Kontakt zu den ehemaligen Gästen kontinuierlich pflegen. Neben den Mitgliedern bürgerschaftlicher Initiativen sind dies insbesondere die für die Betreuung der jüdischen Emigranten zuständigen Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltungen. Ihre Aufgabe wird oft zu einem persönlichen Anliegen, das weit über die berufliche Tätigkeit hinausgeht. Zudem werden sie durch ihre jahrelange Tätigkeit zu Experten für allgemeine und aktuelle Aspekte des Judentums wie auch in Fragen der deutsch-jüdischen Beziehungen. Drei von ihnen haben ihre Erfahrungen schriftlich festgehalten und alle drei bringen eindringlich zum Ausdruck, wie stark sie durch die Begegnungen mit den jüdischen Emigranten persönlich bereichert und geprägt wurden. Ihre Schilderungen zeigen aber auch, wie sehr sich durch die Verbindung zu den jüdischen Emigranten ihr persönlicher Umgang mit der NS-Geschichte und den Fragen der historischen Aufarbeitung verändert hat.⁷⁵ Diese Wirkung auf Menschen, die sich sonst wohl kaum so intensiv mit dem Nationalsozialismus, der Shoa und aktuellen Fragen der deutsch-jüdischen Beziehungen beschäftigt hätten, ist ein kaum zu überschätzender Erfolg der Besuchsprogramme.

Der fortdauernde persönliche Kontakt zu den jüdischen Emigranten ist oft von großer Bedeutung dafür, wie diese selbst ihren Besuch im Nachhinein und aus

⁷⁵ Bürgermeister- und Presseamt der Stadt Erlangen (Hrsg.): Rechenschaftsbericht über meine 15jährige eigenständige ehrenamtliche Tätigkeit als Beauftragte der Stadt Erlangen für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger (von Ilse Sponsel), Erlangen 1996; Praël, Marianne: Begegnung einer deutschen Nichtjüdin mit jüdischen Ex-Hannoveranern, Hannover im September 1992; Stolz, Gerd: Reise in ein fernes Land... Gebündelte Eindrücke zu Entwicklung und Ablauf der Besuchsreisen, in: Rückkehr auf Zeit. Dokumentation zu den Besuchsreisen jüdischer ehemaliger Schleswig-Holsteiner in den Jahren 1986 bis 1992, S. 9-26.

größerer zeitlicher Distanz bewerten. Bricht der Kontakt allzu schnell wieder ab, verwandelt sich mitunter die Begeisterung erneut in Zweifel darüber, ob der Wille zur „Versöhnung“ auch wirklich ernst gemeint war. So äußerte sich eine Besucherin der Stadt **Erlangen**, die über ihren sonstigen Aufenthalt nur lobende Worte fand, resigniert zur Begegnung mit ehemaligen Schulkameradinnen: „Es entstand ein einmaliger Briefwechsel, jedoch ohne nennenswerten Erfolg und eine positive Äußerung. Ich nehme an, ihre Neugierde war gestillt.“⁷⁶ Und ein Londoner Journalist bemerkte zur Enttäuschung einer gebürtigen Leipzigerin darüber, dass sie nach ihrem Besuch keine weiteren Nachrichten aus ihrer Herkunftsstadt erhielt: „Die Stadt, die ihre vertriebene Tochter gesucht und gefunden hat, weiß vielleicht nicht, was es dieser Tochter bedeutet, gefunden zu bleiben und nicht erneut verloren zu gehen.“⁷⁷ Tatsächlich zeigen viele Briefe jüdischer Emigranten an ihre Gastgeber, dass der Besuch für sie ein bedeutsames Ereignis war, das sie über lange Jahre in Erinnerung halten werden, in der Hoffnung, „diese Reise nicht als einen Endpunkt, sondern als ein neues Kapitel betrachten“ zu können.⁷⁸ Auch wenn nicht alle mit dieser Hoffnung und Erwartung aus Deutschland zurückkehren, so äußern doch viele nach ihren Besuchen, dass der Aufenthalt und die Begegnung mit heutigen Deutschen ihnen ein neues, oder zumindest realistischeres Deutschlandbild vermittelt hätten. So schrieb ein Gast der Stadt Freiburg nach seinem Besuch an einen alten Schulfreund: „Meine liebe Frau und ich nahmen die herzlich gehaltene Einladung eigentlich mehr aus Neugier an, ob sich unsere negative Einstellung gegenüber Deutschland, insbesondere gegenüber Freiburg, ändern werde.“ Abschließend stellte er fest: „Unsere negative Einstellung schmolz immer mehr dahin!“⁷⁹ Und auch bei denjenigen, die selbst kaum mehr eigene Erinnerungen an ihr Geburtsland hatten, weil sie bei der Flucht oder Emigration zu jung waren, hat der Besuch oft einen versöhnlicheren Blick auf Deutschland zur Folge: „Eigentlich wuchs ich mit dem Bild auf, dass ich mit den Deutschen nichts zu tun haben wollte..., dass die Deutschen mich töten wollten...

⁷⁶ Zit. nach Benz, Wolfgang: Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre ehemaligen Heimatstädte, in: Exilforschung 9 (1991), S. 203.

⁷⁷ „Warum Mrs. Taylor auf Post aus Deutschland wartet. Verloren gegangen zwischen Leipzig und London: Gerda Landsberg – ein Schicksal im 20. Jahrhundert“, in: Frankfurter Rundschau, 24.12.1999.

⁷⁸ Schnöring, Kurt: Trotz alledem: Zu Besuch in der alten Heimat, in: Ziegler, Ernst-Andreas (Hrsg.): Freunde reden Tacheles. Der Beitrag der Städte zur Außenpolitik am Beispiel Deutschland-Israel, Wuppertal 1992, S. 144.

⁷⁹ Zit. nach „Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, AUFBAU-Sonderausgabe vom 28. Oktober 1994, S. 8.

Es war gut für mich, dass ich 1985 gefahren bin, weil ich jenes Gefühl, dass alle Deutschen schlecht sind, nun nicht mehr habe und das ist viel für mich. Ich hatte hinterher ein extrem starkes Friedensgefühl.“⁸⁰

Doch gerade bei Angehörigen der Kindergeneration (sowohl in Deutschland als auch im Exil Geborene) sind die Identitätsprobleme aufgrund der vagen eigenen Erinnerungen und Vorstellungen über das Herkunftsland ihrer Eltern oft weitaus komplexer, fällt das Urteil oft kritischer aus. So stellte der Sohn eines aus Bottrop stammenden Juden nach seinem Besuch in der Geburtsstadt seines Vaters fest, dass er nun zwar nicht mehr mit „dem Geist der Vergangenheit“ ringen müsse und die Stadt für ihn nun „keine Legende“ mehr sei, doch stellten sich ihm zugleich neue Fragen: „Erinnerungen an das Leben der Juden in Deutschland in einem Museum, Gedenkstätten und Besuche wie der meinige sind eine Sache. Aber ich frage mich: Was würden sie dazu sagen, wenn alle Juden wieder hierher zurückkehren würden?“⁸¹

Zweifellos erfüllten die bisherigen Besuchsprogramme eine wichtige Brückenfunktion zwischen jüdischen Emigranten der Generation, die die NS-Zeit bewusst miterlebt hat, und ihrem Herkunftsland Deutschland und seinen heutigen Bürgern. Kinder und Enkelkinder jüdischer Emigranten wurden meist als Begleitpersonen mit eingeladen, nur vereinzelt wurden bisher Einladungen gezielt an sie gerichtet. Allerdings werden die mitgereisten Angehörigen seit einigen Jahren in öffentliche Veranstaltungen und Zeitzeugengespräche aktiver eingebunden, so dass der Dialog zwischen zweiter und dritter Generation immer mehr zum Bestandteil der Besuchsprogramme wird.

So veranstaltete beispielsweise der „Verein für Sozialgeschichte“ in **Mainz** (Rheinland-Pfalz) während der Begegnungswoche im Juni 2001 eine Gesprächsrunde mit Kindern und Enkelkindern zur Frage der generationsübergreifenden Wirkung der Shoa sowohl in Täter- als auch Opfergesellschaften.⁸² In **Minden** (Nordrhein-Westfalen) wurde im Juni 2000 während des Aufenthalts einer Gruppe Altminder Juden diskutiert, ob die Stadt eine Ausweitung der Begegnungen auf die nachfolgenden Generationen vorsehe. Diese Frage wurde auch seitens der Gäste

⁸⁰ Zit. nach ebda., S. 6.

⁸¹ Zit. nach „Bottrop ist keine Legende mehr. Von der Begegnung mit der deutschen Vergangenheit und neuen Fragen“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 11.9.1993.

⁸² Vgl. „Warum kämpften die Juden nicht? Begegnungswoche 2001: Kinder und Enkelkinder der Überlebenden erzählten“, in: Mainzer Rhein-Zeitung, 13.6.2001; „Gräber der Vorfahren aufspüren. Woche der Begegnung: Kinder und Enkel der Holocaust-Opfer berichten, in: Allgemeine Zeitung, 13.6.2001.

und ihren Angehörigen aufgeworfen, da ihnen die Fortsetzung der Kontakte durch die nachkommenden Generationen ein besonderes Anliegen war.⁸³

Gespräche mit Vertretern der zweiten und dritten Generation werden seit 1998 auch im Rahmen des Projekts „Jüdisches Leben in **Frankfurt**“ organisiert und finden seither große Resonanz bei allen Beteiligten. Zudem führt die Frankfurter Projektgruppe seit 1998 ein deutsch-englisches Projekt unter dem Titel „The Aftermath of the Holocaust on Both Sides“ durch, das sich speziell der Frage widmet, was Angehörige der Erlebnisgeneration an ihre Kinder weitergeben und wie diese mit den Erfahrungen ihrer Eltern umgehen. Da viele Teilnehmende an diesem Projekt selbst in der historisch-politischen Bildung tätig sind, spielt bei den jährlich wechselnd in London und Frankfurt stattfindenden Workshops auch die Frage, welche Konsequenzen die Prägungen der zweiten Generation auf die „Holocaust-Education“ der nachfolgenden Generationen haben, eine zentrale Rolle.⁸⁴

Da sich seit einigen Jahren abzeichnet, dass immer weniger Angehörige der ersten Generation die weite Reise antreten können und wollen, stellt sich die Frage, wie lange die Besuchsprogramme in ihrer bisherigen Form noch durchgeführt werden können und welche Zukunft sie im Sinne einer Fortführung der Begegnungen zwischen Angehörigen der nachfolgenden Generationen haben werden. Insofern wird sich erst in einigen Jahren zeigen, ob und welche weitere Wirkung die Besuchsprogramme auch über die Erlebnisgeneration hinaus haben.

⁸³ Vgl. „Treffen auf neue Beine stellen. Begegnungswoche: Wie geht es weiter mit der zweiten und dritten Generation?“, in: Westfalenblatt, 27.5.2000. Der Minder Oberbürgermeister erklärte sich ausdrücklich interessiert an einer Fortführung. Was aus dem Vorhaben tatsächlich wird, ist unbekannt.

⁸⁴ Barnett, Ruth/Rieber, Angelika: Teaching and Learning about the Holocaust: German and Jewish Perspectives on the Aftermath of the Holocaust for the First and Second Generation, Beitrag zu einem Workshop der Konferenz „The Memory of the Holocaust in the 21st Century – the Challenge for Education“ im Oktober 1999 an der International School for Holocaust Studies in Jerusalem. (pdf-Download: www1.yadvashem.org/education/index_education.html)

II. „Begegnungen am Tatort“ – Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene

Verdrängt und vergessen – das waren jahrzehntelang die beiden Worte, die neben vielen anderen Aspekten der NS-Geschichte auch das Thema Zwangsarbeit betrafen. So genannte „Fremdarbeiter“ gehörten während der NS-Zeit zum Alltag von Groß- und Kleinstädten wie auch in ländlichen Gegenden. Sie waren sowohl in großen Rüstungs- und mittelständischen Betrieben als auch in der Haus- und Landwirtschaft beschäftigt. Doch Äußerungen wie „Ich war immer gut zu meiner Russin“⁸⁵ spiegeln die gesellschaftlich vorherrschende Negierung des Unrechts wider, das Millionen von Menschen durch Zwangsverschleppung, Entrechtung und Ausbeutung angetan wurde. Inzwischen sind über 20 Jahre vergangen, seit das Thema Zwangsarbeit durch erste wissenschaftliche Untersuchungen zum Gegenstand historischer Forschung und zum Anliegen politischen Engagements gesellschaftlicher Initiativen zur Anerkennung und Entschädigung dieser Opfer wurde. Organisierte „Begegnungen am Tatort“ für Opfer spielten bereits zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt nach der „Wiederentdeckung“ des Themas eine Rolle. Im Folgenden werden zuerst die Hintergründe zur Entstehung der Besuchsprogramme skizziert. Daran anschließend werden jeweils gesondert nach Programmträgern einige beispielhafte Besuchsprogramme eingehender vorgestellt. Um das Bild des gesellschaftlichen und politischen Engagements für die Opfer zu ergänzen, wird zudem eine Übersicht über verschiedene Formen von Unterstützungs- und Entschädigungsinitiativen gegeben. Abschließend werden die Auswirkungen und Perspektiven der bisherigen Programme erörtert.

2.1 „Wir dachten alle, keiner erinnert sich an uns“ – Vorgeschichte und Entstehung der Besuchsprogramme

Abgesehen von einzelnen wissenschaftlichen Untersuchungen war das Interesse am Thema NS-Zwangsarbeit und dem Schicksal dieser Opfer bis weit in die 1980er Jahre äußerst gering. Der einzige Rahmen, in dem in beiden deutschen Staaten vor allem seit den 1960er Jahren der Ausbeutung von rund 13,5 Millionen⁸⁶ Menschen gedacht wurde, waren KZ-Gedenkstätten. Für das Erinnern an diesen Orten hatten sich häufig die ehemaligen KZ-Häftlinge selbst eingesetzt und

⁸⁵ Dorn, Fred/Heuer, Klaus (Hrsg.): „Ich war immer gut zu meiner Russin“: Struktur und Praxis des Zwangsarbeitersystems am Beispiel der Region Südhessen, Pfaffenweiler 1991.

dort in den Folgejahren organisierte „Begegnungen am Tatort“ durchgeführt. Angehörige anderer Opfergruppen, wie die Kriegsgefangenen und die zahlreichen zivilen Zwangsarbeiter, gerieten dagegen weitgehend in Vergessenheit. Deshalb wurden sie – neben den Sinti und Roma, Homosexuellen und Euthanasie-Opfern – später auch als die „vergessenen Opfer“ bezeichnet. Erst die Spurensuche lokaler Geschichtswerkstätten Mitte der 1980er Jahre und erste umfassende wissenschaftliche Untersuchungen rückten die „vergessenen Opfer“ und die NS-Zwangsarbeit wieder in das gesellschaftliche Bewusstsein. Durch die Frage, inwieweit sich Konzerne, Betriebe und Behörden durch ihre Beschäftigung von Zwangsarbeitskräften während der NS-Zeit schuldig gemacht hatten, wurde das Thema zudem zu einem breit diskutierten Politikum.

In Folge der politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa meldeten sich seit den 1980er Jahren auch die Überlebenden aus Polen, Tschechien und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu Wort. Sie stellten die größte Gruppe der „vergessenen Opfer“ dar und waren von bisher erfolgten Entschädigungen ausgeschlossen. Zudem hatten sie über Jahrzehnte hinweg ihre Verfolgungsgeschichte verschwiegen, galten sie doch in ihren Heimatländern lange als „Kollaborateure“ und „Vaterlandsverräter“, denen Diskriminierung und Verfolgung drohte. Im Februar 1990 löste ein Artikel in der russischen Zeitung *Izvestija* eine Flut von Briefen ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiter aus. Der Artikel hatte von Entschädigungszahlungen berichtet, die die Grüne Partei im Bundestag gefordert hatte. In der Hoffnung auf finanzielle und moralische Entschädigung wandten sich daraufhin erstmals tausende Frauen und Männer an die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“, die sich für die Aufarbeitung der stalinistischen Repressionen und die Rehabilitierung der Opfer einsetzte.⁸⁷

Bis in die späten 1990er Jahre machten vor allem bürgerschaftliche Initiativen und Geschichtswerkstätten ehemalige Zwangsarbeiter ausfindig und luden diese nach Deutschland ein. Neben der Anerkennung der Opfer und ihrer späten Würdigung stand bei diesen Einladungen das Anliegen im Vordergrund, den Entschädigungs-

⁸⁶ Vgl. Spoerer, Mark: *Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart/ München 2001, S. 223. Diese Zahl schließt rund 8,4 Millionen Zivilarbeiter, 4,6 Millionen Kriegsgefangene und 1,7 Millionen KZ-Häftlinge und sog. „Arbeitsjuden“ ein.

⁸⁷ Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Memorial. Aufklärung der Geschichte und Gestaltung der Zukunft*, Köln 1990, S. 68ff.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Die OstarbeiterInnen. Opfer zweier Diktaturen*, Köln 1994.

prozess voranzutreiben und in der regionalen Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft ein Bewusstsein für die eigene Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den Opfern zu schaffen. So setzten sich beispielsweise zwei Initiativen in den nordrhein-westfälischen Städten **Herford** und **Bochum** bereits Ende der 1980er Jahre für die Belange ehemaliger Zwangsarbeiter ein.



Abb. 6 „Ostarbeiter, meldet Euch!“ (Prawda, 27.3.1991) Artikel über die Arbeit der Herforder Initiative „Arbeit und Leben“

Eine 1984 an der Herforder Volkshochschule gegründete Geschichtswerkstatt „Arbeit und Leben“ stieß im Rahmen ihrer Nachforschungen zur Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung auf das Thema Zwangsarbeit, das fortan zu einem Schwerpunkt ihrer lokalgeschichtlichen Spurensuche wurde.⁸⁸ In akribischen Recherchen, Analysen von Archivmaterial und durch erste

Kontakte zu ehemaligen Zwangsarbeitern in Polen konnte die Gruppe eine beträchtliche Materialsammlung anlegen, die sie im September 1989 in der Ausstellung „Zwangsarbeit in Herford 1939–1945 – Spurensuche im Raum Herford“ der Öffentlichkeit zugänglich machte. Zur Ausstellungseröffnung waren auf Einladung der Geschichtswerkstatt auch elf polnische Zeitzeugen anwesend. Diese waren einst als Lehrlinge an der Berufsfachschule im polnischen Pabianice zur Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie gezwungen worden. Als die

⁸⁸ Die Geschichtswerkstatt hat ihre Arbeit ausführlich dokumentiert und in zwei Büchern veröffentlicht: Kohne, Helga u. Laue, Christoph: Deckname Genofa. Zwangsarbeit im Raum Herford 1939 bis 1945, Bielefeld 1992; dies.: Mariupol-Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945, Bielefeld 1995.

Ostfront 1944 näher rückte, wurde der als kriegswichtig eingestufte Betrieb komplett demontiert und mitsamt den 400 polnischen Zwangsarbeitskräften nach Herford transportiert.

Die Bemühungen der Geschichtswerkstatt „Arbeit und Leben“, im Jahr 1990 einen kommunalen Fonds zur Entschädigung der ehemaligen Herforder Zwangsarbeiter zu erwirken, scheiterten. Doch bekannte sich die Stadt zu ihrer moralischen Verpflichtung und beauftragte die Verwaltung, Nachforschungen über Zwangsarbeit in Herford anzustellen und ortsansässige Unternehmen um eine Beteiligung an einer symbolischen „Wiedergutmachung“ anzusprechen. Bei Letzteren stieß die Initiative der Stadt bis auf eine Ausnahme auf wenig positive Resonanz. In der Zwischenzeit hatte die Geschichtswerkstatt Kontakte zu ehemaligen Zwangsarbeiterinnen im ukrainischen Mariupol herstellen können und regte im Jahr 1990 deren Einladung an. Die Stadt Herford stellte daraufhin 70.000 DM zur Verfügung, um die Frauen als „symbolische Geste der Wiedergutmachung“ wahlweise einzuladen oder pro Person einen jeweiligen Geldbetrag auszubezahlen. Für die Initiatoren überraschend zog die überwiegende Zahl der Eingeladenen einen Besuch der Auszahlung eines Geldbetrags vor. Der Besuch der ukrainischen Frauen fand schließlich im Mai 1994 statt.

Ähnlich früh engagierte sich der Bochumer Städtepartnerschaftsverein **„Gesellschaft Bochum-Donetsk e.V.“** für das Schicksal der Opfer von Zwangsarbeit.⁸⁹ Die erste Initiative ging von den Bochumer „Müttern für den Frieden“ um den Jahreswechsel 1989/1990 aus. Diese griff die „Gesellschaft Bochum-Donetsk“ auf und fragte ihre ukrainischen Partner nach dem Schicksal während des Nationalsozialismus nach Deutschland verschleppter Zwangsarbeiterinnen. Die Donezker Partner reagierten anfänglich mit Unverständnis auf diese Nachfrage, war das Thema Zwangsarbeit doch aufgrund seiner Tabuisierung in der Sowjetunion nur wenig bekannt. Schließlich entstand jedoch ein Kontakt zur dortigen Vereinigung minderjähriger Zwangsarbeiter, die sich 1989 gegründet hatte. Daraufhin lud der Bochumer Verein mit finanzieller Unterstützung der Volkswagen-Stiftung und privaten Spendern in den Jahren 1992, 1994, 1998 und 1999 jeweils eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiterinnen ein, bis schließlich im Jahr 2000 der Bochumer Stadtrat ein eigenes Besuchsprogramm beschloss.

⁸⁹ Vgl. Jachnow, Waltraud: Eine unübliche Annäherung an das Thema Zwangsarbeit: Engagement und Wirken einer Initiative, in: FORUM Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur, Heft 2/2003, S. 40–45.

Mit Ausnahme der Städte Köln und München, die seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich ehemalige Zwangsarbeiter einluden, fanden kommunale Besuchsprogramme bis Ende der 1990er Jahre meist nur als einmalige Initiative und zu bestimmten Anlässen statt. Zur Veranschaulichung, in welchem Kontext solche frühen kommunalen Einladungen standen, seien hier einige Beispiele genannt.

Die bislang früheste kommunale Einladung ist aus der Stadt Marl (Nordrhein-Westfalen) im Jahr 1984 bekannt. Ausgelöst wurde sie durch eine Diskussion im Stadtrat über die Umbenennung der „Rathausallee“ im Jahr 1983. Der damalige Ratsherr der Grünen, Klaus Stawitzki, kritisierte die geplante Benennung der Allee nach einem ehemaligen Vorsitzenden der Marler Chemiewerke Hüls AG. Zur Begründung legte er die Kopie eines Entlassungsscheins der Hülswerke aus dem Jahr 1944 vor, der die Überweisung der polnischen Zwangsarbeiterin Josefa Lazuga ins KZ Auschwitz zur Folge hatte. Stawitzki forderte stellvertretend für die zahl-

reichen Opfer von Zwangsarbeit die Benennung der Straße nach dieser polnischen Frau. Nach monatelangen Kontroversen einigte sich der Stadtrat tatsächlich im Dezember 1983 auf die Umbenennung in „Josefa-Lazuga-Straße“. Nachforschungen zum weiteren Schicksal der Polin ergaben schließlich, dass diese überlebt hatte. Auch ihr derzeitiger Wohnort konnte ausfindig gemacht und ihre Einwilligung in die

Totgeglaubte ehemalige Zwangsarbeiterin wohnt in Stettin
Marl benennt Rathausallee nach überlebender Polin von Auschwitz
Stadtrat lud 59jährige Josefa Lazuga zur Einweihung ein

von HEINZ (DRAWATZ)
 Zur Erinnerung an das Schicksal der europäischen Zwangsarbeiter, die in den Kriegsjahren unter menschenunwürdigen Bedingungen für das Chemiewerk Marle tätig und zum Begräbnis erhalten wurden, will die Stadt Marl in den nächsten Monaten die Rathausallee im Herzen der Stadt in „Josefa-Lazuga-Straße“ umbenennen. Die Straße soll das Namen einer Polin tragen, die 1944 bei den Chemiewerken Marle erkrankte und dann an ein Zwangsarbeiterlager der SS-Fabrik in Auschwitz überlassen wurde. Ihr weiteres Schicksal geht further als unbekannt - doch jetzt sollte sich heraus, daß die Frau Auschwitz überlebt hat und in Stettin wohnt. Marie Bürgermeisterei Stettin (Schlesien) und Josefa Lazuga zur Einweihung der Straße nach Marl einladen.

Die Stettinerin Josefa Lazuga lebte bis zu ihrer Einweisung nach Marle als eine Straße nach einem früheren Vorsitzenden der Chemiewerke benannt werden sollte. Die gemeinsame Initiative der Ratsfrau der Grünen, Klaus Stawitzki, gründlich über Kopie eines Entlassungsscheins der Zwangsarbeiterin Josefa Lazuga im Jahr 1944 von den Chemiewerken Marle eingewandt worden war.

Die Umbenennung der Gasse hat den CDU-Stadtrat mit seiner Stimme zu einem, der die Straße der Zwangsarbeiterin benannt werden soll. Diese Entscheidung wurde nicht nur durch die Nationalsozialisten, sondern auch durch die Stadtverwaltung nach ihrer Einweisung in das KZ Auschwitz bestätigt.

SPD und CDU schätzten zunächst die Idee. In der Folge der Chemiewerke wurde die Einweisung an die nationalsozialistische „Friedenaußen-Strasse“ getrieben. Doch die Schicksal der Zwangsarbeiterin Josefa Lazuga in Marl beschaffte die Stadtverwaltung nach monatelangen Nationalsozialistengesprächen der Rat im Dezember 1983 einen gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen. Die Rathausallee heißt in Zukunft Lazuga-Straße.

Nachforschungen nach dem weiteren Schicksal der Josefa Lazuga und polnischen Arbeiter

Zwangsarbeiterin überlebte lange Zeit im KZ. Die Chemiewerke Marle hatten sich in Schottgen. Die Hauptkommission zur Aufklärung der Hitler-Tötungen in Marle hat festgestellt, dass polnische und russische Zwangsarbeiterinnen aus Marl nach Bau der Buna-Werke nach Auschwitz geschickt wurden. Keine oder keine Dokumente über die Frauen aus dem Konzentrationslager Auschwitz finden.

Doch jetzt wurde die Witz über die Polin Josefa Lazuga in Köln, die Josefa Lazuga nach dem 19 Jahre alt, in Berlin

Die Einweisung der Josefa Lazuga erklärte die Frau mit der Benennung der Straße auf dem Namen einverstanden. Im Gesprächsstand an, obwohl es schlecht, daß es eine Einladung nicht Frage lassen und auch keine Informationen einfließen lassen.

The image shows a 'Entlassungsschein' (Release Certificate) for Josefa Lazuga. The form is filled out with her personal details: Name: Josefa Lazuga, Geburtsdatum: 21.12.1914, Geburtsort: Stettin. It includes a section for 'Bemerkungen' (Remarks) with a handwritten note: 'Für die Umbenennung der Straße in Stettin'. The document is dated 1944 and has a signature at the bottom.

Abb. 7 Artikel über Straßenumbenennung zu Ehren einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 6.4.1984.

Straßenbenennung nach ihrem Namen eingeholt werden, doch lehnte sie auf Anfrage der Stadt Marl einen Besuch aus gesundheitlichen Gründen ab. War damit die erste Einladung gescheitert, so konnte die Stadt doch wenige Jahre später (1991) auf diese Erfahrung zurückgreifen, als eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter aus dem polnischen Pabianice auf Einladung der Stadt zu Besuch kam. Die Besuchskosten teilten sich die Stadt Marl und die Hüls AG.

In das hessische **Stadtallendorf** lud im Jahr 1990 der Magistrat der Stadt insgesamt 148 ehemalige jüdisch-ungarische KZ-Häftlingsfrauen des Außenlagers Münchmühle (KZ Buchenwald) zu einem einwöchigen Aufenthalt ein. Die Nachforschungen einer Schulklasse in den 1980er Jahren hatten das Thema „Zwangsarbeit“ in die regionale Öffentlichkeit gebracht, woraufhin sich der „Förderverein Stadt- und Regionalgeschichte Stadtallendorf 1933–1945“ gründete, der mit der Stadtverwaltung die Einladung an die Überlebenden aussprach.⁹⁰

Im nordrhein-westfälischen **Lüdenscheid** entstanden über Kontakte zur russischen Partnerstadt Taganrog Verbindungen zu ehemaligen Zwangsarbeitern. Auf Einladung der Gemeinde besuchte daraufhin im Jahr 1992 eine Gruppe von 28 Personen die Stadt.

Die Kleinstädte Tuttlingen (Baden-Württemberg) und Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) nahmen den 50. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 1995 zum Anlass, ehemalige Zwangsarbeiter einzuladen. **Tuttlingen** konnte nach ungewöhnlich ambitionierten Adressrecherchen und aufwändigen Reisevorbereitungen insgesamt 25 Männer und Frauen aus Polen und der Ukraine begrüßen und hielt die eindruckliche Begegnung in einer umfassenden Dokumentation fest.⁹¹ Die Stadt **Güstrow** lud zum 50. Jahrestag eine der Stadt bekannte ukrainische ehemalige Zwangsarbeiterin ein. Sie hatte durch ihren Einsatz als Vermittlerin und Dolmetscherin die kampflose Übergabe der Stadt an die Rote Armee erwirken können und wurde dafür mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt ausgezeichnet.⁹²

Das „Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg“ und die Stadt **Ulm** (Baden-Würt-

⁹⁰ Der Besuch wurde in einer deutsch-ungarischen Publikation dokumentiert: Magistrat der Stadt Stadtallendorf und Förderverein für Stadt- und Regionalgeschichte Stadtallendorfs 1933–1945 e.V. (Hrsg.): „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung.“ Dokumentation der Internationalen Tage der Begegnung in Stadtallendorf, KZ-Außenlager Münchmühle/Nobel vom 21.–26. Oktober 1990, Stadtallendorf 1991.

⁹¹ Vgl. Stadt Tuttlingen (Hrsg.): „Wir hatten immer Hunger.“ Dokumentation eines Besuchs von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern nach 50 Jahren in Tuttlingen, bearb. v. Gunda Woll, Marliese Allgaier-Schutzbach, Arnulf Huegel, Tuttlingen 1998.

⁹² „Slata Kowalewszkaja – Ehrenbürgerin. Verleihung an die Ukrainerin, die Güstrow 1945 mit ihrem Einsatz mit vor der Zerstörung rettete“, in: Schweriner Volkszeitung, 5.1.1997.

temberg) luden im Oktober 1996 und April 1997 jeweils eine Gruppe von 80 ehemaligen Zwangsarbeitern aus Polen ein. Diese mussten während der NS-Zeit bei AEG-Telefunken im besetzten Łódź arbeiten, wurden jedoch 1944 mitsamt den Produktionsstätten nach Ulm verschleppt, wo sie bis Kriegsende leben und arbeiten mussten. Nach ihrer Befreiung wurden die meisten vor ihrer Repatriierung vorübergehend in Ludwigsburg untergebracht. Deshalb war es vielen ein Bedürfnis, auch diese Stadt noch einmal zu besuchen, was mit der Einladung nach Ulm verbunden werden konnte.

Im Jahr 1997 luden die Städte Karlsruhe (Baden-Württemberg) und Jena (Thüringen) erstmals ehemalige Zwangsarbeiter ein. Anlass der Einladung in **Karlsruhe** war die Einweihung einer Gedenktafel am Gebäude des neu eröffneten „Zentrums für Kunst und Medientechnologie“, in dem sich während der NS-Zeit die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik (Arbeitgeber von rund 17.000 Zwangsarbeitern) befunden hatte.⁹³ In **Jena** gab die Eröffnung der Ausstellung „Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss“ den Anstoß zur Einladung einer Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter, die zuvor von Studierenden der Jenaer Universität in Prag besucht und interviewt worden waren.

Als die Entschädigungsdebatte ab 1998 sowohl national als auch international in den Blick der Öffentlichkeit rückte, nahmen kommunale Einladungsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter in ihrer Zahl, Häufigkeit und ihrem Umfang deutlich zu. Häufig wurde erst im Zuge dieser Diskussionen bekannt, in welchen ortsanässigen Betrieben und welcher Dimension Zwangsarbeitskräfte eingesetzt waren. Auch erhielten seinerzeit die Stadtverwaltungen vermehrt Anfragen Überlebender, die Nachweise über den Zwangsaufenthalt für ihre Renten- und Entschädigungsansprüche benötigten. Es stellte sich so auch heraus, dass viele der Opfer noch lebten. Die Städte gerieten unter einen wachsenden Handlungsdruck, denn plötzlich standen das bislang wenig beachtete Unrechtssystem der Zwangsarbeit wie auch die Verstrickung der öffentlichen und privaten Wirtschaft in dieses System im Licht der Öffentlichkeit. Zunehmend stellte sich die Frage, wie die Städte sich zu ihrer Rolle als Vermittler und Arbeitgeber von Zwangsarbeitern verhalten sollten und welche Möglichkeiten für eine zumindest moralische Entschädigung der Opfer bestehen. Auf Empfehlung des Deutschen Städtetags vom Februar 2000 stellten die meisten Städte schließlich die Unterstützung der ortsgeschichtlichen Erforschung

⁹³ Auch in den Jahren 2000–2004 lud Karlsruhe mehrfach ehemalige Zwangsarbeiter ein und veröffentlichte zu jedem Besuch eine mehrsprachige (je nach Herkunftsland der Gäste) Dokumentation.

von Zwangsarbeit, eine diesbezügliche Erinnerungs- und Bildungsarbeit wie auch die Durchführung von Besuchsprogrammen in den Vordergrund ihrer Aktivitäten.⁹⁴ Dies, wie auch die Tatsache, dass vor allem im Zuge der Nachweisbeschaffung für Entschädigungsansprüche die Adressen von Überlebenden bekannt wurden, erklärt, warum insbesondere in den Jahren 2000 bis 2003 zahlreiche Städte und Gemeinden dem Vorbild bisheriger Besuchsprogramme folgten und einst am Ort beschäftigte Zwangsarbeiter zu einem Besuch einluden.

Inzwischen ist die Zahl der Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter wieder deutlich rückläufig. Dies ist einerseits durch die zunehmend prekäre Haushaltssituation der Kommunen bedingt. Doch auch das sinkende öffentliche Interesse und die zunehmend knappe Mittelausstattung engagierter Initiativen und Vereine – sei es durch die Streichung von ABM-Stellen oder den Rückgang der Spendenbereitschaft – bewirken, dass die Zahl der Einladungsinitiativen abnimmt. So scheinen vielerorts die bei den Opfern geweckten Hoffnungen auf ein Wiedersehen mit den Orten ihrer geraubten Jugend bereits wieder in Vergessenheit geraten zu sein oder drohen dies zu tun. Zwar nimmt die Zahl der Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter, die einen Besuch in Deutschland anstreben, schon allein aus Altersgründen ab. Doch gibt es noch immer zahlreiche Interessenten für Besuchsprogramme, die entweder als kleine Kinder nach Deutschland verschleppt oder hier geboren wurden. Ihre Freude darüber, dass man sich ihrer zwar spät, aber doch erinnert hat, droht angesichts der sinkenden Bereitschaft zur Einladung zunehmend einer Enttäuschung darüber zu weichen, dass dieses Erinnern scheinbar nur von kurzer Dauer war.

2.2 „Ich hätte nie erwartet, noch einmal hierher zu kommen“ –

Rahmenbedingungen, Umfang und Verlauf beispielhafter Besuche

In den folgenden Kapiteln werden anhand beispielhafter Besuchsprogramme deren Rahmenbedingungen, Umfang und Verlauf geschildert. Dabei werden kommunale, bürgerschaftliche wie auch Firmeneinladungen und Begegnungen im Rahmen von Schul- und Jugendprojekten jeweils gesondert dargestellt.

Der Großteil der Programme richtete sich an ehemalige zivile Zwangsarbeitskräfte und KZ-Häftlinge, die zur Sklavenarbeit für die ortsansässige Industrie in einem

⁹⁴ „Städte bekennen sich zu ihrer moralischen Mitverantwortung für Zwangsarbeiter“, Pressemitteilung des Deutschen Städtetags vom 9.2.2000.

der zahlreichen KZ-Außenlager inhaftiert waren. Auffällig wenige Programme berücksichtigten dagegen einst zur Zwangsarbeit verpflichtete Kriegsgefangene. Dies dürfte darin begründet sein, dass die Programme – allein schon wegen der Kontaktaufnahme zu den Überlebenden – meist in engem Zusammenhang mit dem Prozess der Entschädigungen standen. Ehemalige Kriegsgefangene gehören aber nicht zu den Entschädigungsberechtigten. Lediglich einige wenige bürgerschaftliche Initiativen richteten ihr Engagement vor allem auch nach Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ noch einmal besonders auf das Schicksal der Kriegsgefangenen und der so genannten „Italienischen Militärinternierten“,⁹⁵ um deren Forderungen nach gleichwertiger Anerkennung und Entschädigung zu unterstützen. Diese Initiativen finden an gegebener Stelle gesondert Erwähnung.

2.2.1 Kommunale Besuchsprogramme

Wie bereits oben erwähnt, fanden die meisten kommunalen Besuchsprogramme in den Jahren 2000 bis 2003 statt. Häufig waren die Besuche Bestandteil übergreifender Gesamtprogramme zur Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit in der jeweiligen Stadt oder Region. Diese umfassten neben der Einladung Überlebender meist auch die Erforschung und Dokumentation von Zwangsarbeit, die Nachweisbeschaffung für Anträge auf Entschädigung und in einzelnen Städten Hilfsfonds oder -programme zur Unterstützung der oft in Armut lebenden osteuropäischen Opfer. Insgesamt haben bisher rund 120 Städte und Gemeinden entsprechende Besuchsprogramme durchgeführt. Bis auf Berlin und Dresden haben alle 15 deutschen Großstädte (mit über 400.000 Einwohnern) im Rahmen von Besuchsprogrammen einmalig oder wiederholt ehemalige Zwangsarbeiter eingeladen.⁹⁶ Ein Großteil der Programme wurde von Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 60.000 und 400.000 Einwohnern durchgeführt. Doch haben auch über 20 kleinere Städte und Gemeinden (bis 30.000 Einwohner) Besuchsprogramme organisiert, wenn auch meist nur einmalig und mit geringerer Teilnehmerzahl.

⁹⁵ „Italienische Militärinternierte“ sind Kriegsgefangene, denen jedoch nach der Kapitulation Italiens der Status als Kriegsgefangene aberkannt wurde. Auf Grundlage eines umstrittenen Gutachtens wurden diese von den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. (Vgl. zum historischen Hintergrund und der Debatte über das Gutachten von Prof. Christian Tomuschat z.B. www.berliner-geschichtswerkstatt.de/zwangsarbeit/imi-infos.htm.)

⁹⁶ Näheres zu Berlin und Dresden vgl. Kapitel 3.2.2. Da zu Frankfurt a.M. im Rahmen der vorliegenden Untersuchung keine Daten vorgelegt wurden, können die dortigen Aktivitäten nicht berücksichtigt werden.

Das Besuchsprogramm der Stadt Köln hatte in vieler Hinsicht Vorbildcharakter für zahlreiche Initiativen und soll deshalb etwas ausführlicher porträtiert werden.

Den Anfang des Kölner Programms machte eine seinerzeit noch bürger-schaftlich initiierte Einladung ehemaliger KZ-Häftlinge

des Kölner Messelagers (ein Außenlager des KZ Buchenwald) zu einem öffentlichen Symposium im Jahr 1989. Seit 1990 ging die Trägerschaft des Besuchsprogramms an die Stadt Köln über. Inhaltlich vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet wurden die Besuche aber von der „Projektgruppe Messelager“, deren Mitglieder auch das Symposium im Vorjahr organisiert hatten. Seither lädt die Stadt Köln jährlich mindestens eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge oder Kriegsgefangener ein und führt damit das deutschlandweit umfangreichste kommunale Besuchsprogramm durch.

Aufgrund der Unterstützung durch lokale Politiker, insbesondere den damaligen Oberbürgermeister Norbert Burger, und durch den strukturellen Rahmen, war die Kontinuität des Programms vergleichsweise besser gewährleistet als in anderen Städten. Es wurde ein fester Haushaltstitel im Stadtetat eingerichtet, der zwar wiederholt zur Diskussion stand, bisher jedoch immer wieder verlängert wurde. Das Programm wurde institutionell an das NS-Dokumentationszentrum angebunden, so dass eine professionelle Aufbereitung und Archivierung des gesammelten Materials gewährleistet ist und dieses auch öffentlich zugänglich ist. Die feste Anbindung an die Stadt Köln garantierte den offiziellen Charakter des Programms und erhöhte zugleich die Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Nicht zuletzt beruht das Gelingen des Programms darauf, dass die Mitglieder der „Projektgruppe Messelager“ fast ausnahmslos seit Beginn des Programms mitarbeiten. Diese Kontinuität in der Projektgruppe ist unter anderem darin begründet, dass



Abb. 8 Bei der „Begegnung am Tatort“ steht meist die Rekonstruktion der eigenen Verfolgungsgeschichte im Mittelpunkt, wie hier auf dem Dach der ehemaligen Reichsbahndirektion in Köln.

die Mitglieder ihre Arbeit nicht nur als politisches Engagement verstehen, sondern auch in ihrer beruflichen Tätigkeit als Journalisten, Historikerinnen und Lehrkräfte nutzen können. Die ehren- und hauptamtlich engagierten Kölnerinnen und Kölner konnten somit zu einem Zeitpunkt, als manch andere Initiative oder Stadt noch erste Erfahrungen sammelte, bereits auf eine langjährige und bewährte Praxis zurückgreifen. Ihre Erfahrungen machten sie auch anderen – zugänglich in Form eines 1998 veröffentlichten Leitfadens.⁹⁷ Nicht zuletzt dadurch wurde das Kölner Programm Vorbild für viele nachfolgende Besuchsprogramme anderer Städte und Initiativen.

Obwohl mehrmals von Haushaltskürzungen bedroht, konnte das Kölner Programm seit inzwischen 15 Jahren kontinuierlich durchgeführt werden. So wurden seit 1989/1990 insgesamt über 350 ehemalige zivile Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene in Köln begrüßt.



Abb. 9 Der Eintrag in das Goldene Buch ist fester Bestandteil vieler kommunaler Besuchsprogramme und eine besondere Anerkennung des erlittenen Schicksals.

Die schwierige, aber aus finanziellen und organisatorischen Gründen notwendige, Begrenzung der jährlich eingeladenen Gäste wird in Köln derart gehandhabt, dass einerseits das Alter der Interessenten, aber auch wichtige persönliche Gründe⁹⁸ vorrangig berücksichtigt werden. Zudem werden die Besuchergruppen jährlich wechselnd nach thematischen Aspekten⁹⁹ und Herkunftsländern¹⁰⁰ ausgewählt.

⁹⁷ Fings, Karola: *Begegnungen am Tatort. Besuchsprogramme mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Ein Leitfaden* [Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Deutscher Städtetag; Projektgruppe Messelager], Düsseldorf 1998.

⁹⁸ Z.B. die entschädigungsrelevante Erbringung eines glaubwürdigen Nachweises über den Zwangsaufenthalt durch Ortsbesichtigungen und Zeitzeugeninterviews oder die Suche nach Gräbern Angehöriger.

⁹⁹ Z.B. Zwangsarbeit in der Industrie, Land- oder Hauswirtschaft; Zwangsarbeit in einer speziellen Branche oder bei einzelnen größeren Kölner Unternehmen; ehemalige Kriegsgefangene und „Italienische Militärinternierte“.

Das Programm für die Gäste besteht aus offiziellen Empfängen und Veranstaltungen, einem touristischen Programm, Besichtigungen der ehemaligen Haft- und Arbeitsstätten, sowie einer intensiven persönlichen Betreuung der Gäste,¹⁰⁰ Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie Zeitzeugen-Interviews.

Über die Jahre hinweg hat sich die Schwerpunktsetzung der Besuchsaufenthalte verschoben, jeweils in Abhängigkeit von der Entwicklung der Entschädigungsfragen, dem historischen Kenntnisstand zur NS-Zwangсарbeit und den individuellen Bedürfnissen der jeweils teilnehmenden Gäste. So spielte in den ersten Jahren die Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle, sowohl zur grundsätzlichen Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der Thematik als auch mit dem Ziel, den Entschädigungsforderungen allgemein, aber auch konkret gegenüber betroffenen Kölner Unternehmen stärker Nachdruck zu verleihen. Vor allem in den Anfangsjahren war die Rekonstruktion der Verfolgungsgeschichte und die regionale Spurensuche zentrales Element der Besuche, einerseits weil es für die Überlebenden oft ein wichtiger Schritt in der persönlichen Verarbeitung des Erlebten ist, die früheren Orte noch einmal zu besuchen. Andererseits war die Spurensuche aber auch zur Erbringung von glaubwürdigen Nachweisen über den Zwangsaufenthalt und zur Ergänzung des historischen Kenntnisstands von besonderer Bedeutung.

Seit Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und dem fortschreitenden Auszahlungsprozess haben sich Bedeutung und Umfang dieser beiden Elemente in der Programmgestaltung vergleichsweise verringert. Durch Zeitzeugen-Interviews und von Überlebenden mitgebrachten Materialien (z.B. Fotografien, Dokumente) konnten wichtige historische Erkenntnisse gewonnen und eine weitgehende Erforschung der Zwangсарbeit in Köln erreicht werden. Einerseits wird dieses Wissen nun zunehmend für die historisch-politische Bildungsarbeit genutzt. Andererseits kommt es inzwischen auch verstärkt den Gästen zugute, die entweder als kleine Kinder nach Köln verschleppt oder dort geboren wurden. Für sie bedeutet die Begegnung mit Orten ihrer Kindheit, dass bisher vage Assoziationen und dunkle Erinnerungen einen konkreten Ort, ein lebendiges Gesicht bekommen. Damit kehrt sich das Verhältnis in der Wissensvermittlung gewissermaßen um: Früher

¹⁰⁰ Meist wurden Gäste aus nur zwei Ländern zusammen eingeladen, um die sprachliche Vermittlung zu erleichtern. Zahlenmäßig überwogen Einladungen an Überlebende aus Mittel- und Osteuropa, gemäß dem überwiegenden Anteil osteuropäischer Opfer.

¹⁰¹ Dies kann sowohl private Einladungen zu den Betreuerinnen oder Begleitern, aber auch die Begleitung bei Einkäufen oder die Gewährleistung medizinischer Hilfen wie Brillen, Hörgeräte o.ä. beinhalten.



Abb. 10 Suche nach der ehemaligen Unterbringungsstätte - Radium-Gummiwerke in Köln-Dellbrück.



Abb. 11 Oft können nur anhand alter Fotos oder Dokumente, die die Gäste mitbringen, die Orte der Zwangsarbeit gefunden werden.

mehrfach Gruppen ehemaliger Zwangsarbeiter eingeladen oder von Münchner Historikern in ihren Heimatländern besucht und zu ihrem Schicksal befragt. Die Stadt München unterstützte diese Aktivitäten hauptsächlich finanziell. Im Januar und April 2000 beschloss der Münchner Stadtrat zusätzlich ein kommunales „Unterstützungsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter“ in der Partnerstadt Kiew und Umgebung. Dieses sah neben finanziellen und humanitären Hilfsleistungen¹⁰² auch ein Besuchsprogramm

waren die Erinnerungen der Überlebenden wichtige Quelle für die historische Forschung, um den Standort der Lager ermitteln zu können und mit vielen historischen Fakten über Alltag und Dimension der Zwangsarbeit Kenntnislücken zu schließen. Nun profitieren die Überlebenden, die damals Kinder waren, von den Kenntnissen der Kölner Historiker, da diese ihnen konkrete Fakten mitteilen, die sie nicht bewusst erinnern können.

Eines der umfassendsten Besuchs- und Hilfsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter hat neben Köln die Stadt **München** durchgeführt. In den Jahren 1993 bis 1999 wurden unter Leitung und Durchführung des Vereins „Projekt Erinnerung e.V.“

¹⁰² Näheres siehe Kapitel 2.4.

für Überlebende aus Kiew und Umgebung vor, in dessen Rahmen zwischen September 2000 und April 2002 insgesamt 67 Personen München besuchen konnten. Auf Empfehlung der Kiewer Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ wurde das Besuchsprogramm jedoch 2002 beendet. Grund hierfür war zum einen das hohe Alter der Gäste, zum anderen aber auch das Anliegen, einer Benachteiligung der im Kiewer Landkreis lebenden Opfer vorzubeugen, die diesen nicht von Leistungen profitiert hatten. Die restlichen Gelder wurden daher zur humanitären und medizinischen Unterstützung für eben diese Personen verwandt.¹⁰³

Auch in **Hamburg** ging dem kommunalen Besuchsprogramm ein langjähriges bürgerschaftliches Engagement voraus, hier jedoch eng angebunden an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. So hatte der Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme e.V. bereits seit 1994 kontinuierlich größere Gruppen ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme eingeladen, meist in Zusammenhang mit der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen zur Befreiung des KZ Neuengamme.¹⁰⁴ Seit der Einrichtung eines kommunalen Besuchsprogramms für ehemalige Zwangsarbeiter durch Beschluss des Hamburger Senats im Jahr 2001 wurden die bisherigen Einladungen ehemaliger KZ-Häftlinge in dieses integriert. Jährlich konnten somit seit 2001 rund 50 ehemalige zivile Zwangsarbeiter und rund 25 ehemalige KZ-Häftlinge eingeladen werden.¹⁰⁵ Die Besuchsreisen wurden bis zum Jahr 2001 weitgehend ehrenamtlich durchgeführt, jedoch mit Unterstützung der KZ-Gedenkstätte. Von den Erfahrungen und der Unterstützung dieses Fördervereins profitierte auch die sachsen-anhaltinische Stadt **Salzwedel**, die in den Jahren 1996 und 1999 jüdische ehemalige Häftlingsfrauen eines in der Stadt gelegenen Außenlagers des KZ Neuengamme eingeladen hat.¹⁰⁶ Mit Einrichtung des Hamburger Besuchsprogramms konnte auch auf die Hilfe einer hauptamtlichen Mitarbeiterin zur Organisation und Durchführung der Besuche zurückgegriffen werden. Die Fortführung des Programms und damit auch dieser Stelle ist an jährliche Zuwendungen durch

¹⁰³ Zu allen Angaben vgl. Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 3.7.2002: „Unterstützungsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Kiew“. Beendigung des Besuchsprogrammes – Medizinische Hilfe im Gebiet Kiew. Derzeit entsteht zudem eine Dokumentation über die Münchner Aktivitäten seit Beginn der 1990er Jahre.

¹⁰⁴ Eine Aufstellung der jährlich mindestens einmal durchgeführten Begegnungen ist nachzulesen bei: Garbe, Detlef (Hrsg.): Rückblicke – Ausblicke. KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2001, S. 53.

¹⁰⁵ Zu den Besuchen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vgl.: Hertz-Eichenrode, Katharina: „Ich hätte nichts dagegen, noch einmal nach Hamburg zu kommen.“ Erfahrungen aus dem Hamburger Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie, (2004) Heft 41, S. 24–29, und in: Gedenkstättenrundbrief, (2004), Nr. 119. S. 19–26.

den Hamburger Senat gekoppelt, wobei diese im zuletzt beschlossenen Doppelhaushalt für 2005/2006 erstmalig gekürzt wurden.

Die Stadt **Münster** hat zwei Mal je eine Gruppe Überlebender eingeladen und eine umfassende Erforschung der Zwangsarbeit in Münster und die Aufarbeitung des Materials für die historische Bildungsarbeit unterstützt. So beauftragte der Münsteraner Stadtrat im Jahr 2000 die Stadtverwaltung, in Kooperation mit der Regionalgruppe Westfalen des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund, die Geschichte von NS-Zwangsarbeit in Münster zu erforschen und darzustellen, wie auch noch reisefähige Überlebende nach Münster einzuladen beziehungsweise diese an ihren Heimatorten zu besuchen. Im Jahr 2001 kamen somit eine kleine Gruppe ukrainischer und 2003 eine Gruppe russischer Männer und Frauen nach Münster. Zugleich wurden belarussische Überlebende in zwei Interviewreisen von einer Historikerin des Stadtarchivs und einem Historiker des Fördervereins Villa ten Hompel e.V. im Mai und Oktober 2000 besucht. Die aus den Interviews, Gesprächen und Recherchen gewonnenen Erkenntnisse wurden in einer Ausstellung, einer Online-Präsentation,¹⁰⁷ einer Filmdokumentation,¹⁰⁸ einem Audioszenario¹⁰⁹ und mehreren Publikationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die Stadt **Leipzig** bietet seit dem Jahr 2000 auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses ein jährliches Besuchsprogramm für rund zehn bis zwölf ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge mit je einer Begleitperson an. Diese werden von Mitarbeitern der Stadt, wie auch ehrenamtlichen Helfern des Fördervereins der Dr.-Margarete-Blank-Gedenkstätte e.V. betreut. Zuvor hatte die Stadt Leipzig gemeinsam mit mehreren ortsansässigen Firmen und durch zahlreiche Privatspenden die Einrichtung einer deutschlandweit bisher einzigartigen Gedenkstätte

¹⁰⁶ Stadt Salzwedel (Hrsg.): „Wir gedenken ihrer mit großer Trauer.“ Treffen ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme – Außenlager Salzwedel vom 17.–23. Juni 1996 in Salzwedel, Salzwedel 1997; Salzwedeler Museen/Freundeskreis der KZ Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): Besuchswoche ehemaliger Inhaftierter des Konzentrationslagers Salzwedel (12.–19. Juli 1999). Salzwedel 2001.

¹⁰⁷ Vgl. www.muenster.de/stadt/zwangsarbeit/index1.html.

¹⁰⁸ Vgl. „...nach Deutschland“ – Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter/innen, Weißrussland, Oktober 2000“, Autoren: Gaby Flemnitz, Anna Tverdovskaia, Karl Reddemann, Realisation: Villa ten Hompel, Münster 2001.

¹⁰⁹ Vgl. „Weißrussische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bei der Reichsbahn, Münster. Erinnerungen“, Autor: Karl Reddemann, Realisation: VHS-Bürgerfunkstudio, Münster 2002.

finanziert, die sich an einem authentischen Ort ausschließlich dem Thema Zwangsarbeit widmet. Initiiert wurde die Gedenkstätte, die sich auf dem Gelände des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH, dem ehemaligen Standort der Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG), befindet, durch den Besuch einer Delegation ehemaliger Häftlingsfrauen im April 1996. Dank der jahrelangen intensiven Bemühungen des Fördervereins der Dr.-Margarete-Blank-Gedenkstätte e.V. und des außerordentlichen Engagements der Vereinsvorsitzenden, Charlotte Zeitschel, wurde die Idee tatsächlich realisiert.¹¹⁰ Im Dezember 2001 konnte die Gedenkstätte in Anwesenheit einer Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter eröffnet werden.

Mittlere und kleine Städte und Gemeinden (unter 60.000 Einwohner) haben meist einmalig Gruppen oder einzelne Personen eingeladen, die einst in ortsansässigen Betrieben Zwangsarbeit leisten mussten. Neben zwei kommunalen Einladungsprogrammen für ehemalige zivile Zwangsarbeiter sollen hier insbesondere auch zwei Besuchsprogramme für ehemalige KZ-Häftlinge Erwähnung finden, die einst in einem der vielen regionalen KZ-Außenlager arbeiten mussten. Anhand der Beispiele Ditzingen, Büren-Wewelsburg und Markkleeberg soll zudem gezeigt werden, wie sich die Bürgerschaft und Verwaltungen auch kleinerer Städte (unter 30.000 Einwohner) auf bemerkenswerte Art und Weise mit der Aufarbeitung von Zwangsarbeit in ihrer Region beschäftigt haben.

Für eine Stadt in ihrer Größe (rund 54.000 Einwohner) hat sich die Stadt **Hürth** bei Köln ungewöhnlich anspruchsvoll mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigt. Auf Anfrage von fünf Geschwistern einer polnischen Familie lud die Stadt Hürth diese 1998 zu einem Besuch ein. Die gesamte Familie war 1943 nach Deutschland verschleppt und zur Zwangsarbeit eingesetzt worden. Anliegen der Geschwister war es, das Grab ihres im März 1944 bei der Arbeit für die Reichsbahn verunglückten Vaters zu finden.¹¹¹ Die Kosten für die Anreise und Unterkunft teilten sich die Stadt Hürth und die Deutsche

¹¹⁰ Zur historischen Beschäftigung mit der Geschichte der HASAG und speziell der Entwicklung vom ersten Gedenken zu DDR-Zeiten bis zur Errichtung der Gedenkstätte in Leipzig vgl.: Haikal, Mustafa: Einige Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG), in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939-1945. Beiträge eines Kolloquiums in Chemnitz am 16. April 2002, hrsg. v. Sächsischen Staatsministerium des Inneren, Halle (Saale)/Dresden 2002, S. 81-88. Zum erwähnten ehrenamtlichen Engagement und den Schwierigkeiten, mit denen dieses konfrontiert ist, vgl.: „Zwangsarbeiter: Versöhnen nur im Ehrenamt. Sachsen lässt Leipzigerin mit Zwangsarbeiter-Gedenkstätte allein...“, in: Neues Deutschland, 23.1.2004.

¹¹¹ Vgl. „Auf der Suche nach der verlorenen Jugend. Frühere polnische Zwangsarbeiter zu Besuch in Hürth“, in: Kölnische Rundschau, 27.10.1998.



Abb. 12 Mancherorts erinnern inzwischen Strassenbezeichnungen an das Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter - wie hier in Moers

Bahn AG als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn. Durch den Besuch der Familie Kunysz angeregt, wurde auf Vorschlag des Hürther Stadtarchivars Dr. Manfred Faust im Herbst 2001 eine Straße nach dem im März 1944 getöteten polnischen Familienvater benannt – eine späte Würdigung des Schicksals der Familie, die diese außerordentlich rührte. Im Mai 2000 beschloss der Hauptausschuss der Stadt Hürth als eine der ersten deutschen Kommunen, mit der Einzahlung eines symbolischen Betrags von 10.000 DM in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft sich zur Rolle eines „wirtschaftlichen Nutznießers der Zwangsarbeit“ zu bekennen und damit

auch den Hürther Firmen ein Vorbild zu sein, die bislang der Stiftungsinitiative nicht beigetreten waren.¹¹² Der Beschluss umfasste außerdem die Einstellung einer ABM-Kraft zur Kontaktaufnahme mit noch lebenden ehemaligen Hürther Zwangsarbeitern und die Vorbereitung eines Besuchsprogramms. Dieses wurde im April 2002 durchgeführt. Insgesamt kamen 13 Frauen und Männer aus Polen, Belarus und der Ukraine.¹¹³

Ausgelöst durch die Entschädigungsdebatte, die Empfehlung des Deutschen Städtetags zur Aufarbeitung der Zwangsarbeitsgeschichte und vermehrte Anfragen Überlebender, beschloss der Gemeinderat der württembergischen Stadt **Ditzingen** im Februar 2002 die Einladung ehemaliger Ditzinger Zwangsarbeiter und die historische Aufarbeitung und Dokumentation des Themas.¹¹⁴ Individuelle Zahlungen an

¹¹² Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses Nr. 3/00 der Stadt Hürth vom 23.05.2000.

¹¹³ Vgl. „Rückkehr als freie Menschen. Hürth lädt ehemalige Zwangsarbeiter ein – Ausstellung des Kreises im Mai“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 9.4.2002.

¹¹⁴ Die Ergebnisse der Nachforschungen, Vorbereitung und Verlauf der Begegnung wie auch die im Vorfeld kontrovers geführten Debatten im Ditzinger Gemeinderat sind eindrücklich in einem Buch dokumentiert. Vgl. Stadt Ditzingen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Ditzingen, 1939–1945, Gerlingen 2003 (Ditzinger Schriften, Bd. 2).

Überlebende als freiwillige Leistung der Stadt und Geste der Versöhnung wurden nach kontrovers geführten Debatten im Stadtrat mit knapper Mehrheit abgelehnt. Als Antwort auf diese abschlägige Entscheidung gründeten einige Stadtratsmitglieder zusammen mit engagierten Ditzinger Bürgern die Spendeninitiative „Ditzinger Initiative gegen das Vergessen“, um auf diesem Wege doch noch individuelle Entschädigungszahlungen an Überlebende zu leisten.¹¹⁵ Mit intensiver Unterstützung und Beratung des Ditzinger Stadtarchivars Herbert Hoffmann wurden auch Schüler eines örtlichen Gymnasiums aktiv in die Vorbereitungen des geplanten Besuchsprogramms eingebunden. Sie waren durch die seit dem Jahr 2000 in Ditzingen geführte Entschädigungsdebatte bereits für das Thema sensibilisiert und sollten nun mit eigenen Nachforschungen zur Begegnung mit den Zeitzeugen beitragen. So führten sie im Rahmen ihrer Recherchen auch eine Straßenbefragung der Ditzinger Bevölkerung durch, um Erkenntnisse über deren Wissensstand zum Thema Zwangsarbeit zu erhalten.¹¹⁶ Dabei mussten sie feststellen, dass vor allem die Vertreter der Erlebnisgeneration, die aus eigener Anschauung und Erinnerung hätten berichten können, kaum zur Beantwortung der Fragen bereit waren. Umgekehrt waren die Jugendlichen später bei der Begegnung mit den ehemaligen Zwangsarbeitern umso mehr beeindruckt von deren Bereitschaft und Bedürfnis, nach so langer Zeit von ihren Erlebnissen zu berichten. So wurde die Zeitzeugenbefragung neben der Erkenntnis über historische Ereignisse vor allem zu einer eindrücklichen Erfahrung darüber, wie unterschiedlich betroffene Menschen mit der Geschichte und ihrem persönlichen Schicksal umgehen.



Abb. 13 Dokumentation über NS-Zwangsarbeit in Ditzingen und ihre Aufarbeitung.

¹¹⁵ Näheres hierzu siehe in Kapitel 2.3.

¹¹⁶ Vgl. Stadt Ditzingen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Ditzingen, 1939–1945, Gerlingen 2003 (Ditzinger Schriften, Bd. 2), S. 62–64.

Ein typisches Beispiel dafür, wie erst durch die Initiative von KZ-Überlebenden gemeinsam mit engagierten Bürgern des Ortes, an dem sich das KZ befunden hatte, die Errichtung eines Mahnmals erwirkt werden konnte, ist das Dorf **Büren-Wewelsburg**. Zum zehnjährigen Bestehen der Dokumentation „Wewelsburg 1933–1945. Kult- und Terrorstätte der SS“ im Kreismuseum Wewelsburg bei Paderborn wurde 1992 eine größere Gruppe ehemaliger Häftlinge des KZ Niederhagen zu einem mehrtägigen Besuchsprogramm eingeladen. Die Ortsentwicklung des Dorfes Wewelsburg wurde 1933 bis 1945 entscheidend durch die SS bestimmt. Aus der Idee einer „Reichsführerschule SS“ wurden seit 1936 Pläne zur Errichtung einer ideologischen und repräsentativen Zentrale des SS-Gruppenführercorps auf dem Gebiet der Gemeinde entwickelt. Die Arbeiten wurden hauptsächlich von KZ-Häftlingen ausgeführt. Erst die Bitten der Überlebenden und die Initiative einer daraufhin gegründeten Arbeitsgruppe junger Wewelsburger, die 1995 und 1998 wiederholt Überlebende einlud, weckten in Büren-Wewelsburg die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Schließlich konnte auch der Rat der Stadt Büren im Jahr 1999 zur Errichtung eines dauerhaften Mahnmals auf dem einstigen Appellplatz des Lagers und dem Ausbau einer Dauerausstellung zur einzigen KZ-Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen bewegt werden.¹¹⁷

Auch in **Markkleeberg** bei Leipzig gaben vor allem KZ-Überlebende den Anstoß dazu, dass die Erinnerung an ihr Leid an authentischem Ort wach gehalten wird. Zugleich ist Markkleeberg ein charakteristisches Beispiel dafür, dass zwar bereits zu DDR-Zeiten vielerorts der Opfer des NS-Terrors gedacht, die wahre Identität der Opfer jedoch verschwiegen oder verfälscht wurde.

Den Bürgermeister der Stadt Markkleeberg erreichte im Oktober 1996 aus Frankreich der Brief einer ehemaligen Häftlingsfrau, die als Mitglied der Résistance im Frauenaußenlager des KZ Buchenwald in Markkleeberg inhaftiert war. Bereits zu DDR-Zeiten war sie in Markkleeberg gewesen und hatte seinerzeit den dortigen Gedenkstein zur Erinnerung an das Lager gesehen, dessen Inschrift jedoch die Inhaftierung vor allem jüdischer Frauen nicht erwähnte und damit wichtige historische Wahrheiten verschwieg. Die Anregung der einstigen Inhaftierten aufgreifend wurde am 13. Juni 1998 eine neue Gedenktafel in Anwesenheit von sieben ehemaligen Häftlingsfrauen des Lagers eingeweiht. Die Inschrift war mit den

¹¹⁷ Ausführliche Informationen zur Gedenkstätte, dem Mahnmal, der Zusammenarbeit mit dem Wewelsburger Verein „Gedenktag 2. April in Wewelsburg“, Begegnungen mit Überlebenden und eine umfangreiche Literaturliste sind nachzulesen unter dem Beitrag zu Wewelsburg auf der Homepage: www.ns-gedenkstaetten.de.

Frauen, hauptsächlich ehemalige französische Widerstandskämpferinnen und inzwischen in den USA und Israel lebende ungarische Jüdinnen, abgestimmt worden. Der Besuch wurde gemeinsam mit dem Förderverein Westphalsches Haus e.V. geplant und durchgeführt, wie auch mit der Gedenkstätte zur Erinnerung an die Zwangsarbeit in Leipzig. Durch inzwischen mehrfach wiederholte Besuche, die jedoch nur noch anteilig von der Stadt Markkleeberg finanziert werden konnten, entstand ein reger und herzlicher Kontakt zwischen den ehemaligen Häftlingsfrauen und heutigen Markkleebergern, darunter auch Jugendlichen der örtlichen Schulen, die sich in Projektarbeiten und der Veranstaltung jährlicher Gedenktage weiterhin mit der NS-Geschichte auseinandersetzen.

Wie die dargestellten kommunalen Besuchsprogramme zeigen, profitieren diese in hohem Maße vom ehrenamtlichen Engagement bürgerschaftlicher Initiativen und Vereine. Diese haben oft den Anstoß zur Einladung gegeben und sind meist maßgeblich in die Planung und Durchführung der kommunalen Programme involviert. Die Unterstützung der Kommunen ist umgekehrt meist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das ehrenamtliche Engagement nicht nur angemessen gewürdigt, sondern vor allem auch über längere Zeit finanziell und strukturell gestärkt wird. Nach wie vor erhalten jedoch viele bürgerschaftliche Initiativen keine oder nur geringe Unterstützung von kommunaler Seite. Umso wichtiger erscheint es, das viel Kraft und Energie kostende ehrenamtliche Engagement der Initiativen zu würdigen.

2.2.2 Bürgerschaftliche Besuchsprogramme

Wie bereits einleitend zur Entstehungsgeschichte beschrieben, bewirkte vor allem das ehrenamtliche Engagement historischer Arbeitskreise, Vereine und Initiativen die „Wiederentdeckung“ der Opfer von Zwangsarbeit in Deutschland. In akribischer Kleinarbeit übersetzten und beantworteten Mitglieder dieser Initiativen und Vereine Briefe Überlebender, die Nachweise über ihren Zwangsaufenthalt benötigten oder Gräber von Angehörigen suchten. Sie forschten in Firmen-, Stadt- und anderen Archiven nach entsprechenden Dokumenten und gaben so den Überlebenden wichtige Hilfestellungen. Zugleich wurden die Initiativen zu einem bedeutsamen Sprachrohr der Überlebenden in der deutschen Öffentlichkeit. Während ihre Forderungen nach einer moralischen Anerkennung und Würdigung der Opfer (z.B. in Form von Besuchsprogrammen) wie in den oben beschriebenen Beispielen bei einigen Kommunalverwaltungen über kurz oder lang auf Unterstützung stießen, ist dies in zahlreichen anderen Städten bis heute nicht der Fall. Dort ist es allein bürgerschaftlichen Initiativen zu verdanken, dass ehemalige Zwangsarbeiter doch

noch die Reise nach Deutschland antreten konnten. Stellvertretend für viele vergleichbare Initiativen, sollen im Folgenden solche ausschließlich bürgerschaftlich organisierten Besuchsprogramme in Berlin, Dresden, Friedrichshafen und Mainz dargestellt werden.

Wie bereits oben erwähnt gibt es bis heute in **Berlin** kein kommunales Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter. Die Gründe, warum weder der Berliner Senat noch einzelne Bezirke ein solches Programm realisiert haben, konnten nicht geklärt werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass dies vor allem finanzielle Gründe hat, da bekanntermaßen die Haushaltslage in Berlin seit Jahren äußerst angespannt ist und angesichts der großen Anzahl an Zwangsarbeitern, die in Berlin eingesetzt waren,¹¹⁸ enorme Kosten auf die Stadt zugekommen wären. In Ermangelung eines kommunalen Besuchsprogramms hat sich über die Jahre hinweg jedoch ein breites Netzwerk engagierter Einzelpersonen, Vereine, Initiativen und Organisationen herausgebildet, die sich mit dem Thema Zwangsarbeit in Berlin beschäftigen. Dieses Netzwerk setzt sich seit Jahren auch für die Einrichtung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums zur NS-Zwangsarbeiterthematik in Berlin-Schöneeweide ein, um durch diese Institutionalisierung einen dauerhaften Rahmen für das Gedenken an die Opfer der Zwangsarbeit und die langjährige ehrenamtliche Arbeit der Berliner Vereine zu schaffen.¹¹⁹ Eine Auswahl der Berliner Vereine und Initiativen soll nun unter Berücksichtigung ihrer Arbeitsschwerpunkte und beispielhafter Besuche und Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen oder Kriegsgefangenen vorgestellt werden.¹²⁰

In der **Berliner Geschichtswerkstatt e.V.** arbeitet eine fünfköpfige Projektgruppe seit 1994 zum Thema NS-Zwangsarbeit in Berlin und Brandenburg. Die akademische Forschung verbindet die Projektgruppe mit der lokalen Begegnungs- und Gedenkstättenarbeit sowie mit intensiven Kontakten zu Zeitzeugen. Die Forschungsarbeit und die Spurensuche nach den „vergessenen Lagern“ sind dabei eng verknüpft mit einem politischen Engagement für die „vergessenen Opfer“. Gemein-

¹¹⁸ Zeitweise waren mehr als 420.000 Zwangsarbeiter in Berlin eingesetzt, die in über 1.000 Lagern untergebracht waren. Vgl. Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945, Berlin 2003, S. 29f.

¹¹⁹ Dabei handelt es sich um einen Ort, an dem sich das im Jahr 1993 entdeckte letzte komplett erhaltene Berliner Zwangsarbeiterlager befindet. Zu ausführlichen Informationen über das Lager und dem aktuellen Stand hinsichtlich der Einrichtung einer Gedenkstätte vgl. die Homepage des gegründeten Fördervereins (www.zwangsarbeit-in-berlin.de).

¹²⁰ Informationen über einen Großteil der Aktivitäten in Berlin sind zu finden auf der o.g. Homepage des Fördervereins und der der Berliner Geschichtswerkstatt (www.berliner-geschichtswerkstatt.de).

sam mit der Antifa Treptow zeigte die Geschichtswerkstatt 1995 eine Ausstellung über das zwei Jahre zuvor entdeckte ehemalige Lager in Berlin-Schöneeweide und setzte sich erfolgreich mit Rundgängen, Veranstaltungen und Lobbyarbeit für den Erhalt der Baracken ein. Aufgrund der schwierigen Quellenlage zur Thematik entstanden allmählich intensive briefliche und persönliche Kontakte zu Betroffenenverbänden, anfangs vor allem in den Niederlanden und Tschechien, später auch in Polen, der Ukraine und Belarus. Durch diese Kontakte entstand zwischen 1995 und 1998 wie auch in den Folgejahren eine umfangreiche Sammlung lebensgeschichtlicher Dokumente, die als Spezialarchiv der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Aufgrund fehlender Mittel konnten jährliche Besuche ehemaliger Berliner Zwangsarbeiter erst seit 2000 realisiert werden. Bei Einladungen größerer Gruppen legte die Berliner Geschichtswerkstatt Wert darauf, dass die eingeladenen Personen auch an ihrem Heimatort zueinander Kontakt hatten und damit eine Betreuung der Gäste erleichtert wurde. So kamen beispielsweise im Mai 2000 neunzehn ehemalige Zwangsarbeiter aus dem polnischen Łódź nach Berlin, wo sie während der NS-Zeit bei AEG-Telefunken in Berlin-Wedding Zwangsarbeit leisten mussten. Neben offiziellen Empfängen (Berliner Rathaus, Polnische Botschaft), Zeitzeugen-Interviews mit Mitgliedern der Projektgruppe, der Besichtigung des ehemaligen AEG-Geländes und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit fand während des Besuchs auch eine Begegnung mit Auszubildenden des Oberstufenzentrums Feinmechanik und Gerätetechnik statt. Der gesamte Aufenthalt wurde sowohl in einer Fernsehdokumentation als auch in einer zweisprachigen Broschüre dokumentiert.¹²¹ Durch Vermittlung der Geschichtswerkstatt konnten außerdem spendenbereite Menschen zur Übernahme von Patenschaften mit monatlichen Geldüberweisungen an die polnischen Frauen und Männer bewegt werden. Im April 2003 realisierte die Berliner Geschichtswerkstatt gemeinsam mit dem Bund der Antifaschisten Treptow e.V. und dem Archenhold-Gymnasium Berlin-Niederschöneeweide eine Wiederbegegnung mit den polnischen Frauen und Männern im Rahmen einer Begegnungsfahrt nach Łódź, an der sechs Jugendliche teilnahmen, die sich seit einem halben Jahr mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigt hatten.

Da den Betroffenen inzwischen eine Reise nach Berlin oft aus Alters- oder Gesundheitsgründen nicht mehr möglich ist, besuchen die Mitglieder der Berliner Ge-

¹²¹ „Wir kamen nicht freiwillig – Zwangsarbeiter in Berlin“, ein Film von Wilma Pradetto, Sender Freies Berlin (Erstausstrahlung: 12.9.2000); Eckelmann, Susanne/Dollmann, Lydia/Irmer, Thomas: Rückkehr nach Berlin. Eine Dokumentation des Besuchs von 19 ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Lodz im Mai 2000, Berlin: Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), 2000 (Broschüre).

schichtswerkstatt diese seit 2003 auch häufiger an deren Heimatorten und halten Zeitzeugen-Interviews auf Video fest.

Das große Engagement der Projektgruppe hatte in vielfacher Hinsicht eine Pilotfunktion für die lokalhistorische Forschung und breitere gesellschaftliche Beschäftigung mit der Thematik in Berlin. Als hauptamtliche Mitarbeiter der „Berliner Koordinierungsstelle für Nachweisersuchen ehemaliger Berliner Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter“ konnten die Projektgruppenmitglieder der Berliner Geschichtswerkstatt außerdem ihre in der ehrenamtlichen Arbeit erworbenen profunden Kenntnisse und Erfahrungen einbringen.

Der 1991 gegründete Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. engagiert sich seit dem Sommer 2000 für ehemalige Zwangsarbeiter in der Ukraine, Russland und Belarus. Neben verschiedenen Ausstellungsprojekten und einem umfangreichen Unterstützungsprojekt für osteuropäische NS-Opfer¹²² führte der Verein auch zwei Besuchsprogramme durch.

Im Mai 2002 lud KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. acht ukrainische Gäste nach Berlin ein, die in der NS-Zeit bei der Deutschen Reichsbahn Zwangsarbeit leisten mussten.¹²³ Ermöglicht wurde das Projekt durch die Zuwendung eines Hamburger Vereinsmitgliedes und die Kooperation mit dem DGB-Landesverband Berlin-Brandenburg und der Eisenbahner-Gewerkschaft TRANSNET. Der Verein hatte sich aus zwei Gründen speziell für die Einladung der „ehemaligen Reichsbahner“ entschlossen: Zum einen mussten diese eine besonders harte und – da die Betriebs- und Gleisanlagen bevorzugte Ziele von Bombenangriffen waren – gefährliche Arbeit leisten. Zum anderen gibt es bei der heutigen Deutschen Bahn AG wenig Hinweise auf diesen dunklen Teil der Betriebsgeschichte. So war es die Absicht des Vereins, die ukrainischen Gäste als Zeitzeugen und Gesprächspartner insbesondere mit der Eisenbahnerjugend zusammen zu bringen. Ein zusätzliches Anliegen war es, zusammen mit den Zeitzeugen die Orte ihrer damaligen Arbeitseinsätze aufzuspüren, um die Erinnerung der Betroffenen anhand der Orte zu verifizieren und dadurch notwendige „Plausibilitätserklärungen“ für Entschädigungsansprüche zu erwirken. Bei einer zweiten Einladung im September 2003, die vom Fonds „Erinnerung und Zukunft“ unterstützt wurde, konnten die ukrainischen

¹²² Vgl. Kapitel 2.3.

¹²³ Der Besuch wurde in einer Broschüre dokumentiert: KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V./DGB Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Zwangsarbeit. Begegnungen mit „Ostarbeitern“, Berlin 2003. Vgl. ebenso: „Leidenszeit soll Mahnung sein“, in: inform. Zeitung der TRANSNET, Juli 2002.

Gäste auch an zwei Theatervorführungen besonderer Art teilnehmen: Jugendliche aus zehn Nationen führten in einem ehemaligen Bunker die von KONTAKTE-KOHTAKTBI e.V., Berliner Unterwelten e.V. und Club Dialog e.V. realisierten Theaterstücke „OST-Arbeiter“ und „Tänzerin hinter Stacheldraht“ auf. Diese erzählen die Geschichte einst zur Sklavenarbeit nach Deutschland verschleppter Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion. Die Theaterstücke beeindruckten die ukrainischen Gäste so, dass sie Tags darauf den Jugendlichen einen selbst kreierten „Theaterweltpreis“ verliehen.¹²⁴

In der **Stichting Holländerei** arbeiten seit Ende 1994 niederländische Berliner zum Thema Zwangsarbeit. Erstmals organisierten sie im Jahr 1995 eine Reise ehemaliger Arbeitsdeportierter aus den Niederlanden nach Berlin. Es schlossen sich weitere Besuche in den Folgejahren an. Stichting Holländerei versteht sich als Plattform und Netzwerk zur Unterstützung verschiedener Aktivitäten zum Thema Zwangsarbeit und möchte insbesondere dem in den Niederlanden fortbestehenden Vorurteil entgegentreten, die westeuropäischen Zwangsarbeiter seien „freiwillig“ nach Deutschland gegangen. Mit Zeitzeugen-Begegnungen, die einfallreich und individuell mit Musik-, Film- und Kunstprojekten verbunden sind, will Stichting Holländerei das Thema Zwangsarbeit auch einem breiteren Publikum näher bringen.¹²⁵

Im Jahr 2000 wurde von insgesamt 40 Berliner Kirchengemeinden die „**Arbeitsgruppe NS-Zwangsarbeit**“ gegründet.¹²⁶ Angestoßen wurde der Zusammenschluss durch die Entschuldigendiskussion und die Erkenntnis, dass auch Berliner Kirchen Zwangsarbeiter beschäftigt hatten. Es konnten acht ukrainische und zwei russische Überlebende ausfindig gemacht werden, und so setzte sich die Arbeitsgruppe zum Ziel, persönlichen Kontakt zu den Opfern aufzunehmen, sie zu einem Besuch nach Berlin einzuladen und Spenden für deren finanzielle Unterstützung zu sammeln. Außerdem sollte an dem Ort, wo sich das ehemalige Lager der kirchlichen Zwangsarbeiter befunden hatte, den Opfern auf eine würdige

¹²⁴ Detaillierte Informationen und Hintergründe zu den beiden Theaterstücken sind auf einer eigenen Homepage nachzulesen (www.ost-arbeiter.de).

¹²⁵ Eine umfassende Darstellung der Projektaktivitäten und Publikationen von Stichting Holländerei sind auf der niederländischen Homepage www.hollaenderei.nl oder der Berliner Online-Plattform www.zwangsarbeit-in-berlin.de/hollaenderei zu finden.

¹²⁶ Informationen zur Arbeitsgruppe und den Ergebnissen ihrer Aktivitäten sind unter dem Suchwort „Zwangsarbeit“ auf der Homepage der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz nachzulesen (www.ekbo.de).



Abb. 14 Nikolaj Galuschkow musste als Jugendlicher auf einem Berliner Friedhof Zwangsarbeit leisten.



Abb. 15 An den Stätten seiner damaligen Zwangsarbeit erinnert sich N. Galuschkow an viele Details seiner Verfolgung.

Weise gedacht und in der Öffentlichkeit wie auch in den Kirchengemeinden die Auseinandersetzung mit der begangenen Schuld angeregt werden. Zu fast allen Überlebenden entstanden Briefkontakte. Einige wurden von Mitgliedern der Arbeitsgruppe in ihren Heimatländern aufgesucht, in ausführlichen Interviews nach ihrer Lebensgeschichte befragt und zu einem Besuch nach Berlin eingeladen. Erst durch diesen direkten Kontakt erfuhren die ehemaligen Zwangsarbeiter überhaupt, dass die Kirche, und kein „städtisches Beerdigungsbüro“, ihr damaliger Arbeitgeber und Betreiber des Lagers gewesen war. Aus gesundheitlichen Gründen konnte jedoch keines der kontaktierten Opfer der Einladung nach Berlin folgen. Dank des hohen Spendenaufkommens in den Kirchengemeinden konnte ihnen aber eine symbolische Geldsumme gezahlt werden.

Gleichzeitig wurde am früheren Lagerstandort in Berlin-Neukölln die Idee einer Gedenkstätte realisiert. Zu deren Einweihung im September 2002 wurden die Kinder und Enkelkinder ehemaliger Zwangsarbeiter stellvertretend für ihre Eltern und Großeltern eingeladen. Im September 2004 kam es schließlich doch zum Besuch eines einstigen Zwangsarbeiters aus Russland, der erst kurz zuvor ausfindig gemacht werden konnte. Er war der erste, der sich die Wiederbegegnung mit dem Ort seiner Zwangsverschlep-

pfung (dem Friedhof der Gethsemane-Gemeinde in Prenzlauer Berg) zutraute.¹²⁷ Zu einer Gedenkfeier im April 2005 und der Veröffentlichung des Tagebuchs eines anderen Zeitzeugen¹²⁸ kam er erneut zu Besuch.

Inzwischen liegt, neben der fortdauernden Kontaktpflege und finanziellen Unterstützung von Betroffenen, der Tätigkeitsschwerpunkt der Arbeitsgruppe bei der Vermittlung der Geschichte an die jüngere Generation. Hierzu werden Fortbildungen für Religionslehrkräfte und kirchliche Jugendarbeiter durchgeführt wie auch thematische Unterrichtseinheiten für den Religions- und Konfirmandenunterricht entwickelt.



Abb. 16 Dass die Kirche einst sein Arbeitgeber war, erfuhr er erst durch den Kontakt zur Berliner Arbeitsgruppe NS-Zwangsarbeit.

In der sächsischen Landeshauptstadt **Dresden** hat der Stadtrat im Februar

2001 neben der historischen Aufarbeitung der Zwangsarbeiterschicksale auch die Durchführung von Begegnungsprogrammen beschlossen, doch wurden sie bisher nicht realisiert. Begründet wurde dies damit, dass die im Zuge der Nachweisbeschaffung ermittelten Adressen Überlebender aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zu Einladungszwecken verwandt werden dürften.¹²⁹ Begegnungsprogramme mit Opfern der Zwangsarbeit haben jedoch zum einen die Dresdner Brücke/Most Stiftung¹³⁰ durchgeführt, wie auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Sachsen.

Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995 organisierte der **DGB Sachsen** eine

¹²⁷ Vgl. diverse Berichte im Gemeindeblatt der Gethsemane-Kirche in den Jahren 2003–2004 (Ausgaben 17/03-23/04) und: „Ein spät geschlossener Kreis“, in: tageszeitung, 16.9.2004.

¹²⁸ Kudrenko, Wasył Timofejewitsch: „Bist du Bandit?“, Berlin 2004.

¹²⁹ Vgl. Balzk, Reinhardt: Zwangsarbeiter in Dresden, hrsg. von der PDS-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, Dresden 2001, S. 7f. (pdf-Datei zum Download: www.pds-dresden.de/doku/zwangsarbeiter.pdf).

¹³⁰ Vgl. zu den Aktivitäten der Brücke/Most Stiftung (www.bruecke-most-stiftung.de) insbesondere das umfangreiche vom Fonds „Erinnerung und Zukunft“ geförderte Projekt „Zeitzeugen-Dialog“: www.zeitzeugen-dialog.de.

deutsch-polnisch-tschechische Veranstaltung zum Thema „Sächsische Industrie im ‚3. Reich‘ und Zwangsarbeit in sächsischen Betrieben“. Vorab wurde in der regionalen Presse dazu aufgerufen, Bilder und Dokumente zu Zwangsarbeit in Sachsen zur Verfügung zu stellen, was auf ein reges Echo in der Bevölkerung stieß. Zur Veranstaltung wurden die gesammelten Materialien ausgestellt. Zum Abschluss der Veranstaltung, an der auch polnische und tschechische ehemalige Zwangsarbeiter teilnahmen, wurde eine „Dresdner Erklärung“ verabschiedet, in der Entschädigungen für die Opfer gefordert wurden. Die Erklärung wurde neben den Überlebenden von Vertretern der Dresdner und sächsischen Kommunal- und Landespolitik, dem DGB Sachsen und der IG Metall Sachsen wie auch engagierten Vereinen und Künstlern unterzeichnet.

Fünf Jahre später, am 13. Februar 2000, wurde eine Gruppe tschechischer Überlebender stellvertretend für die insgesamt rund 22.000 Dresdner Zwangsarbeiter mit dem von der AnStiftung Dresden-Stuttgart jährlich verliehenen „Dresdner Friedenspreis“ gewürdigt.¹³¹ Die Preisverleihung sollte ein Signal setzen für die Anerkennung der Leiden dieser Menschen und der Forderung nach Entschädigung Nachdruck verleihen.

In den Folgejahren kamen mehrmals ehemalige Zwangsarbeiter auf Einladung des DGB Sachsen nach Dresden. Auch besuchte eine Delegation des Internationalen Bundes (Zusammenschluss gewerkschaftlicher Organisationen im Dreiländereck) und des DGB Sachsen die Überlebenden in Tschechien. Außerdem veranstalteten der DGB Sachsen und der Internationale Bund im April 2001 erneut eine große öffentlichkeitswirksame Konferenz zum Thema Zwangsarbeit, um den schleppenden Entschädigungsvorgang zu forcieren und öffentlichen Druck auf die Unternehmen herzustellen, die eine Beteiligung am Entschädigungsfonds bislang ablehnten.¹³²

Auch in der Stadt **Friedrichshafen** kamen Besuche ehemaliger Zivilarbeiter und KZ-Häftlinge durch bürgerschaftliches Engagement und die entschlossene Eigeninitiative der Überlebenden selbst zustande.

Zum 50. Jahrestag der Bombardierung Friedrichshafens kam erstmals eine Gruppe ehemaliger niederländischer Zwangsarbeiter auf eigene Initiative in die Stadt am Bodensee. In den Folgejahren (1996 bis 2000) reisten einige von ihnen

¹³¹ Vgl. „Projekte gegen das Vergessen. Verleihung des Dresdner Friedenspreises an ehemalige Zwangsarbeiterinnen“, in: AnStiftung Info 22 vom 13.12.99.

¹³² Vgl. DGB Landesbezirk Sachsen (Hrsg.): Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter, 7.–11. April 2001, Dresden o.J.

erneut nach Friedrichshafen, vorrangig mit finanzieller Unterstützung der Firma DaimlerChrysler. Zur Einweihung eines Mahnmals für die NS-Opfer auf dem neu gestalteten Fridolin-Endraß-Platz im April 1998 wurde ihr Besuch von vier weiteren Friedrichshafener Großbetrieben (ZF AG, Dornier GmbH, MTU Friedrichshafen, Zeppelin GmbH) und unter Beteiligung der Stadt Friedrichshafen ermöglicht. Ein langjähriger persönlicher Kontakt bestand vor allem zu der Historikerin Dr. Christa Tholander, die in ihrer Dissertation¹³³ das Thema Zwangsarbeit in Friedrichshafen erstmals intensiv erforschte und die Gäste bei den Besuchen persönlich betreute.

Zur Einweihung des Mahnmals im April 1998 kam neben der Gruppe niederländischer Überlebender erstmals auch eine kleine Gruppe ehemaliger Zivilarbeiter aus Polen, der Ukraine, Russland und Belarus wie auch zwei ehemalige polnische KZ-Häftlinge des Friedrichshafener KZ-Außenlagers.¹³⁴ Die Stadt Friedrichshafen war bei der Einladung behilflich und übernahm einen Anteil der Reise- und Unterbringungskosten. Ein ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter, der seit Jahren in Deutschland lebte, fuhr selbst mit einem Bus nach Polen, um dort lebende Leidensgenossen nach Friedrichshafen zu bringen, die auf eigene Faust die Reise nicht hätten antreten können. Ein hoch betagter Ukrainer trat die lange Reise nach Friedrichshafen eigenständig mit dem Bus an, machte ein paar Tage Zwischenhalt in Memmingen, wo er in der Nähe längere Zeit auf einem Bauernhof hatte arbeiten müssen, und trampelte den restlichen Weg nach Friedrichshafen. Diese Eigeninitiativen der ehemaligen Zwangsarbeiter und die Strapazen, die sie damit auf sich nahmen, verdeutlichen eindrücklich das starke Bedürfnis vieler Überlebender, noch einmal an den Ort des Schreckens und ihrer geraubten Jugend zurückzukehren.

Die Stadt Friedrichshafen scheint sich bislang jedoch mit einer umfassenden Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zwangsarbeit schwer zu tun. Nur auf Insistieren der Historikerin Dr. Christa Tholander wurde in dem Text des Mahnmals für die NS-Opfer auf dem Fridolin-Endraß-Platz, den viele Zwangsarbeiter auf dem Weg vom Bahnhof zu ihrer Arbeitsstätte bei den Maybach Motorenwerken passieren mussten, auch der ausländischen Opfer gedacht. Inzwischen ist bekannt, dass in der NS-Zeit rund 15.000 zivile Zwangsarbeiter in Friedrichshafen arbeiten mussten. Hinzu kamen etwa 1.500 KZ-Häftlinge des örtlichen Dachauer Außen-

¹³³ Tholander, Christa: Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001.

¹³⁴ Vgl. diverse Berichte in der Schwäbischen Zeitung (Ausgaben vom 25.4.1998, 28.4.1998 und 30.4.1998) und im Südkurier (Ausgaben vom 30.4.1998 und 2.5.1998).

lagers. Der Überlebenden wie auch derjenigen, die die Zwangsarbeit nicht überlebten, wird in der Stadt bislang kaum öffentlich gedacht. So sind die zahlreichen Gräber osteuropäischer Opfer auf einem Ehrenfeld des Friedrichshafener Friedhofs bis heute nicht namentlich gekennzeichnet, und die auf einem von der Sowjetunion errichteten Gedenkstein angegebene Zahl von 3.000 Zwangsarbeitern liegt weit unter der tatsächlichen Zahl. Die Namen der Opfer sind inzwischen bekannt und in einem Buch, das bei der Friedhofsverwaltung ausliegt, aufgelistet. Ein ukrainischer Überlebender formulierte seine Enttäuschung darüber, dass die Gräber der osteuropäischen im Gegensatz zu denen der westeuropäischen Opfer nicht aufgeführt sind, mit den Worten: „Siehst du, es hat immer noch nicht aufgehört. Die ‚West‘ haben einen Stein mit Namen und Daten. Wir ‚OST‘ haben nur eine Nummer.“¹³⁵ Womöglich zeichnet sich inzwischen jedoch ein Wandel in der Bereitschaft ab, sich mit der regionalen NS-Geschichte der Zwangsarbeit zu befassen. Seit April 2005 widmet sich erstmals eine umfangreiche Ausstellung dem Thema „Zwangsarbeit in Friedrichshafen 1940–1945“.¹³⁶

In **Mainz** (Rheinland-Pfalz) gründete eine Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters im Jahr 1995 mit Freunden den **Freundschaftskreis Mainz-Minsk e.V.**, der sich die Einladung ehemaliger Zwangsarbeiter aus Belarus zum Ziel setzte, nachdem die Stadt aus Kostengründen die Anfrage einer belarussischen Überlebenden zur Möglichkeit eines Besuchs abschlägig beantwortet hatte. Zum Erstaunen der Initiatorinnen ließ sich ihr Vorhaben gut realisieren. Es gelang sogar, den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz als Schirmherren der Einladung zu gewinnen. Binnen weniger Monate war ein Programm auf die Beine gestellt, das für die Stadt Mainz nicht mit Kosten verbunden war. Teilweise beteiligten sich Mainzer Unternehmen mit Spenden (z.B. Einladungen in Restaurants, kostenlose Schiffsrundfahrt auf dem Rhein). Neben Gesprächen mit Jugendlichen war insbesondere eine Begegnung mit älteren Mainzer Bürgern beabsichtigt. Deshalb wurde das Besuchsprogramm in Absprache mit dem Seniorenrat in die gleichzeitig im Oktober 1995 stattfindende Mainzer Seniorenwoche eingebunden. Aus dem Besuch entstanden langjährige persönliche Kontakte, die neben einem kulturellen Austausch insbesondere auch humanitäre Hilfen für bedürftige Überlebende mit einschließen.

¹³⁵ Gespräch mit Dr. Christa Tholander, Friedrichshafen, am 4. Mai 2005 (Telefonat).

¹³⁶ „Zwangsarbeit in Friedrichshafen 1940–1945“, Eine Ausstellung des Stadtarchivs und der Volkshochschule Friedrichshafen vom 29. April bis 17. Juni 2005.

Eine Form bürgerschaftlichen Engagements zur Einladung ehemaliger Zwangsarbeiter wird meist nur begrenzt wahrgenommen, ist jedoch keine Seltenheit: die privaten Kontakte zwischen ehemals in der Landwirtschaft eingesetzten Zwangsarbeitern zu ihren damaligen Arbeitgebern oder deren Kindern.¹³⁷ Beispielhaft für solche privaten Kontakte, bei deren Zustande kommen oft die jeweiligen Kommunalverwaltungen behilflich waren, ist die Begegnung einer ehemaligen Zwangsarbeiterin aus St. Petersburg mit einer Bauernfamilie aus der nordrhein-westfälischen Stadt Goch. Über den Kontakt eines Verdener Lehrers, der sich mit dem Thema Zwangsarbeit im Schulunterricht intensiv befasste, erreichte das Gocher Stadtarchiv die Anfrage der Tochter einer russischen ehemaligen Zwangsarbeiterin, die die Bauernfamilie suchte, bei der ihre Mutter beschäftigt und sie als Kind mit untergebracht war. Über weitere Hinweise der Zeitzeugin und einen Zeitungsartikel in einer Regionalzeitung konnten innerhalb weniger Tage die Kinder des ehemaligen Hofbetreibers ausfindig gemacht werden, die sich auch persönlich an die Russin und ihre Mutter erinnerten. Es entstanden ein intensiver Briefkontakt und die Einladung zu einem 14-tägigen Besuch in Deutschland.

Ein Dankeschön für die menschliche Behandlung 46 Jahre nach dem 2. Weltkrieg
**Zwangsarbeiterin aus Leningrad
lädt Gocher Bauernfamilie ein**



Frau Tshukova und ihre Mutter



Frau Tshukova

Familie habe sich die größte Hilfe geliebt und freundlich erhalten, „sogar Mitbringen und Besuchen wurden am gemeinsamen Tisch eingestimmt, und wir haben alle zusammen auf dem Hof gearbeitet“. Letzter habe sie den Namen des Ortes, wo der Bauernhof lag, eingetragen, schreibt sie und meint ganz offensichtlich einen der Ortschaften Goch. Eine weitere Beschriftung an die Lage sei: Der Hof befand sich in der Nähe der niederländischen Grenze in der Nachbarschaft eines guten Bräukellers und genau den Prozess lagert die Niederlande und man sah eine Kirche. Ebenfalls nicht weit entfernt lag der Bauernhof von Frau Paul, an auch Landwirtschaft tätig waren, Unkräuter, waren die Jungensgrün, keine nach dem Erntezeitpunkt sei es immer „Jahres“ am meisten, bis es einmitten, dass bei ihr an sie über grenzen.

Von JÖNGER LOOSEN
GOCH-LEININGRAD. Das ist eine Geschichte, die für die Show des niederländischen Fernsehers *Wahl* Carell erfunden sein könnte, aber vom 1942-er Jahren geschrieben wurde. 46 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich eine gemeinsame Menschengruppe aus dem nördlichen Leningrad an das Gocher Stadtarchiv gewandt, um die Bauernfamilie aus Goch ausfindig zu machen, für die sie vor einem halben Jahrhundert als Zwangsarbeiterin tätig war. „Ich suchte einen Ort für die gute und menschliche Behandlung meiner Mutter und die anderen, die wundertun nach Leningrad/Leinograd“ heißt es in dem ersten Brief der 52-jährigen Frau, genannt Ekaterina Tshukova.

Verdens Verbindung

Die Internetmöglichkeit zwischen Goch und Leningrad ist in Tschukova, Jacken Wark, Lehrer an den Berufsbildenden Schulen in Verden, beschrieb sich im Geschichtsbuch mit dem Thema „Zwangsarbeit“. Auf Internetseiten Unwegen schickte Frau Tshukova von diesem Unternehmen und hat den Fotografen von Wark-Verden Briefe. Es konnte den von Frau Tshukova angelegten, zusammenge-

Namen des Bauern „Caiten, Gocher, Straße 17“ nicht im Telefonbuch, aber unter dem Brief der Russin und schickte die Unterlagen an die Gocher Archiv.

Es wurde man schnell findet. Denn bei der Adresse handelte es sich um die eines früheren Gocher Fotografen namens Caiten. Weniger erfolgreich war die Suche nach der Bauernfamilie. Die dortigen schickten Frau Tshukova Programmiermaterial über die Stadt Goch zu und hatten ein Foto, mit dem Wark man die gleiche Familie erkennen zu finden sollte. Obwohl ich schon die Russin einen anrufen, wiederum von Lehrer Wark übermitteln. Brief mit neuen Informationen und nach der von die Such nach dem Weltkrieg ist die Bevölkerung angelegtes Foto einer im Bild ist (1942 geboren) Mutter Russen Irinaeva Rogozina gen Goch, alten jenen Bild, das auf der Rückseite des Stempel „Pietri Caiten, Goch, Hannover, 17“ liegt. Obgleich wurde die Foto benötigt, um ein Dokument für die ebenfalls als Zwangsarbeiterin bei Goch lebende Mutter anzulegen.

Frau Tshukova schreibt, sie habe während der Kriegszeit bei einem Bauern gelebt und gearbeitet, aber ich kann nicht belegen, daß ich in Nachbarschaft gelebt habe.“ Sie gibt

Die Familie des Arbeitgebers, schreibt Frau Tshukova, hatte einen Kinde Der Name Karl Christian, dass heißt Jan, Albert, Peter, die Tochter Anneland hieß, was der „Jahres“ nannte Josef. Im Jahr 1944 an das gleiche Kind etwa 15 Jahre alt gewesen, der Name war sein Leben ab. An die Russin erinnere sie sich sehr gut, es sei eine große Frau mit langem, dunklen Haaren gewesen. Der Bauer war nicht sehr großartig, aber die Familie erinnere nur noch an einen Hof aus dem Niederlande auf dem Hof, auf dem mit einem schwarzen Kaktus, seinen kann, ihrem Varnamen „Jahres“ habe immer richtig ausgesprochen können, deshalb könnte es „Jahres“ genannt.

Kinder der Russen

Nach dem Einsetzen der Aktionen sei sie mit ihrer Mutter zusammengeblieben. Die Mutter starb schon 1946. Frau Tshukova kannte die Familie nicht, wurde Mutter Irinaevna und sie gab Besondere. „Ich würde gerne die Kinder unserer Russen her zu aufzuziehen, ihnen unsere wunderschöne Stadt zeigen und für die gute Behandlung als Zwangsarbeiterin“, so Frau Tshukova. Wer immer die bei der Suche unterstützen kann, wird gelobt, auch mit dem Gocher Stadtarchiv, Telefon 0 51 81-230 146, in Verbindung zu setzen.

Abb. 17 Bericht über die Suche einer russischen ehemaligen Zwangsarbeiterin nach ihren damaligen Arbeitgebern, in Rheinische Post vom 9.2.1991

¹³⁷ Vgl. z.B. schriftliche Rückmeldungen zur Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ vom Frühjahr 2005 aus den Städten Bruchköbel, Delbrück, Eschborn und Straubing.



Unterem Apfelbaum Namen notiert

Die Rheinische Post hat am 16.2.1991 einen Artikel über die erste Kontaktaufnahme veröffentlicht. Der Artikel ist unter dem Titel 'Unterem Apfelbaum Namen notiert' beschriftet. Der Text des Artikels ist in drei Spalten angeordnet. Die linke Spalte beginnt mit 'Der Rheinische Post hat am 16.2.1991 einen Artikel über die erste Kontaktaufnahme veröffentlicht.' Die mittlere Spalte beginnt mit 'Der Rheinische Post hat am 16.2.1991 einen Artikel über die erste Kontaktaufnahme veröffentlicht.' Die rechte Spalte beginnt mit 'Der Rheinische Post hat am 16.2.1991 einen Artikel über die erste Kontaktaufnahme veröffentlicht.'

Abb. 18 Artikel über die erste Kontaktaufnahme, Rheinische Post, 16.2.1991

2.2.3 Firmeneinladungen

Kaum eine Initiative und Person, die das Thema Zwangsarbeit in ihrer Region erforscht und bei ortsansässigen Firmen Unterstützung erbeten hat, kann nicht von dortigen Vorbehalten bis hin zu Widerständen gegenüber der Beschäftigung mit diesem dunklen Kapitel der Firmengeschichte berichten. Oft bedurfte es langer Überzeugungsarbeit, um in den Firmen überhaupt eine innerbetriebliche Auseinandersetzung mit der Thematik und die Möglichkeit zu einem Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter an ihrer einstigen Arbeitsstätte zu erwirken. Ein Bewertungswandel erfolgte bei einigen wenigen Unternehmen erstmals in den 1980er Jahren, oft angestoßen vom Engagement bürgerschaftlicher Initiativen, eines Betriebsrats oder gewerkschaftlicher Gruppierungen. Die Be-

reitschaft zur Öffnung der eigenen Werkstore und Firmenarchive kam bei vielen Unternehmen jedoch erst im Zusammenhang mit der in großer Öffentlichkeit geführten Entschädigungsdebatte Ende der 1990er Jahre auf. Seit dieser Zeit steuerten Unternehmen auch häufiger einen finanziellen Beitrag zu bürgerschaftlich oder kommunal durchgeführten Besuchsprogrammen bei. Unternehmen, die sich selbst auf die Suche nach ehemaligen Zwangsarbeitern gemacht und diese zu einem Besuch eingeladen haben, sind jedoch bis heute eher eine Seltenheit.

Beispielhaft für zwei vergleichsweise frühe Programme werden im Folgenden die Einladungsinitiativen der DaimlerChrysler AG und der Volkswagen AG kurz dargestellt. Beide Unternehmen wurden später auch Gründungsmitglieder der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Zudem werden mit den Besuchsprogrammen

¹³⁸ Vgl. Berichte in der Rheinischen Post (Ausgaben vom 9.2.1991, 12.2.1991, 16.2.1991 und 5.6.1993).

der Heraeus Holding GmbH in **Hanau** und der William Prym GmbH in **Stolberg** bei Aachen (Nordrhein-Westfalen) zwei Firmeninitiativen porträtiert, die sich auf ungewöhnlich engagierte und persönliche Weise mit der eigenen Firmengeschichte auseinandersetzen.

Eine intensivere Auseinandersetzung mit der Firmengeschichte von Daimler-Chrysler (damals noch Daimler-Benz AG) setzte mit den Vorbereitungen zum 100-jährigen Firmenjubiläum des Unternehmens im Jahr 1983 ein. Seinerzeit beauftragte die Firmenleitung die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) mit der wissenschaftlichen Erforschung der Firmengeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. In der drei Jahre später vorgelegten Studie wurde das Thema Zwangsarbeit zwar nur am Rande erwähnt, doch wurde deutlich, dass der Einsatz von Zwangsbeschäftigten während der NS-Zeit bei Daimler-Benz in weit größerem Umfang verbreitet war als bisher angenommen.¹³⁹ Inzwischen wurde die Zwangsarbeiterthematik auch in der breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen, einerseits bedingt durch die beginnende historische Aufarbeitung durch bürgerschaftliche Initiativen und gewerkschaftliche Gruppierungen,¹⁴⁰ andererseits ausgelöst durch einen im Januar 1986 verabschiedeten Beschluss des Europäischen Parlaments, imit dem die deutsche Industrie aufgefordert wurde, ehemalige Zwangsarbeiter zu entschädigen. Noch im selben Jahr gab die Daimler-Benz AG der GUG den Auftrag, sich in einer weiteren wissenschaftlichen Untersuchung speziell mit der Zwangsarbeit bei Daimler-Benz zu befassen. Damit gehört das Unternehmen gemeinsam mit der Volkswagen AG, deren Vorstand im selben Jahr auf Initiative des Betriebsrats eine ebensolche Studie zum eigenen Unternehmen in Auftrag gab, zu den ersten deutschen Firmen, die sich intensiv und speziell mit der eigenen Rolle im NS-Zwangsarbeitssystem beschäftigten.

Im Juni 1988 entschied die Daimler-Benz AG, einen Fonds, ausgestattet mit 20 Millionen DM, einzurichten. Aus diesem wurden Einrichtungen und Organisationen gefördert, die Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere ehemalige

¹³⁹ So hatte die Daimler-Benz AG 1969 noch geleugnet, jemals KZ-Häftlinge beschäftigt zu haben. Vgl. Hopmann, Barbara/Spoerer, Mark/Weitz, Birgit/Brüninghaus, Beate: Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994, S. 465.

¹⁴⁰ Bei Daimler-Benz befasste sich die sog. „plakat“-Gruppe, eine linksgewerkschaftliche Initiative, mit der NS-Zwangsarbeit. Einige ihrer Mitglieder gehörten auch zu den Autoren des 1987 von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte veröffentlichten „Daimler-Benz Buch“, in dem erstmals Fakten zum Ausmaß der Zwangsarbeit bei Daimler-Benz veröffentlicht wurden. Vgl. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (Hrsg.): Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im „Tausendjährigen Reich“ (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd.3), Nördlingen 1987.

Zwangsarbeiter, unterstützen. Im Rahmen dieses Fonds zahlte die Daimler-Benz AG erstmals einen erheblichen Betrag an nichtjüdische Organisationen und wich damit von der bisherigen Entschädigungspraxis ab.

Mit den Geldern sollten vor allem Alten- und Pflegeheime wie auch sonstige humanitäre Programme zugunsten von NS-Opfern gefördert werden. Gelegentlich half das Unternehmen auch durch kleinere menschliche Gesten einzelnen Personen, indem es – sofern ihm bekannt geworden – Notsituationen ehemaliger Zwangsarbeiter mit medizinischen oder humanitären Hilfsleistungen (Medikamente, Kleidung oder Lebensmittel) zumindest kurzfristig zu lindern suchte.¹⁴¹

Wesentlicher Bestandteil der Studie zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz waren unter anderem Interviews mit Betroffenen und Zeitzeugen, die über die Jahre ausfindig gemacht werden konnten. Der dadurch entstandene Kontakt veranlasste die Unternehmensführung im Jahr 1988, die bis dahin befragten ehemaligen Zwangsarbeiter als symbolische und moralische Geste nach Deutschland einzuladen. Zur Überraschung der Gastgeber nahmen rund 90% oder 167 Betroffene die Einladung zu einem dreitägigen Besuch auf Kosten der Daimler-Benz AG an. Bis auf einen polnischen ehemaligen KZ-Häftling, der ausdrücklich eine Einladung durch das Unternehmen ablehnte, wurden die meisten Absagen mit gesundheitlichen oder terminlichen Schwierigkeiten begründet. Im Mittelpunkt der Besuche von insgesamt sieben Gruppen ehemaliger Zwangsarbeiter bei Daimler-Benz zwischen November 1988 und April 1989 stand die Besichtigung der Werke, in denen sie während des Krieges eingesetzt waren. Betreut wurden sie von den Mitarbeitern der GUG, die zuvor die Interviews geführt und in ihrer späteren Studie dem Besuch ein Kapitel widmeten.¹⁴² Demnach überwogen bei den Gästen trotz anfänglicher Zurückhaltung und Skepsis schließlich positive Gefühle und die Anerkennung der Versöhnungsgeste. Dies drückt sich auch in den Dankesworten eines niederländischen ehemaligen Zwangsarbeiters aus, der später schrieb:

„Was Daimler-Benz getan hat, nämlich Gruppen von ehemaligen Zwangsarbeitern nach der schmerzlichen Kriegszeit die Gelegenheit zu geben, soweit dies möglich war, ihre ehemaligen Arbeitsplätze und Wohnsitze wiederzusehen, ist u.a. großartig und in der Geschichte deutscher Unternehmen ein Phänomen! Mir persönlich

¹⁴¹ Vgl. Hopmann, Barbara/Spoerer, Mark/Weitz, Birgit/Brüninghaus, Beate: Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994, S. 470f. 5 Mio. DM wurden über das Deutsche Rote Kreuz und seine Schwesterorganisationen in Belgien, Frankreich und den Niederlanden verteilt. Weitere 5 Mio. DM gingen an die Deutsche Caritas und das Maximilian-Kolbe-Werk in Freiburg/Breisgau, die die Mittel in Polen einsetzten.

¹⁴² Vgl. ebda. S. 473-475.

hat dies sehr geholfen, das Kriegstrauma, das ich mit mir herumtrage, erträglicher zu machen, und schon allein aus diesem Grunde kann ich mit Genugtuung auf den Blitzbesuch in Stuttgart zurückblicken. Daß die Daimler-Benz AG diese Einladung nicht ‚mißbraucht‘ hat, um Public Relations zu betreiben und ihr Image noch mehr aufzupolieren, zeigt die große Klasse des Betriebes, für den Sie arbeiten.¹⁴³

Dass die persönliche Begegnung zwischen ehemaligen Zwangsarbeitern und Vertretern deutscher Unternehmen für beide Seiten auch einen schwierigen Balanceakt zwischen Versöhnungsbereitschaft und der Suche nach Aussöhnung mit dem eigenen Schicksal einerseits und der Frage nach individueller finanzieller Entschädigung andererseits darstellte, drückt jedoch ein Bericht über diesen Besuch aus.¹⁴⁴

Neben der Einladungsinitiative von Daimler-Benz im Jahr 1988 unterstützte das Unternehmen mit Spenden und finanzieller Beteiligung auch Besuchsprogramme anderer Träger, wobei vor allem die Betriebe in Berlin, Bremen, Mannheim, Sindelfingen und Stuttgart für Werksbesichtigungen häufig in die Besuche einbezogen wurden. Außerdem konnte mit finanzieller Unterstützung durch die Daimler-Chrysler AG eine Gruppe ungarischer Jüdinnen die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück anlässlich des 50. Jahrestags ihrer Deportation aus Budapest besuchen. Ebenso kamen ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus Polen, Ungarn, England und Deutschland zum 50. bzw. 60. Jahrestag ihrer Befreiung nach Ravensbrück wie auch nach Ludwigsfelde, wo sich das ehemalige KZ-Außenlager Genshagen befunden hatte. Im Jahr 1999 unterstützte das Unternehmen mit einer Spende ein deutsch-französisch-polnisches Begegnungsprojekt Jugendlicher mit Zeitzeugen in der Gedenkstätte Neckarelz in Baden-Württemberg. Dabei legten die Jugendlichen, darunter auch Auszubildende aus dem DaimlerChrysler Werk in Düsseldorf, einen Geschichtslehrpfad zur Zwangsarbeit in der regionalen Rüstungsindustrie an.¹⁴⁵ Auch führte die DaimlerChrysler AG mehrfach in ihren Betrieben Lesungen von Zeitzeugen aus ihren Lebensberichten und Diskussionsveranstaltungen mit

¹⁴³ Van Looy an Gerd Woriescheck (damaliger Personaldirektor bei Daimler-Benz), zit. nach ebd. S. 475.

¹⁴⁴ Das Urteil von Regina Scheer (vgl. dies.: Die Schande – Daimler und die Zwangsarbeiter, in: CuS, Heft 1–2/1999) über den Balanceakt zwischen Versöhnungsbemühungen und dem Umgang mit individuellen Entschädigungsforderungen am Beispiel von DaimlerChrysler fällt schärfer aus. Doch muss auch sie einräumen, dass während eines Besuchs für die Betroffenen oft die persönliche Begegnung mit den Leidensgenossinnen von früher und die Anerkennung ihres Schicksals wichtiger als ihre Lohnforderungen sind.

¹⁴⁵ Nähere Informationen über den Geschichtslehrpfad sind auf der Homepage der Gedenkstätte www.kz-denk-neckarelz.de zu finden.

Auszubildenden über die Lehren aus der Vergangenheit und ihre Bedeutung für die Gegenwart durch.

Angeregt durch den Betriebsrat entschied sich der Vorstand der Volkswagen AG 1987, die in die Zeit des Nationalsozialismus fallende Gründungsgeschichte des Unternehmens sowie die Einbindung in das NS-System der Zwangsarbeit wissenschaftlich untersuchen zu lassen.¹⁴⁶ Mit dem damit einhergehenden Bekenntnis zu seiner historischen und politischen Verantwortung wählte das Unternehmen fortan einen offensiven Umgang mit seiner Vergangenheit. Seit 1986 organisiert die Volkswagen AG einen Austausch zwischen polnischen und deutschen Jugendlichen (meist Auszubildende des Unternehmens) in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz/Oświęcim, der Begegnungen mit Zeitzeugen sowie Restaurierungsarbeiten in der Gedenkstätte einschließt. 1991 richtete das Unternehmen einen Hilfsfonds ein, mit dem unter anderem Projekte zur Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiter in ihren Herkunftsländern gefördert wurden.¹⁴⁷ Mit Beginn der Zwangsarbeiter-Klagen in den USA fasste der VW-Konzern im Sommer 1998 einen Grundsatzbeschluss über die Leistung humanitärer Einzelfallhilfen an ehemalige Zwangsarbeiter und wurde damit zum Vorreiter in Fragen der Zwangsarbeiterentschädigung. Seither wurden an 2.150 Personen einmalige humanitäre Leistungen gezahlt, unabhängig von der im Jahr 2000 durch ein Bundesgesetz gegründeten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Ein großer Teil der Betroffenen konnte durch Zeitungsanzeigen in zahlreichen Herkunftsländern ehemaliger Zwangsarbeiter ausfindig gemacht werden.

Während seit den 1960er Jahren nur vereinzelt Besuche ehemaliger Zwangsarbeiter aus Frankreich und den Niederlanden bei der Volkswagen AG in Wolfsburg stattfanden, die meist von der historischen Forschung zur Durchführung von Zeitzeugeninterviews initiiert wurden, gaben der neue Umgang mit der Unternehmensgeschichte, die humanitären Hilfsleistungen und die Öffnung der Grenzen Ende der 1980er Jahre den Impuls zu einer wachsenden Zahl von Besuchen einstiger Zwangsbeschäftigter. Seit 1991 förderte das Unternehmen regionale bürgerschaftliche Initiativen (u.a. Deutsch-Polnische Gesellschaft,

¹⁴⁶ Die Forschungsarbeit wurde 1996 veröffentlicht. Vgl. Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.

¹⁴⁷ Schwerpunktländer der Projekte waren Israel, Polen, Belarus und die Ukraine. Unterstützt wurden insbesondere medizinische und psychosoziale Einrichtungen. Vgl. Kocks, Klaus/Uhl, Hans-Jürgen: „Aus der Geschichte lernen.“ Anmerkungen zur Auseinandersetzung von Belegschaft, Arbeitnehmervertretung, Management und Unternehmensleitung bei Volkswagen mit der Zwangsarbeit im Dritten Reich, Wolfsburg 1999.

Initiativkreis zur Betreuung ehemaliger Zwangsarbeiter, Kirchenkreis Wolfsburg), die ehemalige Zwangsarbeiter nach Deutschland einladen. Darüber hinaus wurde im März 1995 anlässlich des 50. Jahrestags ihrer Befreiung eine direkte Einladung an eine Gruppe von dreißig ehemaligen jüdischen KZ-Häftlingen in das Volkswagenwerk ausgesprochen.



Abb. 19 Ehemalige Zwangsarbeiter aus Frankreich zu Besuch in der Erinnerungsstätte im Volkswagenwerk Wolfsburg.

Zu diesem Anlass wurde auch eine von Auszubildenden realisierte Ausstellung zur Geschichte der betrieblichen Zwangsarbeit in einem ehemaligen Luftschutzbunker eröffnet. Diese wurde später zu einer Dauerausstellung ausgebaut und 1999 in Anwesenheit einer Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter als „Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks“ eröffnet, der bisher einzigen Ausstellung zur betrieblichen Zwangsarbeit eines deutschen Unternehmens.¹⁴⁸

Die „Historische Kommunikation“ im Unternehmensarchiv der Volkswagen AG ist seit ihrer Gründung 1997 Ansprechpartner für ausländische Besucher, darunter vor allem ehemalige Zwangsarbeiter des Unternehmens. Neben Betriebs- und Stadtbesichtigungen umfasst das Besuchsprogramm meist auch die Aufzeichnung eines lebensgeschichtlichen Interviews, das zusammen mit gegebenenfalls treuhänderisch überlassenen Erinnerungsstücken aus der Zeit der Zwangsarbeit oder der Befreiung im „Archiv der Erinnerung“ dauerhaft aufbewahrt und Interessierten zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt wird. In unregelmäßigen Abständen besuchen seither Gruppen ehemaliger Zwangsarbeiter das Werksgelände in Wolfsburg, sei es zu Jahrestagen ihrer Befreiung oder zur Veröffentlichung von Erinnerungsberichten Überlebender in der Schriftenreihe „Historische Notate“ des VW-Unternehmensarchivs.¹⁴⁹

Mit den vielfältigen Aktivitäten und nicht zuletzt durch die humanitären Leistungen und die Einladungen an ehemalige Zwangsbeschäftigte ist es der Volkswagen

¹⁴⁸ Vgl. Volkswagen AG (Hrsg.): Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks, Wolfsburg 1999.

AG gelungen, einen Beitrag zur Verständigung und Aussöhnung zu leisten und zugleich die persönlichen Erinnerungen und Wahrnehmungen der von Zwangsarbeit Betroffenen dauerhaft in der betrieblichen Erinnerungskultur zu verankern.

Seit Anfang beziehungsweise Mitte der 1990er Jahre begannen sich auch mittelständische Unternehmen mit ihrer Unternehmensgeschichte während der NS-Zeit zu befassen. Im Folgenden werden zwei herausragende Beispiele für Einladungsinitiativen durch deutsche Unternehmen vorgestellt.

Auf Anregung einiger Gesellschafterinnen hin beschloss der Gesellschafterkreis der **Heraeus Holding GmbH** im November 1995, zum bevorstehenden Firmenjubiläum eine Firmengeschichte verfassen zu lassen, unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit und der Frage, ob die Firma auch Zwangsarbeiter beschäftigte. Die Ergebnisse der Nachforschungen wurden im November 1999 in einem Workshop vorgestellt. Es stellte sich heraus, dass rund 300 Zwangsarbeiter bei Heraeus gearbeitet hatten. Einige Gesellschafterinnen und Gesellschafter richteten daraufhin einen Spendenfonds ein, um die Suche nach ihnen finanziell abzusichern. Mit Hilfe des Kölner NS-Dokumentationszentrums und Beschäftigten der Firma in Deutschland und Osteuropa entstanden schließlich Kontakte zu sieben Frauen und Männern in Polen, Litauen, Belarus und der Ukraine, die einst bei Heraeus gearbeitet hatten.

Ein Großteil des Gesellschafterkreises hatte der Thematik bisher eher ablehnend gegenüber gestanden. Doch brachte der Nachweis, dass ehemalige Zwangsarbeiter des Unternehmens noch lebten, und die Schilderung, unter welch schlechten materiellen Bedingungen diese auch heute noch leben müssen, einen Durchbruch auf der Gesellschafterversammlung im Juni 2000: Nun entstand auch bei mehreren Mitgliedern des Gesellschafterkreises der Wunsch, diesen Menschen zu helfen und sie zu einem Besuch nach Hanau einzuladen. Die Firmenleitung sagte die Übernahme der Reise- und Aufenthaltskosten zu.

Die Begegnung im April 2001, Interviews mit den Zeitzeugen und eine kleine Auswahl an Presseberichten sind in einer vom Gesellschafterkreis herausgegebenen und finanzierten Broschüre dokumentiert.¹⁵⁰ Beide Seiten, sowohl die deut-

¹⁴⁹ Zuletzt war eine Gruppe 30 ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Polen, Ukraine, Russland, Australien und Israel im April und Mai 2005 zu Besuch, darunter auch die Autorinnen und Autoren der jüngsten Veröffentlichung „Überleben in Angst“. Vgl. Historische Kommunikation der Volkswagen AG (Hrsg.): Überleben in Angst. Vier Juden berichten über ihre Zeit im Volkswagenwerk in den Jahren 1943 bis 1945, Wolfsburg 2005 (Historische Notate, Schriftenreihe der Historischen Kommunikation der Volkswagen AG Wolfsburg, Heft 11). Insgesamt wurden seit 1999 vier Erinnerungsberichte ehemaliger Zwangsarbeiter veröffentlicht.

schen Gastgeber als auch die osteuropäischen Gäste, beschrieben die Begegnung als ein besonderes persönliches Erlebnis. So äußerte eine der Gesellschafterinnen, dass die Konfrontation mit der Thematik zwar ein schwieriger Lernprozess gewesen sei, der eine sehr „persönliche Auseinandersetzung mit der eigenen Tradition und eigenen Familiengeschichte“¹⁵¹ ausgelöst hätte, sie aber zugleich die persönliche Begegnung als eine außergewöhnliche Bereicherung empfunden hätte. Zu manchen der Eingeladenen bestand auch über den Besuch hinaus brieflicher Kontakt. Eine ehemalige Zwangsarbeiterin schrieb über ein Jahr nach der Begegnung: „An den Besuch in der Stadt Hanau werde ich mich bis ans Ende meiner Tage erinnern.“¹⁵²

Im Dezember 2001 besuchten acht ehemalige Zwangsarbeiter auf Einladung der **William Prym GmbH** die Stadt Stolberg bei Aachen. Seit 1991 hatte das Unternehmen Nachfor-

schungen zu seiner Firmengeschichte während der NS-Zeit angestellt. Andrea Prym-Bruck, selbst Historikerin und seit 1996 Leiterin des Firmenarchivs, sichte-te gemeinsam mit dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden Firmenunterlagen und Fotografien des Firmengeländes. Darunter waren auch Fotografien von Baracken, in denen Zwangsarbeiter untergebracht waren. Was aus diesen Menschen nach dem Krieg geworden ist und ob womöglich noch einige von ihnen leben, war eine



Abb. 20 Dokumentation über den Besuch ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bei Heraeus.

¹⁵⁰ Frackmann, Adelgunde/Ruthardt, Inge/Skrodzki, Hannelore (Hrsg.): „Dass ich heute hier bin, stimmt mich sehr zufrieden...“ Berichte von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bei W.C. Heraeus. Eine Dokumentation (Redaktion: Karola Fings), Köln 2003.

¹⁵¹ Ebda., S. 6.

¹⁵² Ebda., S. 60.

der vielen Fragen, die sich im Zuge dieser Nachforschungen stellte. Andrea Prym-Bruck regte den Geschichtsstudenten Stefan Krebs dazu an, seine Abschlussarbeit zum Thema „Zwangsarbeit in Stolberg“ zu schreiben.¹⁵³ Er konnte die Adressen von zehn ehemaligen Zwangsarbeitern der William Prym GmbH ermitteln und nahm zu ihnen brieflichen Kontakt auf. Durch die Mithilfe einer Ukrainerin, die die Reiseplanung übernahm, konnte das Unternehmen die Einladung der Frauen und Männer realisieren.

Die Offenheit und Herzlichkeit, mit der die acht Männer und Frauen den Gastgebern von der William Prym GmbH begegneten, schildert Andrea Prym-Bruck als überraschend und zugleich beeindruckend.¹⁵⁴ Freudige Aussagen wie: „Ich freue mich, endlich die Orte meiner Jugend wieder zu sehen“, schienen den Gastgebern angesichts der Umstände, unter denen diese Menschen damals zu leiden hatten, fast befremdlich. „Vielleicht sind es die schrecklichen Erlebnisse nach dem Krieg und der Rückkehr in ihre Heimat, vielleicht auch die zeitliche Distanz zu dem Erlebten, dass sie uns heute ohne Bitterkeit und mit einem Bestreben nach Versöhnung begegnen.“, vermutet Andrea Prym-Bruck.

Bei einem Gespräch mit Schülern stellte sich ein ehemaliger Zwangsarbeiter verteidigend vor die Firmenvertreterin, als die Jugendlichen Rechenschaft und finanzielle „Wiedergutmachung“ von der William Prym GmbH forderten. Er sei nicht gekommen, um Anklage zu erheben, sondern um die Hand zur Versöhnung zu reichen und mit der Schilderung seiner Erlebnisse während des Krieges zu verhindern, dass Ähnliches wieder geschehe. Gleichwohl, räumt Andrea Prym-Bruck ein, seien vor allem diejenigen Überlebenden gekommen, denen eine wie auch immer geartete Aussöhnung am Herzen lag. Nicht alle hatten die Einladung der Firma angenommen. Zwar erfolgten Absagen meist aus gesundheitlichen Gründen, doch wurde aus einzelnen Antwortschreiben auch deutlich, dass die durch eine solche Reise wieder erwachenden Erinnerungen für manche zu schmerzlich sind, um sich ihnen erneut auszusetzen.

Der Aufenthalt in Stolberg wurde von Andrea Prym-Bruck und ihrem Mann, Sohn des damaligen Firmenchefs und heutiger Geschäftsführer des Unternehmens, persönlich vorbereitet und begleitet. In Absprache mit einem Krankenhaus, lokalen Optikern und Hörakustikern wurden die Gäste kostenlos medizinisch untersucht und, wenn nötig, Brillen, Hörgeräte oder Gehhilfen zur Verfügung gestellt. Aber auch andere persönliche Anliegen der Gäste wurden nach Möglichkeit

¹⁵³ Krebs, Stefan: Zwangsarbeit in Stolberg/Rheinland: Eine erste Bestandsaufnahme, Stolberg 2003 (Beiträge zur Stolberger Geschichte, Bd. 26); zugl.: Aachen, Technische Hochschule, Magisterarbeit 2000.

¹⁵⁴ Gespräch mit Andrea Prym-Bruck, Stolberg, am 27.4.2005 (Telefonat).

berücksichtigt. So gelang es beispielsweise, eine ehemalige deutsche Mitarbeiterin ausfindig zu machen, mit der sich eine Ukrainerin damals angefreundet hatte. Nach 57 Jahren sahen sich die beiden erstmals wieder und waren während der gesamten Besuchswoche geradezu unzertrennlich.

Sich dessen bewusst, dass eine „Wiedergutmachung“ für das erlittene Schicksal der insgesamt rund 600 Zwangsarbeiter nicht möglich ist, wollte die William Prym GmbH mit ihrer Einladungsinitiative vor allem ein Zeichen der persönlichen Ankerkennung und Würdigung der Männer und Frauen setzen. Im Vordergrund standen deshalb auch die menschlichen Begegnungen, Besichtigungen der früheren Arbeitsstätten, Gespräche mit Schülern, aber auch das Gedenken an jene, die während ihres Zwangsaufenthaltes umgekommen waren. Andrea Prym-Bruck verstand die Initiative ihres Unternehmens durchaus als Anregung für andere, dem Beispiel zu folgen. Sie meint jedoch aus eigener Erfahrung, dass dies aus der ernsthaften Bereitschaft geschehen muss, sich konsequent der eigenen Geschichte und Verantwortung zu stellen.

Das Unternehmen pflegt weiterhin Kontakt zu den Frauen und Männern, die in Stolberg zu Besuch waren. Eine russischsprachige Mitarbeiterin schickt regelmäßig Briefe und Päckchen. Auch zu anderen ehemaligen Zwangsarbeitern, die die Einladung nicht hatten annehmen können oder deren Adressen erst später ermittelt wurden, unterhält das Unternehmen Kontakt. Teilweise nahmen diejenigen, die in Stolberg zu Besuch waren, zu anderen Überlebenden Kontakt auf und besuchten diese, um von der Begegnungsreise nach Stolberg zu berichten und einen von der William Prym GmbH gespendeten Geldbetrag zu übergeben. Je nach Bedarf stellt das Unternehmen seinen ehemaligen Zwangsarbeitern Medikamente, medizinische Hilfsmittel oder auch Rollstühle zur Verfügung. Die offenkundig herzliche Verbindung zwischen den Überlebenden und den heutigen Firmenrepräsentanten drückt sich auch in dem Brief einer Frau aus der Ukraine aus: *„...wenn ich Zeit habe, sehe ich mir immer die Fotos an, die Sie uns mitgegeben haben und kann kaum die Tränen halten. Ich muss daran denken, dass Sie die ganze Zeit bei uns waren. Und während wir zusammen saßen, haben Sie unsere alten, runzligen Hände gestreichelt... und mit Ihrem Lächeln immer wieder unsere Laune gebessert.“*⁴¹⁵⁵

Neben den beiden genannten sind auch andere Firmeneinladungen bekannt, so z.B. die Einladung 18 ehemaliger Zwangsarbeitern durch die Gleason-Pfauter

¹⁵⁵ Brief von Maria Fillipowna Ulbutowa an die Familie Prym (ohne Datum, William Prym GmbH).

Maschinenfabrik GmbH in **Ludwigsburg**, (Baden-Württemberg) die auf Anregung von Georg Pfauter erfolgte, dem Sohn des ehemaligen Firmenchefs und Betreibers der Ost-West-Begegnungsstätte „Jevpatorija“.¹⁵⁶ In das nordrhein-westfälische **Herdecke** kam auf Einladung und Kosten der Firma Ewald Dörken im Jahr 2000 eine kleine Delegation ehemaliger Zwangsarbeiter aus Belarus zu Besuch.¹⁵⁷ Der Kontakt zu den Überlebenden und die Planung und Durchführung des Besuchs erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Geschichtslehrer Willi Creutzenberg von der Filminitiative Herdecke e.V., der sich seit 1991 mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigte.

Einen anderen Weg der Begegnung wählte Dieter Hoffman, Geschäftsführer des Märkischen Werkes GmbH in **Halver** (Nordrhein-Westfalen), indem er sich mit dem Historiker Werner Sinnwell auf die Suche nach ehemaligen Zwangsarbeiterinnen machte, von denen in den Jahren 1942 bis 1945 rund 300 in der Fabrik seines Vaters gearbeitet hatten. Er selbst war damals ein fünfjähriges Kind, doch die vielen ukrainischen Frauen hatten sich in sein Gedächtnis eingepägt. Über die ukrainische Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ konnten 20 Frauen und Männer ausfindig gemacht werden, die der Unternehmensleiter daraufhin gemeinsam mit Werner Sinnwell mehrmals besuchte. Neben Interviews zu ihrem Lebensschicksal, die in einem Buch veröffentlicht wurden,¹⁵⁸ leistet Dieter Hoffmann den bedürftigen Frauen weiterhin nach Möglichkeit regelmäßige Hilfe.¹⁵⁹ Auch hier sind die beiden Deutschen überwältigt von der großen Offenheit und Bereitschaft, über das erlittene Schicksal zu berichten. Werner Sinnwell erinnert sich: *„Ich höre keine Vorwürfe, keine Anklage, spüre keinen Hass. Stattdessen umfängt uns in den ukrainischen Familien eine Wärme und Herzlichkeit, die beschämt. Spassiba, Spassiba. Das höre ich immer wieder und kann es zunächst nicht begreifen. Danke, wofür?“*¹⁶⁰

¹⁵⁶ Vgl. Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ von 2005: Angaben des Kulturamts der Stadt Ludwigsburg. Auf telefonische Anfrage bestätigte die heutige Geschäftsführung des Unternehmens den Besuch, doch konnten keine weiteren Angaben oder Materialien über den Besuch zur Verfügung gestellt werden.

¹⁵⁷ Vgl. „Weißrussischer Zwangsarbeiter rührte Herdecke: ‚Ich komme als Freund‘“, in: Westfälische Rundschau, 27.11.2000; und Pressemitteilung der Ewald Dörken AG vom 22.11.2000. Bei der Firma waren einst rund 100 Zwangsarbeiter beschäftigt. Die heutige Geschäftsführerin überreichte bei dem Besuch als symbolische Geste der Entschädigung dem Vertreter des Mogilewer Opferverbands eine Geldspende in Höhe von 5.000 Euro.

¹⁵⁸ Sinnwell, Werner: „Wir dachten alle, keine erinnert sich an uns.“ Spurensuche in der Ukraine, Schalksmühle 2002.

¹⁵⁹ Gespräch (Telefonat) mit Dieter Hoffman, Halver, und Schreiben vom 7.3.2005.

¹⁶⁰ Sinnwell, Werner: „Wir dachten alle, keine erinnert sich an uns.“ Spurensuche in der Ukraine, Schalksmühle 2002, S. 121.

Die aufgeführten Beispiele dokumentieren auf eindruckliche Weise die außergewöhnliche Wirkung auf Überlebende und ihre Familien, wenn sich Vertreter deutscher Unternehmen zur Verantwortung für das Geschehene bekennen und die persönliche Begegnung mit den Opfern suchen. Auch die im Rahmen anderer Besuchsprogramme durchgeführten Ortsbesichtigungen an ehemaligen Arbeitsstätten zeigen immer wieder, dass es den Gästen bei den Firmenbesuchen meist um die Rekonstruktion der eigenen Verfolgungsgeschichte geht. Außerdem ist es für sie ein wichtiges Erlebnis, als freie Menschen und in Würde ein zweites Mal diesem Ort zu begegnen. Schuldvorwürfe oder Forderungen werden selten erhoben, sicher häufig auch aus Höflichkeit gegenüber den Gastgebern. Solche Vorwürfe scheinen aber viele Unternehmen zu befürchten, wenn sie ihre Tore für Besuche ehemaliger Zwangsarbeiter öffnen. So reagierte ein ehemaliger Zwangsarbeiter beim Besuch seiner einstigen Bremer Arbeitstätte auf den betonten Hinweis des Firmenvertreters, die derzeitige Geschäftsführung habe nichts mit der NS-Vergangenheit des Betriebs zu tun und könne deshalb nicht der Fehler ihrer Vorgänger beschuldigt werden: *„Aber junger Mann, Sie sind doch im Alter meines Sohnes. Wie könnte ich auf die Idee kommen, Sie zu beschuldigen?“*¹⁶¹

Die von den Gastgebern oft erlebte große Versöhnungsbereitschaft und Dankbarkeit der Betroffenen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, was diese Menschen tatsächlich erlitten haben. Auch deshalb sehen viele der Überlebenden gerade in der Vermittlung des ihnen zugefügten Unrechts und in der Mahnung an die jüngeren Generationen eine Aufgabe, den oft beschwerlichen Weg an den einstigen Tatort auf sich zu nehmen und vor allem die Begegnung mit Jugendlichen zu suchen.

2.2.4 Begegnungen mit Jugendlichen

Wie bei den oben beschriebenen Besuchsprogrammen für jüdische Emigranten sind Begegnungen mit Jugendlichen auch bei Besuchen ehemaliger Zwangsarbeiter meist ein Programmbestandteil neben vielen anderen und bieten selten Gelegenheit zu tiefer gehenden persönlichen Zeitzeugengesprächen mit Jugendlichen. Die verhältnismäßig geringe aktive Einbindung Jugendlicher in Besuchsprogramme mit ehemaligen Zwangsarbeitern überrascht angesichts der Tatsache, dass gerade Jugendliche im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten¹⁶² in den 1980er Jahren bereits entscheidende Anstöße zur regionalen

¹⁶¹ Zit. nach: „Mit einer Rose an den alten Arbeitsplatz. Ehemalige Zwangsarbeiter aus Polen besuchten Bremen“, in: Weserkurier, 3.7.2000.



Abb. 21 Bild 1: Arbeitspause bei Stieglmeyer in Herford 1943;
Bild 2: Besichtigung der einstigen Arbeitsstätten 1994.

Spurensuche gaben und damit reges Interesse an der Thematik bewiesen hatten. Doch ist die Begrenzung von Begegnungen mit Jugendlichen wahrscheinlich auf drei Gründe zurückzuführen: Zum einen steht das persönliche Erinnern und Gedenken der Opfer im Vordergrund der Besuche. In der meist knapp bemessenen Aufenthaltszeit soll möglichst viel Raum geboten werden für den persönlichen Aufarbeitungsprozess der Verfolgungsgeschichte. Zum anderen soll eine zu große Belastung der Gäste durch öffentliche Veranstaltungen

vermieden werden, denn meist sind es die Zeitzeugen nicht gewohnt, vor fremden Menschen und in der Öffentlichkeit über ihre Lebensgeschichte zu sprechen. Und

¹⁶² Der Geschichtswettbewerb hatte in den Jahren 1980 bis 1985 das Thema „Alltag im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit“. Unter den eingereichten Beiträgen waren auch zahlreiche zum Thema Zwangsarbeit. Dies veranlasste die Körber-Stiftung in Hamburg zu einer aus den Schülerbeiträgen zusammengestellten Ausstellung zum Thema „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im ‚Dritten Reich‘.“ (Vgl. den Ausstellungskatalog mit selbem Titel, hrsg. von der Körber-Stiftung Hamburg.) Seit ihrer Eröffnung im April 1985 wurde die Ausstellung in zahlreichen deutschen Städten gezeigt und löste dort mitunter weitere Initiativen zur Suche nach Überlebenden und ihrer Einladung nach Deutschland aus.

nicht zuletzt übersteigt die Vorbereitung und Betreuung Jugendlicher für Begegnungen meist die Kapazitäten der Initiativen, die die Besuchsaufenthalte vorbereiten. Diese sind somit auf Kooperationen mit Schulen oder Jugendeinrichtungen angewiesen, denen jedoch oft erforderliche thematische Kenntnisse fehlen, um Zeitzeugengespräche adäquat vorzubereiten.

Mit zunehmender Präsenz der Zwangsarbeiterthematik in der deutschen Öffentlichkeit Ende der 1990er Jahre widmeten sich auch einzelne Schulen, Jugendeinrichtungen, Museen und Gedenkstätten mit speziellen Jugendprojekten der Erforschung von Zwangsarbeit. Außerdem wurden Jugendliche vermehrt in die Vorbereitung und Durchführung kommunaler Besuchsprogramme aktiv eingebunden. Wie diese unterschiedlichen Projektträger solche Forschungs- und Begegnungsprojekte mit Jugendlichen realisiert haben, soll im Folgenden anhand von fünf bemerkenswerten Beispielen dargestellt werden.

Ein fast 30 Jahre zurückreichendes kommunal unterstütztes Jugendprojekt wurde in der hessischen Gemeinde **Mörfelden-Walldorf** durchgeführt.¹⁶³ Den Anfang machte eine Entdeckung Jugendlicher auf einer Studienfahrt der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald im Jahr 1972. Dort fanden sie auf einer europaweiten Übersichtskarte zu Konzentrations- und deren Außenlagern den Hinweis auf ein KZ-Außenlager in ihrem Heimatort. Daraufhin begannen sie eine jahrelange und beschwerliche Spurensuche nach weiteren Belegen zur Existenz des Außenlagers. Bei den Einwohnern ihrer Stadt wie auch den Mitgliedern des Stadtrats stießen sie zuerst auf zweifelndes Staunen. Doch gelang es den Jugendlichen, bis Anfang 1978 aussagekräftige Recherchen über die Existenz des Lagers vorzulegen. Dort waren seit August 1944 etwa 1.700 jüdische KZ-Häftlingsfrauen aus Ungarn inhaftiert. Man hatte sie seinerzeit von Auschwitz nach Frankfurt a.M. transportiert, um sie dort unter schwersten Bedingungen für die Firma Züblin zum Bau einer betonierten Startbahn auf dem Frankfurter Flughafen zu zwingen.

Unter anderem entdeckten die Jugendlichen in einem nahe bei Mörfelden-Walldorf gelegenen Wald Überreste eines Kellers, der unter der ehemaligen Küchenbaracke des Lagers gelegen hatte. Daraufhin forderten sie gemeinsam mit Stadtverordneten der DKP 1978 die Errichtung eines Gedenksteins am Standort des ehemaligen Lagers. Nach einigen politischen Auseinandersetzungen wurde die Anregung schließlich aufgegriffen und der Gedenkstein konnte im März 1980 eingeweiht werden. Einst in dem Außenlager inhaftierte Frauen hatten die Jugendlichen zwar

¹⁶³ Vgl. zu den folgenden Angaben: www.kz-walldorf.de.



Abb. 22 „Opening to the Past“ - so betitelte ein amerikanischer Journalist 1978 ein Foto der drei Jugendlichen und ihrer Entdeckung eines ehemaligen KZ-Außenlagers in ihrem Heimatort.

bereits zu dieser Zeit ausfindig machen und in Israel und Ungarn besuchen können. Eine Einladung zur Einweihung des Gedenksteins erfolgte zu dieser Zeit jedoch nicht.

Erst 20 Jahre später kam es zur Einladung einer Gruppe Überlebender. Inzwischen hatte die Stadt Mörfelden-Walldorf ein Heimatmuseum eingerichtet und Cornelia Rühlig als Museumsleiterin zur Erforschung der Heimatgeschichte eingestellt. Diese richtete den Schwerpunkt ihrer Forschungen auf eine umfassende Aufarbeitung der Lagergeschichte und der dort inhaftierten Frauen. Mitte der 1990er Jahre regte sie die Einrichtung

eines historischen Lehrpfads an, dessen Aufbau und Pflege fortan gemeinsam mit Schülern der Gesamtschule Mörfelden-Walldorf umgesetzt wurde.

Während Cornelia Rühlig weiter zum Schicksal der Häftlingsfrauen forschte und diese zur Durchführung von Zeitzeugeninterviews in Israel und den USA besuchte, engagierten sich die Schüler seit 1998 für eine Entschädigung der Opfer durch die Firma Züblin. Angeregt wurden sie hierzu bei einer Begegnung mit einer Überlebenden des Lagers in Ungarn. Diese Begegnung wie auch die Besichtigung der vom Verfall bedrohten Synagoge im Ort Papa bei Budapest brachte die Jugendlichen auf die Idee, die Firma Züblin um finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau der Synagoge zu bitten und sie zudem mögliche Entschädigungszahlungen für die Opfer zu thematisieren. Doch bei Züblin trafen die Jugendlichen auf eine Verweigerungshaltung, die schließlich im Zuge der Entschädigungsdebatten auch überregional in den Medien für Aufsehen sorgte.¹⁶⁴

Die Einrichtung des historischen Lehrpfads am Ort des Lagergeländes schritt dagegen durch die Unterstützung der Gemeinde Mörfelden-Walldorf, der Flughafen Frankfurt am Main AG und das Schülerengagement rasch voran. Schließlich

¹⁶⁴ Vgl. eine Dokumentation der Schüleraktivitäten wie auch ausgewählte Presseberichte auf der Homepage der Bertha-von-Suttner-Schule: www.schulserver.hessen.de/moerfelden-walldorf/bertha-von-suttner/index.htm.

konnten zur Einweihung des Lehrpfads im Oktober 2000 auch 19 ehemalige Häftlingsfrauen, begleitet von ihren Angehörigen, eingeladen werden. Das Besuchsprogramm wurde von Cornelia Rühlig gemeinsam mit der Gemeinde Mörfelden-Walldorf, den Schülern und den drei Entdeckern des KZ-Außenlagers vorbereitet.

Die Begegnung und die gesamten Hintergründe der Entstehungsgeschichte des Gedenkortes wurden in zwei Veröffentlichungen¹⁶⁵ und in einem bemerkenswerten Film¹⁶⁶ dokumentiert.

Für die Schüler war es eine besondere Anerkennung, das eine Überlebende des Lagers Mörfelden-Walldorf als Zeichen des Dankes für die gemeinsamen Begegnungen zehn Bäume spendete, die auf den Hügeln Jerusalems gepflanzt wurden.

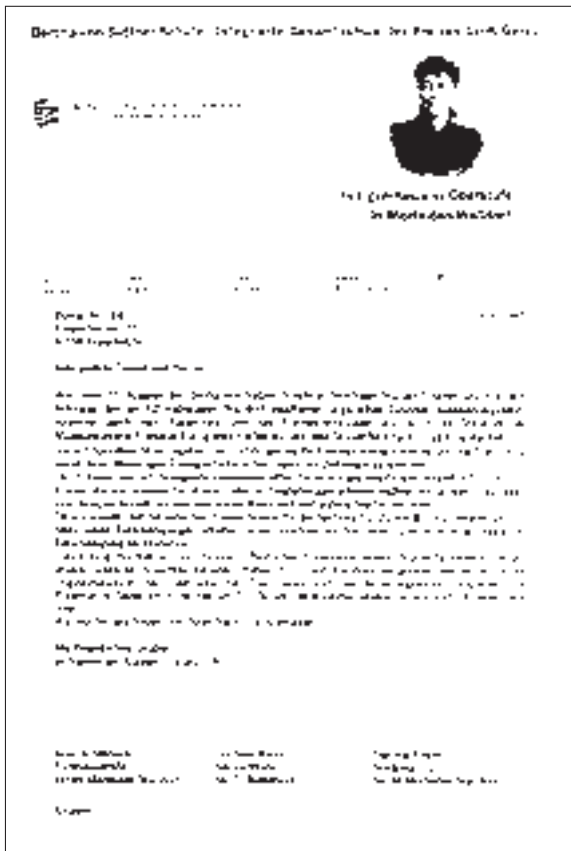


Abb. 23 Mit einem Brief wandten sich die Jugendlichen an die Firma Züblin.

¹⁶⁵ Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf (Hrsg.): „Nichts und niemand wird vergessen.“ Zur Geschichte des KZ-Außenlagers Natzweiler-Struthof in Walldorf, Mörfelden-Walldorf 1996; Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf (Hrsg.): „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung...“ Ein Begleitheft zum Historischen Lehrpfad am ehemaligen KZ-Außenlager Walldorf (Text und Redaktion: Cornelia Rühlig), Mörfelden-Walldorf, November 2003.

¹⁶⁶ „Die Rollbahn“, ein Dokumentarfilm von Malte Rauch, Bernhard Tücke und Eva Voosen, Deutschland 2003.

Beispielhaft für die Einbindung Jugendlicher in ein bereits bestehendes kommunales Besuchsprogramm sind ein Begegnungsprojekt in Düsseldorf und ein deutsch-niederländisches Partnerschaftsprojekt in Köln.

In **Düsseldorf** (Nordrhein-Westfalen) entstand die Idee zur stärkeren Beteiligung Jugendlicher aus der Erfahrung eines Besuchs ehemaliger Zwangsarbeiter aus der Ukraine und Belarus im Juni 2001. Seinerzeit initiierten die Schüler eines Gymnasiums, tief beeindruckt von einer Zeitzeugenbegegnung in der Schulaula, spontan eine Spendenaktion zugunsten der osteuropäischen Männer und Frauen. Innerhalb von wenigen Stunden konnten die Jugendlichen über 1.800 DM sammeln und den Gästen überreichen. Das große Interesse der Jugendlichen, ihr spontanes Engagement und die überwältigten Reaktionen der Gäste veranlassten die Programmorganisatorinnen, Jugendliche auch bei einem für November 2001 geplanten Besuch polnischer Überlebender so weit wie möglich einzubinden. Ziel war es, sie als persönliche Begleiter der Gäste an allen Veranstaltungen teilnehmen zu lassen. Zur Vorbereitung und Durchführung des Vorhabens wurde im Auftrag der Stadt Düsseldorf das Begegnungsprojekt „Verschiedene Erfahrungen – verschiedene Welten. Begegnen will gelernt sein“ von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf initiiert.¹⁶⁷ Unterstützt und angeleitet von Mitarbeiterinnen der Mahn- und Gedenkstätte befassten sich die Jugendlichen im Vorfeld des Besuchs in Projektgruppen mit Recherchen zur Zwangsarbeit in der Stadt. Während ihres Aufenthalts wurden die polnischen Gäste von den Jugendlichen bei einzelnen Programmpunkten begleitet und in Zeitzeugen-Interviews befragt. Drei polnischsprachige Schüler übersetzten bei den Gesprächen. Die Jugendlichen erstellten Berichte über ihre Erfahrungen und machten Fotos, um die Besuchsorte, die Stimmung und Atmosphäre der Begegnungen festzuhalten. Ihre Berichte schickten sie per E-mail an ihre Schulen, so dass auch die nicht beteiligten Mitschüler den Besuch mitverfolgen konnten. Außerdem entstand aus den zuvor gesammelten Materialien und den Berichten im Geschwister-Scholl-Gymnasium eine Plakatdokumentation, die zum Abschluss des Besuchs den polnischen Gästen in der Schulaula gezeigt wurde. Die Jugendlichen waren insbesondere vom offenen Umgang der Zeitzeugen mit ihrem schweren Schicksal beeindruckt. Zwischen den Jugendlichen und den polnischen Gästen entwickelte sich in wenigen Tagen ein sehr herzliches Verhältnis, das sich in der Äußerung einer Schülerin ausdrückt:

¹⁶⁷ Das Projekt wurde dokumentiert in der Broschüre „Verschiedene Erfahrungen – verschiedene Welten. Begegnen will gelernt sein.“ Begegnungsprojekt im Rahmen des Besuchsprogramms der Landeshauptstadt Düsseldorf für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Polen, 2. bis 7. November 2001, hrsg. von der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Düsseldorf 2002.

„...ich fand es schade, dass sie nach einer Woche schon wieder abreisen mussten, denn ich hatte sie richtig ins Herz geschlossen.“

Ein innovatives deutsch-niederländisches Schülerprojekt realisierte der Förderverein des EL-DE-Hauses e.V. in **Köln** im Schuljahr 2002/2003 mit finanzieller Unterstützung der Körber-Stiftung in Hamburg. Unter dem Titel „Zwangsweise kölsch - dwangarbeid in duitsland“ arbeiteten Jugendliche aus fünf Schulen in Köln, Bergisch Gladbach und Rotterdam in diesem Projekt zusammen. Wissenschaftlich angeleitet wurden sie vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und dem Gemeentearchief Rotterdam.¹⁶⁸ Zentraler Ansatz des Projektes war es, den Jugendlichen eine intensive und langfristige Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsarbeit zu ermöglichen und ihnen zugleich durch die Arbeit in binationalen Kleingruppen eine persönliche Erfahrung von länderübergreifender Zusammenarbeit zu vermitteln.

Nach einer Vorbereitungsphase, in der die beteiligten Pädagogen und Historikerinnen aus Köln und Rotterdam die Rahmenbedingungen entwickelten, begann das Projekt im Herbst 2002 mit einem Workshop in Köln, der parallel zum Besuch einer Gruppe niederländischer Zwangsarbeiter durchgeführt wurde. Hier trafen sich die deutschen und die niederländischen Jugendlichen erstmals untereinander. Danach begegneten sie fünf niederländischen Zeitzeugen, die sich zur Unterstützung des Projekts bereit erklärt hatten. In binationalen Gruppen entwickelten die Jugendlichen anhand von Briefen, Fotos und Dokumenten Fragestellungen zu den Lebensabschnitten der Zeitzeugen, angefangen mit der Zwangsverschleppung, über die Lebens- und Arbeitssituation in Köln bis hin zu ihrer Befreiung und Rückkehr in die Heimat. Zentrales Anliegen des Workshops waren die Interviews mit den Gästen. Am Ende standen eine erste Auswertung der Ergebnisse und die Besprechung der weiteren Arbeitsschritte bis zum abschließenden Workshop in Rotterdam.

Nach intensiver Beschäftigung mit den Biographien der interviewten Zeitzeugen im Herbst und Winter, trafen sich die Jugendlichen erneut im Januar 2003 zu einem Workshop in Rotterdam. Dort arbeiteten sie wieder in binationalen Gruppen, zunächst im Gemeentearchief und später im Computerbereich einer Rotterdamer Schule, um dort eine Online-Präsentation aus den Ergebnissen der geführten Interviews, den gesammelten Texten und Abbildungen zu erstellen. Am Ende des Workshops stand eine erste Vorstellung der Website in Rotterdam. Sie wurde im

¹⁶⁸ Informationen zum Projekt und den Ergebnissen sind nachzulesen auf der Homepage des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln (www.museenkoeln.de/ns-dok_neu/) unter dem Stichwort „Projekte“.

Mai 2003 anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Bilder einer fremden Stadt. Zwangsarbeit in Köln 1939–1945“ im NS-Dokumentationszentrum auch dem Kölner Publikum vorgestellt.

Ein bemerkenswertes Forschungs- und Begegnungsprojekt, in dem Jugendliche mit umfangreichen Archivrecherchen und Zeitzeugenbefragungen den Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter selbst vorbereiteten, konnte in der vorpommerschen Gemeinde **Niepars** bei Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) durchgeführt werden. Das Amt Niepars hatte seit 2003 Anfragen von mehreren polnischen Bürgern mit der Bitte erhalten, zu bestätigen, dass sie während der NS-Zeit auf Bauernhöfen in der heutigen Gemeinde Niepars als Zwangsarbeiter eingesetzt waren. Da man erst aus diesem Anlass feststellte, wie wenig über diesen Teil der Lokalgeschichte bekannt war, wurde ein mehrjähriges Projekt zum Schicksal der Zwangsarbeiter in Niepars initiiert.¹⁶⁹

Im Rahmen dieses von der Jugendstiftung Civitas geförderten Projektes mit dem Titel „Pierwszy krok – ein erster Schritt“ recherchierten die Schülerinnen und Schüler der Regionalen Schule „Prof. Gustav Pflugradt“ mit Unterstützung zweier Lehrkräfte und unter Leitung des Nieparser Amtsjugendpflegers in den umliegenden Dörfern der Gemeinde. Unterstützt wurden sie zudem vom Storchennest e.V., dem Präventionsrat des Amtes Niepars und einer Historikerin der Universität Greifswald. Während ihrer Arbeit stießen die Jugendlichen auf überraschende Informationen und Geschichten, doch mussten sie auch feststellen, dass einige Zeitzeugen nicht bereit waren, über die NS-Zeit zu sprechen. Oft waren es diejenigen, die die NS-Zeit als Kinder oder Jugendliche erlebt hatten, die zu Interviews bereit waren. Auch erlebten die Projektteilnehmer verbale Diffamierungen des Projektes durch rechtsextreme Kreise, die die Bemühungen der Jugendlichen als „albern“ und überflüssig bezeichneten und den Projektleiter persönlich angriffen.¹⁷⁰

Unvergessen ist den Schülern die Begegnungswoche mit vier ehemaligen Zwangsarbeitern und ihren mitgereisten Angehörigen im Mai 2004. Neben Besuchen der alten Arbeitsstätten standen Gespräche mit den Jugendlichen im Vordergrund der Begegnung. Alle im Projekt und bei der Begegnung gesammelten Materialien und Informationen wurden von den Jugendlichen in Bild, Ton und Schrift festgehalten und weiterverarbeitet für eine Ausstellung, eine CD-Rom und eine durch ihre außergewöhnliche Gestaltung beeindruckende handgefertigte deutsch-polnische Dokumentation.¹⁷¹

¹⁶⁹ Vgl. www.schule-niepars.de/projekte/zwangsarbeiter.htm

¹⁷⁰ Mitteilung im „Störtebeker-Netz“ (einer regionalen rechtsradikalen Internetplattform), 16.3.2003.

Ein außergewöhnlich engagiertes Schulprojekt, das anfänglich gegen starke Widerstände der Stadtverwaltung zu kämpfen hatte, dafür aber mit großer überregionaler Anerkennung und Auszeichnung bedacht wurde, ist das „Zwangsarbeiter-Projekt“ des **Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen** (Bayern) bei Augsburg. Ende Oktober 2001 besuchten auf Einladung des Gymnasiums vier ehemalige Zwangsarbeiter aus der Ukraine Gersthofen. Anlass war die Eröffnung einer von Schülern erarbeiteten Ausstellung über „NS-Zwangsarbeit in Gersthofen“. Doch der in anderen Städten meist übliche offizielle Empfang im Rathaus der Stadt wurde den Gästen verwehrt. Hintergrund dessen war ein Konflikt zwischen dem Gersthofener Bürgermeister, dem Gymnasiallehrer Dr. Bernhard Lehmann und den Schülern der elften Jahrgangsstufe. Der Konflikt entfachte sich im Frühjahr 2001, als die Jugendlichen mit ihrem Lehrer bei der Stadt Gersthofen Zugang zum Archiv erbeten hatten, um dort ihre Nachforschungen zum Thema anstellen zu können. Der Bürgermeister verweigerte jedoch den Zugang mit der Begründung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes Gersthofener Bürger.¹⁷² Auf den Vorschlag, nur der Lehrer könne in die Archivakten Einsicht erhalten und anonymisiert die Ergebnisse veröffentlichen, ließen sich die Jugendlichen nicht ein. Schließlich konnte nur mit einstweiliger Verfügung durch das Augsburger Verwaltungsgericht der Zugang zum Archiv erwirkt werden. Die daraufhin durchgeführten Archivrecherchen der Jugendlichen zeigten nicht nur erstmals das Ausmaß der



Abb. 24 Dokumentation des Projekts aus Niepars.

erarbeiteten Ausstellung über „NS-Zwangsarbeit in Gersthofen“. Doch der in anderen Städten meist übliche offizielle Empfang im Rathaus der Stadt wurde den Gästen verwehrt. Hintergrund dessen war ein Konflikt zwischen dem Gersthofener Bürgermeister, dem Gymnasiallehrer Dr. Bernhard Lehmann und den Schülern der elften Jahrgangsstufe. Der Konflikt entfachte sich im Frühjahr 2001, als die Jugendlichen mit ihrem Lehrer bei der Stadt Gersthofen Zugang zum Archiv erbeten hatten, um dort ihre Nachforschungen zum Thema anstellen zu können. Der Bürgermeister verweigerte jedoch den Zugang mit der Begründung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes Gersthofener Bürger.¹⁷² Auf den Vorschlag, nur der Lehrer könne in die Archivakten Einsicht erhalten und anonymisiert die Ergebnisse veröffentlichen, ließen sich die Jugendlichen nicht ein. Schließlich konnte nur mit einstweiliger Verfügung durch das Augsburger Verwaltungsgericht der Zugang zum Archiv erwirkt werden. Die daraufhin durchgeführten Archivrecherchen der Jugendlichen zeigten nicht nur erstmals das Ausmaß der

¹⁷¹ „Pierwszy krok – ein erster Schritt“. Zwangsarbeit in der Region Niepars (1939–1945). Ein Forschungs- und Begegnungsprojekt mit Zeitzeugen, o.O., o.J.

¹⁷² Der Konflikt und die Blockade durch den Bürgermeister erregten überregional Aufsehen. Vgl. z.B. „Die 11a muss draußen bleiben. Gersthofener Bürgermeister verwehrt Schulklassen Forschung über Zwangsarbeit im Stadtarchiv“, in: Süddeutsche Zeitung, 20.4.2001; „Nicht mehr schnüffeln, wer wo nach 60 Jahren liegt.“ Gersthofener Schulklassen beantragt einstweilige Verfügung gegen Bürgermeister, der Stadtarchiv sperrte“, in: Süddeutsche Zeitung, 28.5.2001.

Zwangsarbeit in Gersthofen, sondern erbrachten auch für zehn Überlebende in der Ukraine wichtige Nachweise für deren Entschädigungsansprüche. Die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten präsentierten die Jugendlichen auf einer eigenen Homepage¹⁷³ und in der bereits genannten Ausstellung.¹⁷⁴ Selbst der Bürgermeister bekannte später, er habe „keinen schlechten Eindruck von der Ausstellung“¹⁷⁵ gehabt. Bei ihrem Besuch konnte den ukrainischen Frauen und Männern ein Geldbetrag als symbolische Geste der Entschädigung übergeben werden. Dieser stammte aus einem seit Mitte Oktober 2001 eingerichteten Spendentopf, der vor allem im Rahmen einer prominent besetzten Benefizveranstaltung zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter erfolgreich eingesetzt wurde.¹⁷⁶

Dr. Bernhard Lehmann setzte mit seinen Schülern die Nachforschungen zur Zwangsarbeit in Gersthofen auch in den Folgejahren fort: So konnten im November 2003 erneut auf Einladung des Gymnasiums und mit Spendengeldern aus Benefizveranstaltungen finanziert ein ehemaliger italienischer Militärinternierter und einige Kinder und Enkelkinder bereits verstorbener Militärinternierter Gersthofen besuchen. Diesmal wurden die Gäste offiziell von der Stadt Gersthofen empfangen, die sich nun auch mit einem kleinen finanziellen Beitrag beteiligte.

Die Nachforschungen der Gersthofener Jugendlichen hatten in der Folgezeit weitere Auswirkungen auf die historische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in der Stadt. So wurden im Auftrag des Stadtrats Gersthofener Straßennamen nach „unge wollten Beinoten“ - sprich bislang unbekanntem Bezügen zur NS-Zeit - überprüft und Umbenennungen diskutiert.¹⁷⁷ Außerdem wurde auf Anregung der Jugendlichen ein Denkmal zur Erinnerung an das Schicksal der Zwangsarbeiter in Gersthofen eingerichtet. Finanziert wurde dieses aus einem Preisgeld, das die Jugendlichen bei einem Schülerwettbewerb gewonnen hatten, und durch einen finanziellen Beitrag der Stadt Gersthofen.¹⁷⁸

¹⁷³ www.gersthofen-zwangsarbeit.de; vgl. dort auch detaillierte Informationen zu den Ergebnissen der Arbeit der Schülergruppe.

¹⁷⁴ Vgl. „Zwangsarbeit in Gersthofen.“ Broschüre zur Ausstellung, erarbeitet von der Klasse 11a des Paul-Klee-Gymnasiums Gersthofen unter Leitung von OStR Dr. Bernhard Lehmann, Gersthofen 2002.

¹⁷⁵ Zit. nach: „Schüler, Lehrer und ein Bürgermeister. Das Zwangsarbeiter-Thema als Lehrstück in Gersthofen: Wie aus einer ungeliebten Recherche ein Vorzeige-Projekt wurde“, in: Die Welt, 1.1.2001.

¹⁷⁶ Vgl. „Einfach den Auftritt spendiert. Die ‚Biermösl Blosn‘ und Jörg Huber engagieren sich für das Zwangsarbeiter-Projekt“, in: Augsburgener Allgemeine Zeitung, 17.10.2001.

¹⁷⁷ Vgl. „Wernher von Braun bleibt Namenspatte. Straßenumbenennung von Gersthofener Ausschuss abgelehnt“, in: Augsburgener Allgemeine Zeitung (Landausgabe), 23.11.2001.

¹⁷⁸ Vgl. „Fundament für Zwangsarbeiter-Denkmal. Stadt unterstützt Vorhaben, ein Modell gibt es bereits“, in: Augsburgener Allgemeine Zeitung (Landausgabe), 12.2.2004.

2.3 „Keine ‚Wiedergutmachung‘, aber eine Geste der Versöhnung...“ – Unterstützungs- und Entschädigungsinitiativen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter

Durch die Kontakte und Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern wurde vielen an Besuchsprogrammen beteiligten Menschen bewusst, dass insbesondere die Opfer in Mittel- und Osteuropa bis zum heutigen Tag unter armen und schwierigen Verhältnissen leben. Hinzu kam vielerorts die Erkenntnis, dass die Zahlungen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ die Not vieler Männer und Frauen nur teilweise lindern können und bestimmte Opfergruppen im Rahmen dieser Zahlungen keine Leistungen erhalten, da sie gemäß den Bestimmungen keine Ansprüche geltend machen können. Nicht zuletzt bewegte einige bürger-schaftliche Initiativen und manche Kommunen das Bedürfnis, den Opfern unabhängig von der Stiftung eine symbolische Geste der Versöhnung im Sinne einer finanziellen und humanitären Unterstützung zu übermitteln. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass es auch andere Formen finanzieller und humanitärer Leistungen als die im Folgenden erwähnten gegeben hat. So zahlten einige Kommunen, Initiativen und Privatpersonen einen Betrag in den Stiftungsfonds ein. Auch sah fast jedes Besuchsprogramm die Aushändigung eines kleineren Geldbetrags als „Taschengeld“ vor, es wurden medizinische Hilfen geleistet und ärztliche Behandlungen angeboten. Mancherorts entschied man sich gegen finanzielle Leistungen, da man sich mit der Suche nach Überlebenden, der Entscheidung, wer leistungsberechtigt sein sollte, oder mit den Formalitäten einer Geldüberweisung an im Ausland lebende Betroffene überfordert fühlte.¹⁷⁹

Rund 30 Unterstützungs- und Entschädigungsinitiativen konnten im Rahmen dieser Studie ermittelt werden. Durchgeführt wurden diese von Kommunen, bürger-schaftlichen Initiativen oder im Rahmen von Patenschafts- und Schulprojekten. Eine repräsentative Auswahl der Projekte soll im Folgenden einen Überblick über Formen und Umfang entsprechender Hilfsleistungen geben.

Kommunale Unterstützungs- und Entschädigungsprogramme reichten von der individuellen Auszahlung eines Geldbetrags an in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde eingesetzte Zwangsbeschäftigte über die einmalige Bereitstellung medizinischer Hilfsmittel bis zu längerfristigen Hilfsfonds zur Einrichtung eines

¹⁷⁹ So stellte sich vielerorts die Frage, wie Ansprüche auf entsprechende Leistungen, die gebunden sind an den Nachweis des Zwangsaufenthalts in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, eindeutig geklärt werden könnten. Auch bestand das Problem, dass z.B. die Auszahlung von Geldbeträgen schwierig und mit erheblichen Verlusten durch Überweisungskosten usw. zu bewerkstelligen gewesen wäre.

dauerhaften Pflege- und Betreuungsangebots für hilfsbedürftige Opfer.

Ein umfangreiches, alle Opfergruppen einbeziehendes Entschädigungsprogramm führte die Stadt **Marburg** durch, das zur Dokumentation eines beispielhaften Verfahrens der Entscheidungsfindung ausführlicher behandelt werden soll.¹⁸⁰

Die Entschädigungsdebatte im Sommer 1999 bewog eine kleine Arbeitsgruppe in der Geschichtswerkstatt Marburg e.V., sich näher mit der Zwangsarbeiterthematik zu befassen. Zeitgleich begannen sich städtische Gremien dem Thema zu widmen. Die Stadt und die Geschichtswerkstatt erkannten schnell, dass eine Zusammenarbeit bei der historischen Erforschung der bislang nur ansatzweise bekannten Dimension von Zwangsarbeit in Marburg in beiderseitigem Interesse war. Die Stadt führte Recherchen zu den Fragen durch, wie sehr sie in das Zwangsarbeitersystem involviert war und wie man auf mögliche Forderungen nach einer eigenständigen Entschädigung durch die Kommune reagieren könne. Die Geschichtswerkstatt strebte eine möglichst umfassende Erforschung der Zwangsarbeit im gesamten heutigen Stadtgebiet und eine Diskussion über individuelle Entschädigungsleistungen an, die keinen Unterschied zwischen den einzelnen Zwangsarbeitergruppen (Zivilisten, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge, Justizgefangene) machte.

Man einigte sich letztlich auf ein dreistufiges Verfahren, das nach erster Sichtung der Unterlagen und einer darauf aufbauenden Machbarkeitsstudie umfassende Informationen der Marburger Einwohnerschaft und Lokalpolitiker als Grundlage des weiteren Vorgehens und die Einrichtung eines Forschungs- und Entschädigungsprojekts vorsah. Insgesamt vergingen vom ersten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Bereitstellung von Mitteln für die historischen Nachforschungen im März 2000 bis zur Verabschiedung eines städtischen Entschädigungsprogramms im April 2002 zwei Jahre.

In dieser Zeit stellte sich heraus, dass die Stadt Marburg als offizielle Vermittlerin und Verwalterin der Mehrzahl der Zwangsarbeiter direkt vom „Verleih“ der zwangverpflichteten Arbeitskräfte profitiert hatte. Mit einer öffentlichen Bürgerversammlung Ende August 2000 und der Veröffentlichung der bisher gesammelten Informationen wurde die Öffentlichkeit umfassend in den Diskussionsprozess eingebunden, der sich fortan vorrangig mit der Frage nach Art und Umfang von Entschädigungsleistungen befasste.

¹⁸⁰ Vgl. zu den folgenden Angaben: Form, Wolfgang/Kirschner, Albrecht/Werther, Thomas: Zwangsarbeit und Entschädigung in Marburg an der Lahn: Eine Kommune setzt Maßstäbe, in: Gedenkstättenrundbrief 110, Jg. 2002.

Darum bemüht, die Entschädigungsleistungen auf ein grundsätzliches, überfraktionell getragenes Fundament zu stellen und ein Scheitern wegen kontroverser Positionen zum Personenkreis und finanziellen Umfang der Leistungsansprüche zu verhindern, erarbeitete die Geschichtswerkstatt im Sommer 2001 einen Vorschlag, der, die komplizierten kommunalpolitischen Entscheidungsproblematiken berücksichtigend, vorerst eine grundsätzliche Entscheidung zur Entschädigung und dem Bekenntnis zur moralischen Schuld der Stadt vorsah. Diese vorläufige Abtrennung einer Grundsatzentscheidung von den konkreten Fragen der Entschädigungsregelung hatte den Vorteil, dass eine verbindliche Grundlage geschaffen, jedoch Form und Umfang der Leistungen weiter diskutiert werden konnten. Auch wenn dies zu einer weiteren Entscheidungsverzögerung führte, so war es nach Einschätzung der Beteiligten das aussichtsreichste Verfahren, um überhaupt eine politisch durchsetzbare Entscheidung zu erwirken. Außerdem hatte der größere zeitliche Rahmen den Vorteil, dass das Vorhaben mit den bisherigen Erfahrungen anderer Städte abgestimmt, der Kontakt zu Überlebenden aufgenommen wie auch eine realistische Schätzung über den zu erwartenden Gesamtumfang der Zahlungen vorgenommen werden konnte. So wurden neben den in den Marburger Archiven recherchierten Dokumenten mit Hilfe der nationalen Stiftungen in Polen, Tschechien, der Ukraine, Belarus und Russland, über Opferverbände in den jeweiligen Ländern und mit Hilfe von Anzeigen in ukrainischen, niederländischen, französischen und italienischen Zeitungen weitere Anhaltspunkte zu einst in der Stadt beschäftigten Zwangsarbeitern und ihrem heutigen Wohnort ermittelt.

Schließlich konnten sich im April 2002 die politischen Entscheidungsträger auf ein Entschädigungsprogramm einigen, das finanzielle Leistungen in Höhe von jeweils 2000 Euro an ehemalige zivile Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge vorsah, die auf dem Gebiet der heutigen Stadt Marburg eingesetzt waren. Die Zahlungen erfolgten unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und der Dauer ihres Aufenthalts. Die Besonderheit dieses Marburger Beschlusses ist die Einbeziehung aller Opfergruppen und damit auch derjenigen, die im Rahmen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ keine Leistungen erhielten, was insbesondere auf sowjetische und französische Kriegsgefangene wie auch italienische Militärinternierte zutrifft.¹⁸¹

Inzwischen sind die Zahlungen durch die Stadt Marburg abgeschlossen. Insgesamt erhielten 176 Betroffene eine Entschädigung, darunter 62 Personen aus der

¹⁸¹ Ein ähnlicher Beschluss, der auch die westeuropäischen Betroffenen einbezog, ist aus Darmstadt bekannt. Vgl. Auskunft des Hauptamtes der Stadt Darmstadt zur Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ vom Frühjahr 2005.

Ukraine, 41 aus Polen, 23 aus Italien (ehemalige italienische Militärinternierte), 16 aus Belarus, 13 aus Russland, 7 aus Belgien, 4 aus Tschechien, 3 aus Frankreich, jeweils 2 Personen aus Slowenien, Lettland und den Niederlanden und eine aus Israel.¹⁸²

Individuelle Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter leisteten auch die Städte **Aschaffenburg, Bensheim, Bramsche, Darmstadt, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Halberstadt, Harsewinkel, Konstanz, Leverkusen, München, Schwäbisch-Hall, Senden, Reutlingen und Xanten** wie auch der Kreis **Main-Kinzig**. Die Höhe der freiwilligen Auszahlungen bewegte sich hierbei zwischen 100 und 5.000 Euro. Auch die Anzahl der Empfänger variierte (zwischen einigen wenigen bis zu über 2.500 Personen, die von der Stadt Frankfurt am Main Auszahlungen erhielten), wobei hier nur vereinzelt verlässliche Zahlen vorliegen.¹⁸³ Die hessischen Städte **Kelkheim** und **Friedberg** (Taunus) hatten ebenfalls per Stadtratsbeschluss vom Oktober beziehungsweise Mai 2000 individuelle Zahlungen vorgesehen, doch konnte die Stadt Kelkheim bisher lediglich einen ukrainischen Überlebenden ausfindig machen, der schließlich einen einmaligen Betrag ausgezahlt bekam, während die Suche nach weiteren Überlebenden über den Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen bisher keine Ergebnisse brachte.¹⁸⁴ Die Stadt Friedberg beschloss, nachdem sich die Suche nach Überlebenden als zu schwierig und kostenträchtig erwies, den vorgesehenen Betrag jeweils zur Hälfte an den Bundesverband für NS-Verfolgte in Köln und ein Apotheken-Projekt des Lindener Vereins zur Friedensarbeit in Belarus zu spenden.¹⁸⁵ Die Stadt **Brandenburg an der Havel** führte eine Spendensammlung zugunsten ehemaliger Zwangsbeschäftigter durch, deren Ertrag letztlich nicht individuell, sondern im November 2004 an die Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ für medizinische Hilfsprojekte zugunsten Betroffener überwiesen wurde.¹⁸⁶

¹⁸² Vgl. „Zwangsarbeit in Marburg: Von ersten Erkenntnissen bis zum Besuchsprogramm. Von dem Versuch, ein schwieriges Thema aus kommunaler Sicht aufzuarbeiten“, Rede von Heinrich Löwer auf einem öffentlichen Symposium des Staatsarchivs Marburg zum Thema „Zwangsarbeit während der NS-Zeit. Nachweisbeschaffung, historische Forschung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Hessen“, am 11.3.2004 in Marburg.

¹⁸³ Die Angaben beruhen vorrangig auf den Ergebnissen der Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ vom Frühjahr 2005 wie einer Auskunft der Ukrainischen Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ vom Februar 2005.

¹⁸⁴ Auskunft der Stadt Kelkheim (Taunus) im Rahmen der Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ vom Frühjahr 2005.

¹⁸⁵ Vgl. „Kostenlose Medikamente aus einer Apotheke in Brest. Stadt Friedberg unterstützt Hilfsprojekt für ehemalige Zwangsarbeiter mit 2500 Euro aus dem Entschädigungsfonds“, in: Frankfurter Rundschau, 20.11.2002.

Andere Städte entschieden sich anstelle der Auszahlung individueller Geldbeträge zur Finanzierung oder Bereitstellung medizinischer Hilfsmittel oder Betreuungsangebote. So z.B. die Stadt **Hilden**, die insgesamt für rund 150 Betroffene Gelder für die Versorgung mit Gehhilfen oder medizinischen Hilfsmitteln zur Verfügung stellte. Über die Stiftungen in Mittel- und Osteuropa zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter wurde die Bereitstellung der Hilfen umgesetzt. Auch die Städte **Wesel** und **Löhne** wählten diese Form der Unterstützungsleistung für 112 beziehungsweise 12 Personen.¹⁸⁷

Die Städte **Köln**, **München** und **Stuttgart** richteten jeweils kommunale Hilfsfonds zur medizinischen und humanitären Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiter ein, deren Gelder für längerfristige Betreuungs- und Pflegeangebote in den Partnerstädten Wolgograd (Köln), Kiew (München), Łódź, Brno/Brünn und Samara (Stuttgart) eingesetzt wurden.

Das **Kölner** Hilfsprojekt wird seit 2002 vom Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd e.V. und einer Wolgograder Selbsthilfvereinigung ehemaliger Zwangsarbeiter durchgeführt. Es werden Beratungen und ein häuslicher Pflegedienst für ehemalige Zwangsarbeiter angeboten, wobei die Betroffenen nicht unbedingt in Köln zur Zwangsarbeit eingesetzt gewesen sein müssen.

Die Landeshauptstadt **Stuttgart** rief im Mai 2001 auf Beschluss des Gemeinderats das Projekt „Verständigung und Versöhnung mit osteuropäischen Partnerstädten“ ins Leben, in dessen Rahmen zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter in den drei mittel- und osteuropäischen Partnerstädten jeweils bis zu 256.000 Euro für Maßnahmen im Senioren- und Sozialbereich zur Verfügung gestellt wurden. Die Partnerstädte arbeiteten unter Einbeziehung der örtlichen Opferverbände konkrete Projektvorschläge aus, die daraufhin in Abstimmung mit dem Referat für Soziales, Jugend und Gesundheit der Stadt Stuttgart umgesetzt wurden. Alle realisierten Projekte verbinden konkrete Hilfs-, Betreuungs- und Pflegeangebote für Betroffene mit einem intergenerationellen Ansatz durch die Förderung von Begegnungsmöglichkeiten mit Kindern und Jugendlichen.

Die Landeshauptstadt **München** hat basierend auf zwei Beschlüssen des Stadtrates im Jahr 2000 ein „Unterstützungsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen

¹⁸⁶ Auskunft der Stadt Brandenburg a.d. Havel im Rahmen der Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ vom Frühjahr 2005.

¹⁸⁷ Zu Hilden vgl. Auskunft der Stadt Hilden im Rahmen der Umfrage des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ vom Frühjahr 2005. Zu Wesel und Löhne gab die Ukrainische Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ Auskunft.

und Zwangsarbeiter in Kiew“ mit einem Gesamtvolumen von 3 Millionen DM durchgeführt, das einmalige Einzelzuwendungen für in Kiew und dem Kiewer Gebiet lebende ehemalige Münchner Zwangsbeschäftigte, ein Besuchsprogramm und ein Projekt zur Einrichtung eines ambulanten Pflegedienstes in Kiew umfasste. Insgesamt erhielten 717 Personen Einzelzuwendungen in Höhe von 1.200 DM, die über die ukrainische Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ ausgezahlt wurden. Seit Oktober 2000 richtete der Kiewer mit dem Münchner Arbeiter-Samariter-Bund zwei Sozialstationen im Stadtgebiet Kiew ein, die im März 2001 ihre Arbeit aufnahmen. Dort versorgen seither acht mobile Betreuungsteams rund 215 hilfsbedürftige Personen. Wie bereits oben beschrieben, wurden seit Mitte 2002 Restmittel aus dem vorzeitig beendeten Besuchsprogramm für die medizinische Grundversorgung von rund 380 im Kiewer Landkreis lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern eingesetzt.¹⁸⁸

Neben den kommunalen Hilfs- und Unterstützungsprogrammen gab es vor allem zahlreiche bürgerschaftliche Initiativen zur symbolischen Entschädigung und Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiter. Diese variieren zwischen ein- oder mehrmaligen Spendenaktionen und Benefizveranstaltungen zugunsten der Betroffenen, langjährigen Spendeninitiativen oder Patenschaftsprojekten für einzelne Personen.

Die mit Abstand größte und langfristige Spendeninitiative führt unter dem Namen „Bürger-Engagement für ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer in Osteuropa“ seit dem Jahr 2000 der Berliner Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. durch. Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, vor allem osteuropäische NS-Opfer, die aus verschiedensten Gründen keine Entschädigungsleistungen erhalten haben, zu unterstützen und damit bestehende und wohl auf anderem Weg schwerlich zu füllende Lücken zu schließen. Die aus Spenden- und Benefizaktionen gewonnenen Gelder kommen NS-Zwangsarbeitern zugute, die ohne ausreichende Dokumente keine Entschädigung erhalten¹⁸⁹ oder die Antragsfristen versäumt haben, dislozierten Zwangsarbeitern,¹⁹⁰ sowjetischen Kriegsgefangenen wie auch Juden und Roma, die in Verstecken überlebten. Insgesamt konnten bis Mai 2005 rund 960.000 Euro an Spenden eingeworben werden, von denen bisher an 2.500 Personen einmalig je 300 Euro ausgezahlt wurden. Diese äußerst anspruchsvolle

¹⁸⁸ Vgl. Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München vom 3.7.2002.

¹⁸⁹ Viele osteuropäische Opfer hatten aus Angst vor stalinistischer Verfolgung ihre Nachweise vernichtet.

¹⁹⁰ Personen, die nicht in Deutschland, sondern in ihrem Heimatstaat für die deutsche Besatzungsmacht arbeiten mussten.

Initiative hat über Jahre hinweg mit viel ehrenamtlichem Engagement ihre Ziele verfolgt, um so vielen „vergessenen Opfern“ wie möglich Hilfe, Unterstützung und damit auch Anerkennung zukommen zu lassen.¹⁹¹

Regional begrenzte, aber nicht weniger beeindruckende Spendeninitiativen wurden in Bremen, Ditzingen, Göttingen und Hamm realisiert. So sammelte der **Bremer Verein Walerjan Wrobel e.V.** seit 1999 über 10.000 Euro, die an bedürftige ehemalige Zwangsarbeiter in Bremen verteilt wurden. Die **Ditzinger Spendeninitiative „Gegen das Vergessen“** (Baden-Württemberg) wurde gegründet, nachdem der Stadtrat mit knapper Mehrheit (18 Nein- zu 15 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung) ein kommunales Entschädigungsprogramm abgelehnt hatte. In der Initiative vereinten sich sowohl die unterlegenen Stadtratsmitglieder wie auch andere engagierte Bürger, um ein Zeichen für eine verantwortungsvolle Aufarbeitung der Ditzinger Geschichte und ein deutliches Signal der Versöhnung gegenüber den Opfern zu setzen. Insgesamt konnten durch das Bürgerengagement 12.500 Euro an rund 50 Personen ausgezahlt werden.¹⁹² Die **„Göttinger Direkthilfe“** (Niedersachsen) setzte sich zum Ziel, ehemaligen Göttinger Zwangsarbeitern aus der Ukraine, Belarus und Russland kleine finanzielle Hilfen zukommen zu lassen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass ihr Schicksal anerkannt und gewürdigt wird. Über 100 Betroffene haben so in den Jahren 2001 bis 2003 einen einmaligen Betrag von 500 DM erhalten. Rund 50 Personen, die bisher keine Entschädigungsleistungen von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erhalten hatten, wurde in den Jahren 2002 und 2003 eine zweite Rate ausgezahlt.¹⁹³ Die im Frühjahr 2001 gegründete **„Hammer Initiative zur Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiter“** (Nordrhein-Westfalen) konnte mit umfangreichen Spendenaufrufen und -aktionen insgesamt rund 40.000 Euro zugunsten von rund 140 ukrainischen und acht polnischen ehemaligen Zwangsarbeitern, die in Hamm arbeiten mussten, sammeln.

Auch Schulen oder einzelne Schulklassen engagierten sich in Spendeninitiativen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter, so z.B. in Bremen, Bückeburg, Düsseldorf (s.o., Kapitel 2.2.4), Gersthofen und Hamburg. So überwiesen im Jahr 2001 Schüler des **Bremer Schulzentrums Walliser Straße** von ihrem Taschengeld insgesamt fast

¹⁹¹ Ausführliche Informationen über die Initiative und die von ihr unterstützten Opfer sind auf einer eigens eingerichteten Homepage zu finden (www.buerger-engagement-fuer-ns-zwangsarbeiter.de).

¹⁹² Vgl. Stadt Ditzingen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Ditzingen, 1939–1945, Gerlingen 2003 (Ditzinger Schriften, Bd. 2), S. 91f.

¹⁹³ Nähere Informationen zur „Göttinger Direkthilfe“ sind online nachzulesen unter: www.cordula-tollmien.de/zwanggoedih.html.

300 DM an ein Bremer Unternehmen, das nachweislich Zwangsarbeiter beschäftigt hatte, bislang aber die Einzahlung in den Stiftungsfonds der Deutschen Wirtschaft verweigert hatte. Als Verwendungszweck gaben die Jugendlichen bei der Überweisung „Einzahlung in den Stiftungsfonds“ an, doch das Unternehmen überwies das Geld zurück, mit dem zynischen Hinweis, der Fahrer eines Gebrauchtwagens „würde ja auch nicht ein Unfallopfer des früheren Besitzers entschädigen.“¹⁹⁴ Schüler einer Hamburger Hauptschule im Stadtteil Billstedt arbeiteten im Januar 2001 mehrere Tage in einer Hamburger Firma am Fließband und spendeten den Erlös von 3.000 DM an den Stiftungsfonds.¹⁹⁵ Die Schüler des bereits oben erwähnten **Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen** (vgl. Kapitel 2.2.4) sammelten vor allem bei Benefizveranstaltungen rund 65.000 Euro, die für Reisen nach Israel, in die Ukraine und nach Italien eingesetzt wurden, um dort Betroffene zu besuchen und zu befragen. Die Geschichtswerkstatt der **Herder-Realschule in Bückeberg** (Niedersachsen) die sich über Jahre hinweg in ambitionierter Weise mit verschiedenen Aspekten der regionalen NS-Geschichte beschäftigte und diese in einer Ausstellung und einer Dokumentation veröffentlichte,¹⁹⁶ sammelte in zwei Sponsorenläufen unter dem Titel „Lauf gegen das Vergessen“ rund 2.500 Euro. Das Geld wurde für die Übernahme von Patenschaften zugunsten mit vier belarussischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen eingesetzt, die ein Jahr lang jeweils 50 Euro monatlich erhielten. Vermittelt wurde der Kontakt zu den Überlebenden über die belarussische Vereinigung der Opfer des Faschismus „Ljos“. In mehreren Briefen bedankten sich die Empfängerinnen für die Hilfe mit den Worten: *„Ich bedanke mich herzlich, dass Sie mich nicht vergessen haben“, und „das Wichtigste besteht darin, dass Sie ihre Gutmütigkeit den Kindern beibringen, denen die Zukunft gehört. Wir verbeugen uns vor Ihnen...“*¹⁹⁷

Patenschaften mit monatlichen Zuschüssen zur Rente initiierten auch Bürgergruppen in Düsseldorf, Köln und Münster. So gründeten in **Düsseldorf** engagierte Bürger im Jahr 2001 unter dem Namen „Ein Zeichen der Versöhnung –

¹⁹⁴ Vgl. Archiv der Mailingliste „NS-Zwangsarbeit“ (www.hclist.de/mailman/listinfo/ns-zwangsarbeit), Beitrag vom 21.6.2001 (Betreff: Schueler-Initiativen (Artikel vom Mai)), mit einem von Michael Anthony im Mai 2001 für die Deutsche Presseagentur (dpa) verfassten Artikel mit dem Titel: „Mehr als 20 Millionen Mark an Privatspenden für ehemalige Zwangsarbeiter“.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ Vgl. „Gebt uns unsere Würde wieder.“ Zwangsarbeit in Schaumburg. Überarbeitete Auflage der Arbeit zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2002/2003, erstellt von der Geschichtswerkstatt der Herderschule Bückeberg (Klassen 9 und 10), Bückeberg 2003.

¹⁹⁷ Ebd., S. 94f.

Patenschaften für ehemalige Zwangsarbeiter/innen“ eine Initiative, durch die rund 70 belarussische Überlebende der Zwangsarbeit monatliche Beihilfen zur Rente erhielten, vermittelt durch die belarussische Vereinigung der Opfer des Faschismus „Ljos“. In Köln vermittelte der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Köln-Wolgograd e.V. Briefpartnerschaften, über die durch die persönliche Beziehungen auch materielle Hilfen angestrebt wurden.¹⁹⁸ Die „**Patenschaftsinitiative Münster**“ wurde 1999 vom Münsteraner Pastor Lindemann und der IBB¹⁹⁹ Regionalgruppe Münster gegründet. Insgesamt konnten etwa 70 Patenschaften gebildet werden, in denen sich Münsteraner Bürger bereit erklärt hatten, für mindestens zwei Jahre eine monatliche Zahlung von 50 DM an ehemalige zivile Zwangsarbeiter und ehemalige KZ-Häftlinge zu zahlen. Zwischen den Münsteraner Paten und den Minsker Überlebenden der Zwangsarbeit entstanden Briefkontakte, wobei das IBB gegebenenfalls die Briefe übersetzte und überbrachte. Auch fuhren einige Paten nach Minsk und besuchten dort die Männer und Frauen, zu denen sie sonst nur brieflich Kontakt hatten.²⁰⁰

Auch wenn den Beteiligten von Unterstützungs- und Entschädigungsinitiativen immer bewusst ist, dass ihr Engagement nur der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“ sein kann, so verdeutlichen die Reaktionen ehemaliger Zwangsarbeiter den hohen symbolischen Wert dieser „Gesten der Versöhnung“. Allerdings gestaltet sich die Sammlung von Spenden nach Auskunft einiger Personen, die sich weiterhin für materielle Hilfen für Überlebende einsetzen, als zunehmend schwierig, nachdem die Schicksale der Opfer von Zwangsarbeit inzwischen wesentlich an öffentlicher Aufmerksamkeit verloren haben. Zugleich bleibt die Situation der Männer und Frauen, insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern, prekär, denn oft sind geleistete Entschädigungszahlungen längst verbraucht und die meist verschwindend geringen Renten reichen in Anbetracht der gestiegenen Lebenshaltungskosten in diesen Ländern oft nicht einmal für den Grundbedarf, geschweige denn für Medikamente und medizinische Hilfsmittel aus. Es bleibt zu hoffen, dass die Hilfsbereitschaft gegenüber diesen Menschen andauern wird, um so den Betroffenen glaubhaft zu verdeutlichen, dass sie nicht wieder in Vergessenheit geraten.

¹⁹⁸ Vgl. „Die Hoffnung auf Briefkontakt kam nicht nur aus Wolgograd. Kölner Partnerschaftsverein sagte seine Unterstützung zu – Adressen ermittelt“, in: Kölner Stadtanzeiger, 4.5.1992.

¹⁹⁹ Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund.

²⁰⁰ Vgl. Öffentliche Beschlussvorlage an den Rat der Stadt Münster (13.6.2003), darin: Abschlussbericht zum Projekt „Kriegsgefangene, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Münster und Umgebung während des Zweiten Weltkriegs“ (Karl Reddemann), Anlage 3: Bericht des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund (Brief Peter Junge-Wentrup).

2.4 „In meiner Seele ist es wärmer geworden“ – Auswirkungen und Folgen von „Begegnungen am Tatort“

Zwei Faktoren haben entscheidend dazu beigetragen, dass die einst „vergessenen Opfer“ des Zwangsarbeitersystems innerhalb weniger Jahre sowohl in Deutschland als auch international eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren: die breite wissenschaftliche Erforschung des Themas Zwangsarbeit, das seit den 1980er Jahren binnen kurzer Zeit zu einem der meist erforschten Aspekte der NS-Vergangenheit wurde, und der juristische, ökonomische und mediale Druck auf deutsche Unternehmen durch die Entschädigungsklagen von vor allem in den USA lebender Betroffener.

Auf regionaler Ebene trugen insbesondere die Besuchsprogramme dazu bei, dass sowohl die lokalhistorische Erforschung des Zwangsarbeitersystems vorangebracht wurde als auch eine gesellschaftliche und politische Sensibilisierung für die Entschädigungsansprüche der Betroffenen erreicht werden konnten. So wurden durch die Befragung ehemaliger Zwangsarbeiter und auf Grundlage der von ihnen mitgebrachten Dokumente Erkenntnisse über das Zwangsarbeitersystem gewonnen, die aufgrund der oft schlechten Quellenlage sonst nicht rekonstruierbar gewesen wären. Öffentliche Zeitzeugen-Ver-



Abb. 25–27 Häufig sprechen die Gäste bei ihrem Besuch erstmals über das Erlebte. Das Erzählen empfinden viele als eine Befreiung oder zumindest als Linderung der Last der Erinnerung.

anstaltungen und begleitende Presseberichte rückten das Thema in besonderem Maße ins Bewusstsein der lokalen Bevölkerung und riefen – wie nicht zuletzt die oben genannten Unterstützungs- und Entschädigungsinitiativen zeigen – gesellschaftliches Engagement hervor.

Umgekehrt konnten die Frauen und Männer im Rahmen der Besuchsprogramme den Ort, an dem sie während der NS-Zeit gedemütigt und ausgebeutet wurden, noch einmal als freie Menschen besuchen. Dies bedeutete für sie eine Anerkennung, die sich viele längst nicht mehr zu erhoffen gewagt hatten, und gab ihnen zugleich das Gefühl, ein Stück ihrer Menschenwürde, der sie einst beraubt wurden, zurück zu bekommen.

Die Tatsache, dass ihre Leidensgeschichte am Tatort nicht in Vergessenheit gerät und sie als ehemalige Verfolgte anerkannt und gewürdigt werden, ist als eine Form der „moralischen Entschädigung“ oft weitaus bedeutsamer, als jegliche „materielle Entschädigung“. So schrieb eine russische ehemalige Zwangsarbeiterin nach ihrem Besuch in Hamburg: *„Ich habe mich aufs Neue an alles erinnert und alles aufs Neue erlebt. Alles das, was ich in den längst vergangenen Jahren ertragen musste. Nach meiner Reise nach Hamburg habe ich darüber nachgedacht, und später ist auch die seelische Erleichterung gekommen...“*, und eine weitere Besucherin meinte: *„... in meiner Seele ist es wärmer geworden.“*⁴²⁰¹ Darüber hinaus nehmen oft auch Freunde und Angehörige der ehemaligen Zwangsarbeiter regen Anteil an den Kontakten nach Deutschland und schildern ihre Eindrücke von der Wirkung der Besuche. So schrieb die Tochter eines ehemaligen Zwangsarbeiters nach dessen Rückkehr: *„Mein Vater war mit der Reise sehr zufrieden. Er hat sich über ihre Einladung sehr gefreut. Nach der Heimkehr ist er quasi wieder zum Leben erwacht. Er trifft sich mit Verwandten, Freunden und erzählt gern von seinen Eindrücken, vom Gesehenen, von Ihrer Betreuung und respektvollen Behandlung.“*⁴²⁰²

Die Wirkung der Besuche und die Eindrücke von den „Begegnungen am Tatort“ gehen oft weit über den Familien- und Freundeskreis der ehemaligen Zwangsarbeiter hinaus. So berichten diese häufiger, dass das ganze Dorf an der Korrespondenz mit den deutschen Gastgebern Anteil nimmt und die Erzählungen von den Reiseerlebnissen, vor allem aber von den Begegnungen mit heute in Deutschland lebenden Menschen, auf großes Interesse stoßen. Mitunter schicken

²⁰¹ Hertz-Eichenrode, Katharina: „Ich hätte nichts dagegen, noch einmal nach Hamburg zu kommen.“ Erfahrungen aus dem Hamburger Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie, (2004) Heft 41, S. 28.

²⁰² Ebda., S. 29.

sie auch Artikel aus Lokalzeitungen über ihre Leidensgeschichte, den Besuch in Deutschland und den Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit. Dies kann zwar nichts daran ändern, dass die Betroffenen in ihren Heimatländern bis Ende der 90er Jahre keine oder nur geringe Anerkennung erfahren haben und sie nicht selten durch den Erhalt von Hilfs- und Entschädigungsleistungen aus Deutschland gegenüber denjenigen, die keine Leistungen erhalten, als ungerechtfertigt privilegiert angesehen wurden. Doch erleben ehemalige Zwangsarbeiter heute in ihren Heimatländern nunmehr auch ein gewisses Verständnis für ihr Schicksal.

Ein wichtiger Grund für viele ehemalige Zwangsarbeiter, die beschwerliche Reise nach Deutschland auf sich zu nehmen, war im Zuge der Entschädigungen die Nachweisbeschaffung. Insbesondere Opfer aus Ländern der früheren Sowjetunion hatten seinerzeit aus Angst vor weiterer Verfolgung alle relevanten Dokumente vernichtet, so dass sie nun über keine Nachweise zu ihrem Zwangsaufenthalt mehr verfügten. Eine Möglichkeit, die Verfolgungsgeschichte zu rekonstruieren und dadurch einen anerkannten Nachweis für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen zu erhalten, war für viele der persönliche Besuch der ehemaligen Haft- und Arbeitsstätten. Auch in dieser Hinsicht sind die Besuchsprogramme als ein Gewinn für viele Betroffene zu betrachten, die sonst kaum ihren Anspruch auf Entschädigung hätten geltend machen können.

Im Verlauf und auch nach Abschluss des Entschädigungsprozesses verlagerte sich die Bedeutung der Begegnungen mit engagierten Menschen in Deutschland dahingehend, dass diese zu vertrauensvollen Ansprechpersonen wurden für Fragen und Schwierigkeiten hinsichtlich der Entschädigungen. Oft halten diese persönlichen Kontakte über Jahre hinweg an und entwickeln sich trotz der räumlichen Distanz und sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten zu Freundschaften. Nicht selten kam und kommt es auch zu Gegenbesuchen der deutschen Gastgeber in den Heimatländern der ehemaligen Zwangsarbeiter.

Die Zahl der Städte, die ehemalige Zwangsarbeiter zu Besuchen einladen, nimmt jedoch ähnlich wie bei den Besuchsprogrammen für jüdische Emigranten ab. Meist war bei kommunalen Programmen aus Kostengründen oder, weil sie verbunden waren mit dem laufenden Entschädigungsprozess, ohnehin nur ein begrenzter Einladungszeitraum vorgesehen. Außerdem wird es, seitdem das Thema Zwangsarbeit weniger öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, für bürgerschaftliche Initiativen zunehmend schwierig, Gelder für ihr Engagement zu akquirieren. Zugleich nimmt die Zahl der ehemaligen Zwangsarbeiter, die noch eine Reise nach Deutschland

antreten können, aus Altersgründen stetig ab. Für sie ist es inzwischen oft bedeutsamer, medizinische Hilfen und Betreuung vor Ort zu erhalten, als nach Deutschland zu reisen. Weiterhin Interesse an einer Reise zeigen diejenigen, die als kleine Kinder mit ihren Familien nach Deutschland verschleppt oder hier geboren wurden. Für sie ist der Besuch eine Möglichkeit, vage Kindheitserinnerungen zu rekonstruieren und ihren Erinnerungsbildern ein Gesicht, einen Ort zu geben. Wie bereits oben erwähnt, profitieren sie dabei erheblich von dem Wissen, das sich Historiker in Deutschland in den letzten Jahren unter anderem durch Befragungen und Dokumente der älteren Zeitzeugen erarbeiten konnten.

Bislang nicht bekannt sind – im Gegensatz zu den wenigen bisherigen Ausnahmen bei Einladungsprogrammen für jüdische Emigranten und ihre Nachkommen – Begegnungsprogramme speziell mit Kindern und Enkelkindern ehemaliger Zwangsarbeiter. Dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass diese seltener als Begleitpersonen eingeladen wurden oder auf eigene Kosten mit anreisten. So haben sich möglicherweise auch seltener jene persönlichen Beziehungen entwickeln können, die ein wichtiger Motor für eine Fortführung bestehender Programme sein könnten. So scheint es äußerst unwahrscheinlich, dass die wenigen noch laufenden Besuchsprogramme über die Generation hinaus fortgeführt werden, die Zwangsarbeit aus eigenem Erleben erinnern.

III. Resümee und Ausblick

Die Erfahrungen von 40 Jahren Besuchsprogrammen mit ehemaligen NS-Opfern zeigen auf eindrückliche Weise, dass gerade in der persönlichen Begegnung eine einmalige Chance zur Annäherung zwischen einstigen Opfern und Deutschen liegt. Für die deutschen Teilnehmer enthebt die Unmittelbarkeit der persönlichen Begegnung die isolierte Geschichtsbetrachtung ihrer Abstraktheit, ermöglicht ein kontextuelles Verstehen einzelner Lebensschicksale vor dem historischen Hintergrund und weckt bei den Beteiligten eine kritische Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Für viele eingeladene Gäste schließt sich durch die Wiederbegegnung mit den Orten ihres Leidens ein Lebenskreis. Im Wissen darum, dass man sich ihrer erinnert und die Erinnerung als Mahnung für die Gegenwart versteht, eröffnet sich ihnen oft ein verständlicherer Blick auf das erlittene Schicksal. Gerade in Anbetracht dessen, welch unermessliches Leid diesen Menschen einst zugefügt wurde, ist die Tatsache, dass trotzdem überraschend viele zu einer Reise nach Deutschland bereit waren, ein Zeichen für den großen Erfolg der Besuchsprogramme. Bis zu ihrer Einladung hatten sich viele nicht vorstellen können, noch einmal nach Deutschland zu reisen. Mit dem Angebot eines Besuchs erfüllten deshalb die bürgerschaftlichen Initiativen, Städte und Gemeinden eine unverzichtbare Brückenfunktion, denn die Einladung sollte als eine Geste der Versöhnung gelten und viele Gäste haben sie auch als eine solche empfunden. So ist das Erlebnis, dass ihnen rund 60 Jahre später dasselbe Land, dieselbe Stadt so anders begegnet, in seiner Wirkung kaum zu überschätzen.

Die Unmittelbarkeit der historischen Erfahrung – sei es als Opfer, als Täter oder Zuschauer – geht allerdings mit der schwindenden Zahl der Angehörigen sowohl der Opfer- als auch der Tätergeneration immer mehr verloren. Mit ihr schwindet auch die Möglichkeit einer persönlichen Begegnung mit Zeitzeugen am Tatort. Umso wichtiger erscheint es, dass die Chance zur Begegnung noch so lange wie möglich genutzt wird. Zudem sollten diese einmaligen Erfahrungen auch für spätere Generationen dokumentiert werden. So könnte der Lernprozess der historischen Aufarbeitung sowie die Möglichkeiten und Grenzen der „Aussöhnung“ zwischen Angehörigen von Opfer- und Tätergesellschaften selbst zum Gegenstand der Vermittlung historischer Erfahrungen werden. Bislang wurde dies häufig aus der Befürchtung vermieden, dass der Eindruck einer Instrumentalisierung der Gäste entstehen könne. Da diese jedoch selbst oft betonen, dass die eigenen Erfahrungen an die nachkommenden Generationen weitergegeben werden müssen, dürfte eine Dokumentation der Begegnungen auch in ihrem Sinne sein.

Manche gehen inzwischen aufgrund der Tatsache, dass immer weniger Opfer die weite Reise nach Deutschland antreten können, den umgekehrten Weg: Sie besuchen die Betroffenen an ihren Heimatorten. In absehbarer Zeit wird dies die einzige Möglichkeit sein, die Zeitzeugen der Opfergeneration zu befragen, von ihren Erfahrungen zu lernen und ihnen ein Stück der Anerkennung zukommen zu lassen, auf die sie so lange warten mussten. Zugleich zeigen Studienfahrten wie die der „AG Netzwerk“ in Bünde oder der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule in Mörfelden-Walldorf, dass sich bei einer Begegnung mit NS-Verfolgten an ihrem Heimatort auch neue Perspektiven eröffnen: Die Begegnung mit dem Lebensumfeld der ehemaligen NS-Opfer und die Erkenntnis, unter welchen schwierigen Lebensbedingungen viele von ihnen leben, macht deutlich, dass Hilfsbereitschaft und Solidarität auch über die Versöhnung hinaus Aufgaben der Gegenwart sind. Gerade diese Erkenntnis weckt oft weiteres Engagement für die Belange der Betroffenen und stärkt das Bewusstsein über den Sinn und die Notwendigkeit, Verantwortung für das Geschehene und damit für die Gegenwart zu übernehmen. Oft entstehen bei Besuchen in den Heimatländern der NS-Opfer auch lebendige Kontakte zwischen den nachkommenden Generationen, die ihrerseits eine Basis für die Fortsetzung der Beziehungen über die Kriegs- und Erlebnisgeneration hinaus bilden können.

Wie die Erfahrungen aus Bochum, Köln, Mainz, München und Stuttgart zeigen, eignen sich gerade auch Städtepartnerschaften dazu, in einem überschaubaren Rahmen Kontakte zu NS-Opfern und ihren Angehörigen auszubauen, sei es durch Studienfahrten, kommunale Hilfsprogramme oder persönliche Kontakte im Rahmen von Hilfs- oder Briefpatenschaften. Dadurch erfahren auch Bemühungen um die internationale Verständigung und den Ausbau städtepartnerschaftlicher Beziehungen eine Aufwertung im Sinne der historischen Versöhnungsarbeit. Die Besuchsprogramme haben entscheidend dazu beigetragen, dass sich völlig neue Beziehungen zwischen NS-Opfern und den Orten ihres Leidens entwickeln konnten. Daran sollten in Zukunft Städte und Gemeinden stärker anknüpfen und diesen Bereich nicht allein bürgerschaftlichem Engagement überlassen. Es gilt, die in den vergangenen Jahrzehnten gewachsenen vielfältigen Beziehungen auch für die kommenden Generationen zu bewahren und dauerhaft für eine friedliche Welt einzutreten.

IV. Anhang

4.1 Kommentierte Auswahlbibliographie zu Besuchsprogrammen für jüdische Emigranten und Überlebende der Shoa

4.1.1 Literatur

Benz, Wolfgang: Rückkehr auf Zeit. Erfahrungen deutsch-jüdischer Emigranten mit Einladungen in ihre ehemaligen Heimatstädte, in: Exilforschung 9 (1991), S. 196–207

Wolfgang Benz widmet sich in diesem Aufsatz speziell der Perspektive der jüdischen Emigranten und ihren Erfahrungen mit Besuchsprogrammen. Anhand von Zeitungsberichten, Briefen jüdischer Emigranten nach ihrem Besuch und einzelnen Interviews beleuchtet er kritisch ihre Erfahrungen und stellt sie denjenigen der deutschen Gastgeber gegenüber.

„Besuch in der alten Heimat“ – Eine Dokumentation des AUFBAU über Besuchsprogramme deutscher Gemeinden für ihre ehemaligen jüdischen Bewohner, Sonderausgabe der Zeitschrift AUFBAU vom 28. Oktober 1994

Die bisher erste und einzige Dokumentation über Besuchsprogramme für jüdische Emigranten. Sie enthält rund 120 Einzelporträts, nach Bundesländern und Städten geordnet, und zeichnet – wenn auch nicht vollständig – das bislang umfangreichste und detaillierteste Bild von Besuchen jüdischer Emigranten.

Bürgermeister- und Presseamt der Stadt Erlangen (Hrsg.): Rechenschaftsbericht über meine 15jährige eigenständige ehrenamtliche Tätigkeit als Beauftragte der Stadt Erlangen für die ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger (von Ilse Sponsel), Erlangen 1996

Ein Erfahrungsbericht von Ilse Sponsel, die seit 1980 ehrenamtlich für die Betreuung der jüdischen Emigranten aus Erlangen zuständig ist. Sie gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Besuchsprogramme, führt konkrete Beispiele von Erfolgen aber auch Schwierigkeiten ihrer Tätigkeit für die Stadt Erlangen an und dokumentiert Auszüge aus ihrer Korrespondenz mit den Emigranten.

Jakobi, Franz-Josef/Freund, Susanne (Hrsg.): Jüdische Familien in Münster 1918–1945, Teil 2,2: Abhandlungen und Dokumente 1933–1945, Münster 2001

Eine umfassende Untersuchung Münsteraner, die unter anderem die Erfahrungen von Remigranten mit denen der Emigranten, die zu Besuchsprogrammen nach Deutschland kommen, vergleicht. In einem kurzen Abriss wird auch das Münsteraner Besuchsprogramm vorgestellt.

Ohsako, Toshio/Cramer, Marianka: Intergenerational Dialogue and Mutual Learning between German Pupils and Jewish Seniors, in: Education and Ageing, Vol. 14, No. 3, 1999, S. 249–260

Eine der wenigen Untersuchungen speziell zu Erfahrungen intergenerationellen Lernens anhand von Begegnungen zwischen jüdischen Emigranten und Jugendlichen, dargestellt am Beispiel des Besuchsprogramms der Stadt Hamburg.

Praël, Marianne: Begegnung einer deutschen Nichtjüdin mit jüdischen Ex-Hannoveranern, Hannover im September 1992

Erfahrungsbericht der von 1970 bis 1992 zuständigen Mitarbeiterin der Stadt Hannover für die Betreuung der jüdischen Emigranten. Es handelt sich dabei um eine sehr persönliche und (hinsichtlich des eigenen Lernprozesses) selbstkritische Rückschau, die explizit den Menschen gewidmet ist, die sie in ihrer 22jährigen Tätigkeit kennen gelernt hat.

Stolz, Gerd: Reise in ein fernes Land... Gebündelte Eindrücke zu Entwicklung und Ablauf der Besuchsreisen, in: Rückkehr auf Zeit. Dokumentation zu den Besuchsreisen jüdischer ehemaliger Schleswig-Holsteiner in den Jahren 1986 bis 1992, S. 9–26

Rückblick auf die Erfahrungen des einzigen von einem Bundesland durchgeführten Besuchsprogramms. Der Autor war von 1986 bis 1992 federführend zuständig für die Organisation und Begleitung der Besuche ehemaliger Schleswig-Holsteiner Juden.

Tarcali, Olga: Rückkehr nach Erfurt. Erinnerungen an eine zerstörte Jugend, Erfurt 2001

Eindringliche Schilderungen einer gebürtigen Erfurterin über ihre Rückkehr nach Erfurt und zu den Orten ihrer Flucht vor den Nazis quer durch Europa. Autorin des Buches ist eine Freundin der jüdischen Emigrantin, die sie auf ihrer Reise begleitet hat.

4.1.2 Film- und Audiodokumentationen

Return of the Tüdelband, Deutschland 2003 (Regie: Jens Huckeriede)

82minütiger Dokumentarfilm über die jüdischen Gebrüder Wolf, ein in den 1920er Jahren in Hamburg legendäres Gesangsterzett, und den Hip-Hop-Musiker Dan Wolf. Dieser ist ein Enkel der Gebrüder Wolf, der zusammen mit dem Hamburger Dokumentarfilmer Jens Huckeriede, einem dezidierten Wolf-Fan und -Forscher, an die Lebens- und Wirkungsstätten seiner Vorfahren zurückkehrt.

Der Besuch. Ehemalige jüdische Bürger in Stuttgart, Deutschland 2001 (Regie: Hanns-Georg Helwerth, Produktion: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg)

Der Film dokumentiert das Stuttgarter Besuchsprogramm von seinem Beginn im Jahr 1983 bis ins Jahr 2001. Er begleitet einige Gäste auf ihrer Spurensuche, zeigt Begegnungen der Gäste mit Stuttgarter Bürgern, insbesondere mit Schülern, denen sie von ihrem Schicksal, ihrem Leiden, ihren neuen Erfahrungen und auch von ihrer Versöhnungsbereitschaft erzählen.

Begegnung mit der alten Heimat - ein Wiedersehen in Berlin, Deutschland 1979 (Produktion: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin)

Dokumentation, die anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des Besuchsprogramms für ehemalige Berliner Bürger erstellt wurde. Zu diesem Anlass waren gleichzeitig 750 Gäste aus den USA, Kanada, Israel, Südafrika, Australien und verschiedenen europäischen Ländern für eine Woche zu Besuch gekommen. Allein das damals neue Internationale Congress Centrum (ICC) war groß genug, um all die Gäste auf einmal begrüßen zu können.

Der zweite Abschied. Wie jüdische Emigranten Frankfurt wiedersehen, Deutschland 1980 (Produktion: Norddeutscher Rundfunk)

Zweiteilige Filmdokumentation über zwei New Yorker Schwestern, die auf Einladung der Stadt Frankfurt am Main ihre Geburtsstadt besuchten. Ihre Reise von Manhattan nach Frankfurt protokollierte ein Fernseheteam des Norddeutschen Rundfunks für die Reihe „Schaukelstuhl“. Für das deutsche TV-Team war es alles andere als einfach, diese notwendige und wichtige Vergangenheitsbefragung zu bewältigen. Über die Schwierigkeiten sagte Autor Trevor Peters: „Unsere Gesprächspartner in New York wollten nicht weniger über uns erfahren als wir über sie. Wir waren die ersten jungen Menschen aus Deutschland, mit denen sie nach so vielen Jahren Kontakt hatten. Es gab so vieles zu klären, zu diskutieren. Dabei ging es den Emigranten nicht so sehr darum, ihre Neugier zu befriedigen, als vielmehr darum, Vertrauen zu fassen. An uns wurde quasi Deutschland gemessen.“

4.1.3 Internetseiten

www.juedisches-leben-kraichgau.de

Homepage einer Eppinger Schulklasse zu ihren Nachforschungen zur jüdischen Geschichte im Kraichgau mit ausführlichen historischen Informationen, der Schilderung einer Begegnung mit Zeitzeugen und der Dokumentation mehrerer Briefwechsel der Jugendlichen mit Überlebenden der Shoa.

www.juedischesbingen.de

Homepage des „Arbeitskreises jüdisches Bingen“ mit einer Dokumentation der jüdischen Regionalgeschichte und einer Pressedokumentation zur Aktion „Wiedersehen mit Bingen“, einer Begegnung der Stadt mit jüdischen Emigranten.

www.gymnasium-harsewinkel.de/juden/index.html

Online-Auftritt eines Gymnasiums in Harsewinkel mit einer Darstellung der jüdischen Regionalgeschichte und von Einzelschicksalen jüdischer Familien während und nach der NS-Zeit sowie Fragen der Entschädigung nach 1945.

www.judentum-projekt.de/index.html

Informative und umfangreich bebilderte Homepage eines Gymnasiums im sächsischen Döbeln zur Geschichte und Kultur des Judentums. Alle Texte sind von Schülern verfasst.

www.judentum-lausitz.de/Hauptseite/Hauptseite.htm

Online-Präsentation des Xenos-Projektes „Dem Fremden begegnen... Jüdisches Leben in der Lausitz“ in Cottbus und Görlitz. Im Rahmen des Projekts erforschten Jugendliche und junge Erwachsene die Geschichte des Judentums in der Lausitz und präsentierten ihre Ergebnisse in Ausstellungen und öffentlichen Vorträgen. Alle Teilnehmer des Projekts sind kaufmännische Auszubildende.

www.elisabeth-gymnasium.eisenachonline.de

Homepage eines Eisenacher Gymnasiums, das sich in verschiedenen Projektarbeiten mit der jüdischen Geschichte in Eisenach beschäftigt hat. Dokumentiert ist auch eine Begegnung mit ehemaligen Eisenachern Juden und ihren Enkeln.

www.cad.architektur.tu-darmstadt.de/synagogen/inter/start_de.html

Ein interaktives öffentliches Internetarchiv mit virtuellen Rekonstruktionen der ehemaligen Synagogen in zahlreichen deutschen Städten. Realisiert wurde die Präsentation von Studierenden der TU Darmstadt. Das Projekt geht zurück auf eine studentische Initiative im Jahre 1994, als in Deutschland Ausländerfeindlichkeit und antisemitische Äußerungen sichtbar zunahmen.

4.2 Kommentierte Auswahlbibliographie zu Besuchsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene

4.2.1 Literatur

Bories-Sawala, Helga (Hrsg.): Retrouvailles. Ehemalige Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter besuchen Bremen. Ergebnisse der internationalen Fachtagung am 15./16. Mai 1995 in Bremen, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Fachbereich 10 der Universität Bremen, 1996 (zweisprachig: deutsch-französisch)

Dokumentation einer Wiederbegegnung ehemaliger französischer Kriegsgefangener und Arbeitsdeportierter mit der Stadt Bremen und seinen Einwohnern. Neben einem Symposium zur Zwangsarbeit französischer Kriegsgefangener und italienischer Militärinternierter in Bremen enthält sie Briefe der Gäste, Presseberichte und Aufzeichnungen der Autorin über den Besuchsaufenthalt.

Dorn, Fred/ Heuer, Klaus (Hrsg.): „Ich war immer gut zu meiner Russin“: Struktur und Praxis des Zwangsarbeitssystems am Beispiel der Region Südhessen, Pfaffenweiler 1991

In dieser Publikation werden die Ergebnisse eines zweijährigen Projekts zum Thema „Zwangsarbeit in Südhessen von 1939-1945“ der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau (EKHN) vorgelegt. Am Beispiel einer ländlich geprägten Region und auf Grundlage von Archivrecherchen und Zeitzeugeninterviews (v.a. deutsche Nachbarn und Arbeitgeber; ehemalige Zwangsbeschäftigte, die in der Region geblieben sind; ehemalige Zwangsbeschäftigte, die in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind) wird umfassend das System von Zwangsarbeit und der gesellschaftliche Umgang mit dem Thema nach dem Krieg beleuchtet.

Fings, Karola: Begegnungen am Tatort. Besuchsprogramme mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Ein Leitfaden [hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Deutscher Städtetag; Projektgruppe Messelager], Düsseldorf 1998

Bis heute der einzige komprimierte Leitfaden mit zahlreichen praktischen Hinweisen zur Durchführung von Besuchsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter. Vorangestellt ist ein kurzer historischer Abriss zur Entwicklung der Programme – sowohl deutschlandweit als auch speziell in Köln. Zahlreiche Initiativen benutzen diesen Leitfaden zur Vorbereitung von Besuchsprogrammen.

Frackmann, Adelgunde/ Ruthardt, Inge/ Skrodzki, Hannelore (Hrsg.): „Dass ich heute hier bin, stimmt mich sehr zufrieden...“ Berichte von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bei W.C. Heraeus. Eine Dokumentation (Redaktion: Karola Fings), Köln 2003

Eine Dokumentation über die Lebensgeschichte und den Besuch von acht ehemaligen Zwangsarbeitern bei Heraeus in Hanau. Dies ist die bislang einzig bekannte ausführliche und publizierte Schilderung eines Besuchs auf Einladung eines deutschen Unternehmens.

Kohne, Helga/ Laue, Christoph (Hrsg.): Deckname Genofa. Zwangsarbeit in Herford 1939 bis 1945, Bielefeld 1992

Das erste Lesebuch der Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben DGB/VHS veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Aktivitäten und Spurensuche zur Zwangsarbeit in Herford und gibt tiefen Einblick in den nationalsozialistischen Alltag und das Leben der Zwangsarbeiter. Außerdem ist eine Begegnung mit polnischen ehemaligen Zwangsarbeitern beschrieben wie auch die Entwicklung der Arbeit der Geschichtswerkstatt in den Jahren 1984 bis 1991.

Kohne, Helga/ Laue, Christoph (Hrsg.): Mariupol-Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945, Bielefeld 1995

Das zweite Lesebuch der Herforder Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben dokumentiert weitere Forschungs- und Rechercheergebnisse zu ukrainischen Zwangsarbeitern in Herford wie auch der Aufarbeitung der Geschichte nach 1945. In einem gesonderten Kapitel wird die mühsame Spurensuche nach Überlebenden in der Ukraine und schließlich ihr Besuch in Herford geschildert.

Haikal, Mustafa: Einige Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG), in: Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945. Beiträge eines Kolloquiums in Chemnitz am 16. April 2002, hrsg. v. Sächsischen Staatsministerium des Inneren, Halle (Saale)/Dresden 2002, S. 81–88

Der Aufsatz schildert die historischen Hintergründe und den Prozess der gesellschaftlichen und historischen Aufarbeitung der Zwangsarbeit bei HASAG in der DDR und nach der Wende.

Hertz-Eichenrode, Katharina: „Ich hätte nichts dagegen, noch einmal nach Hamburg zu kommen.“ Erfahrungen aus dem Hamburger Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter, in: Gegen Vergessen - Für Demokratie, (2004) Heft 41, S. 24–29, und in: Gedenkstätten Rundbrief, (2004), Nr. 119. S. 19–26

Der Aufsatz beschreibt die grundsätzlichen Rahmenbedingungen, den Ablauf des Hamburger Besuchsprogramms und persönliche Eindrücke aus Sicht der Gastgebenden und der Gäste. Er enthält zahlreiche Zitate aus Briefen ehemaliger Zwangsarbeiter.

Magistrat der Stadt Stadtallendorf und Förderverein für Stadt- und Regionalgeschichte Stadtallendorfs 1933-1945 e.V. (Hrsg.): „Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung.“ Dokumentation der Internationalen Tage der Begegnung in Stadtallendorf, KZ-Außenlager Münchmühle/Nobel vom 21. bis 26. Oktober 1990, Stadtallendorf 1991 (zweisprachig: deutsch-ungarisch)

Eine Dokumentation des Besuchs von 148 ehemaligen jüdisch-ungarischen KZ-Häftlingsfrauen in Stadtallendorf. Enthalten sind die Reden der Begegnungstage, historisches Material und Presseberichte, die auf Wunsch der Teilnehmerinnen wie auch derjenigen, die nicht an der Begegnung teilgenommen haben, dokumentiert wurden.

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf (Hrsg.): „Verschiedene Erfahrungen – verschiedene Welten. Begegnen will gelernt sein.“ Begegnungsprojekt im Rahmen des Besuchsprogramms der Landeshauptstadt Düsseldorf für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Polen, 2. bis 7. November 2001, Düsseldorf 2002

Dokumentation des Düsseldorfer Begegnungsprojekts mit einer Darstellung der Entstehung und Planung der Begegnung durch eine sehr gemischt zusammengesetzte Begleitgruppe, den Programmablauf und des im Rahmen der Begegnung realisierten Schülerprojekts. Ergänzt werden diese durch zahlreiche Fotografien und Kurzporträts mit Zitaten der polnischen Besucher.

Pierwszy Krok – Ein erster Schritt. Zwangsarbeit in der Region Niepars (1939–1945). Ein Forschungs- und Begegnungsprojekt mit Zeitzeugen, o.O., o.J. (zweisprachig: deutsch-polnisch)

Sehr eindrucksvoll gestaltete, handgefertigte Dokumentation eines Jugend- und Schulprojekts im nordvorpommerschen Niepars, das von Civitas gefördert wurde. Die Dokumentation enthält neben kurzen thematischen Überblickskapiteln zu verschiedenen Aspekten der Zwangsarbeitsthematik vor allem Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter aus Polen und die Ergebnisse von Zeitzeugeninterviews und Recherchen der Jugendlichen. Sie ist zudem reichhaltig mit Fotografien und Karten material bebildert.

Sinnwell, Werner: „Wir dachten alle, keine erinnert sich an uns.“ Spurensuche in der Ukraine, Schalksmühle 2002

Schilderung der ungewöhnlichen Spurensuche eines Unternehmensleiters, der sich als Sohn eines Fabrikanten an die ukrainischen Zwangsarbeiterinnen erinnerte, diese ausfindig machte und persönlich besuchte.

Stadt Ditzingen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Ditzingen, 1939-1945, Gerlingen 2003 (Ditzinger Schriften, Bd. 2)

Die Dokumentation gibt einen komprimierten und ansprechend gestalteten Einblick in die Aktivitäten einer kleineren Stadt zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels ihrer Geschichte. Neben einer regionalhistorischen Einführung sind vor allem die Ergebnisse eines Schülerprojekts zum Thema ausführlich dokumentiert, unter anderem die Resultate einer Umfrage zum Kenntnisstand der lokalen Bevölkerung über das Thema. Außerdem sind Auszüge aus dem Protokoll einer Stadtratssitzung enthalten, in der über die Auseinandersetzung mit dem Thema debattiert und abgestimmt wurde und ein kurzes Porträt der Ditzinger Spendeninitiative zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter.

Stadt Tuttlingen (Hrsg.): „Wir hatten immer Hunger.“ Dokumentation eines Besuchs von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern nach 50 Jahren in Tuttlingen, bearbeitet von Gunda Woll/ Marliese Allgaier-Schutzbach/ Arnulf Huegel, Tuttlingen 1998 (dreisprachig: deutsch-polnisch-russisch)

Neben der Schilderung, der Entwicklung des Begegnungsprogramms, und einer kurzen regionalhistorischen Einführung enthält die Dokumentation vor allem Einzelporträts der polnischen und ukrainischen Männer und Frauen, die auf Briefen und Zeitzeugen-Interviews basieren. Ergänzt werden die Texte durch eine Vielzahl von historischen und aktuellen fotografischen Porträts der Gäste und der Begegnung im Jahr 1995.

4.2.2 Film- und Audiodokumentationen

Die Rollbahn, Deutschland 2003 (Autoren und Regie: Malte Rauch/Bernhard Tücke/ Eva Voosen)

Ein bemerkenswerter Dokumentarfilm, dem es gelingt, in 86 Minuten die gesamte Geschichte von der (Wieder-)Entdeckung des KZ-Außenlager Walldorf Anfang der 1970er Jahre über die mühsame Spurensuche zur Geschichte des Lagers bis zur Begegnung mit Überlebenden des Lagers im Jahr 2000 anlässlich der Einweihung eines historischen Lehrpfads zu dokumentieren. Aus dem Film geht eindrücklich hervor, gegen welche politischen und gesellschaftlichen Widerstände Menschen ankämpfen müssen, die auf regionaler Ebene gegen die Tabuisierung der NS-Geschichte angehen wollen. Zugleich zeigt er auch das Engagement lokaler Politiker und vor allem Jugendlicher für die Würde und die Rechte der Opfer in Hinblick auf ihre Entschädigungsansprüche gegenüber einem deutschen Großunternehmen, das sich lange gegen diese Forderungen gewehrt hat.

„Wir hätten ins KZ kommen können“ Wiedersehen nach 57 Jahren – Maria und Lydia erinnern sich, Deutschland 2003 (ein Film von Jürgen Kinter)

Der Film dokumentiert die Begegnung zweier Frauen, die während der NS-Zeit in einer Hamburger Fabrik gearbeitet hatten, und sich nach 57 Jahren erstmals wieder begegnen: Maria, eine ukrainische Zwangsarbeiterin, und Lydia, eine deutsche Fabrikarbeiterin, die Maria und den anderen ukrainischen Frauen damals trotz drohender Bestrafung half. Beide Frauen schildern – jede aus ihrer Perspektive – dieselben Begebenheiten, wodurch der Film ein lebendiges Bild von der Situation der deutschen und der ukrainischen Arbeiterinnen zeichnet. Zudem wird am Handeln Lydias deutlich, dass Zivilcourage auch im Nationalsozialismus möglich war.

„Wir müssen uns öffnen, damit etwas bleibt“, Deutschland 2004 (ein Film von Helmuth Bauer und Lea-Rosa Lambeck)

Eine Gruppe von Jugendlichen aus dem Ökumenischen Zentrum und der Wilhelm-Leuschner-Oberschule in Berlin-Spandau begleitet an Ostern 2002 Ágnes Bartha an die Orte ihrer Kindheit und Jugend in Ungarn und auf dem Weg, den sie im Herbst 1944 bei ihrer Deportation ins Frauen- Konzentrationslager Ravensbrück und zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz zurücklegen musste. Die Jüdin Ágnes erzählt den deutschen „Urenkeln“ ihre Geschichte und sagt: „Das Wichtigste für uns Überlebende ist, dass sich die Jugend in Deutschland mit unserem Schicksal beschäftigt.“

„Es hat sich gelohnt, so lange zu leben“, Deutschland 2004 (ein Film von Helmuth Bauer und Astrid Schomäcker)

Deutsche und ungarische Jugendliche begleiten im Herbst 2002 Ágnes Bartha an die Orte, wohin die ungarische Jüdin im Herbst 1944 aus ihrer Heimat deportiert wurde. Im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, in der Genshagener Heide bei Ludwigsfelde und auf der Todesmarschstrecke erzählt sie den „Urenkeln“ ihre Geschichte von KZ-Haft und Zwangsarbeit für Daimler-Benz. In Ravensbrück feiern sie gemeinsam Schabbat und den 80. Geburtstag von Ágnes. Ein heilender Prozeß für Ágnes und befreiende Begegnungen für beide Seiten. Die 16-jährige Astrid Schomäcker erzählt den Film.

4.2.3 Internetseiten

www.zwangsarbeit-augsburg.de

Homepage der Initiative für Entschädigung von Zwangsarbeit in Augsburg, mit Porträts über Begegnungen, Informationen zu einem Schülerwettbewerb zum Thema Zwangsarbeit und Hintergrundinformationen zu sonstigen Aktivitäten zum Thema in Augsburg.

www.ekbo.de (Stichwort: Zwangsarbeit)

Homepage der „Arbeitsgruppe NS-Zwangsarbeit“ der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz mit ausführlichen Informationen zu den Forschungsergebnissen der Arbeitsgruppe, Presseberichten über die Einweihung eines Mahnmals und die Begegnung mit einem Zeitzeugen.

www.zwangsarbeit-gersthofen.de

Homepage der Projektgruppe „Zwangsarbeit in Gersthofen“ des Paul-Klee-Gymnasiums mit ausführlichen historischen Hintergrundinformationen, einer Darstellung über die Projektarbeiten zum Thema „Menschen unter dem Terror des Nationalsozialismus“ in Gersthofen und zahlreichen Presseberichten über das Engagement der Projektgruppe.

www.schulserver.hessen.de/moerfelden-walldorf/bertha-von-suttner/index.htm

Homepage der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf mit ausführlichen Informationen zur Geschichte des KZ-Außenlagers Walldorf, dem Prozess der (Wieder-)Entdeckung des ehemaligen Lagers und der Aufarbeitung seiner Geschichte seit den 1970er Jahren bis heute.

www.muenster.de/stadt/zwangsarbeit/index1.html

Online-Präsentation der Forschungsergebnisse zum Thema „Zwangsarbeit in Münster“ mit umfangreichen historischen Informationen (auch über die Zeit nach 1945) und zahlreichen Fotografien.

www.ost-arbeiter.de

Online-Auftritt der Berliner Theaterprojekte „OST-Arbeiter“ und „Tänzerin hinter Stachel-draht“ des Vereins Berliner Unterwelten e.V.

www.zeitzeugen-dialog.de

Homepage der Brücke/Most-Stiftung in Dresden zum Projekt „Zeitzeugen-Dialog“ (gefördert vom Fonds „Erinnerung und Zukunft“) mit umfangreichen Informationen zu Zeitzeugen-Begegnungen und ihrer pädagogischen Vorbereitung beziehungsweise Begleitung.

www.zwangsarbeit-in-berlin.de

Homepage des Fördervereins für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangarbeit in Berlin-Schöneweide mit zahlreichen Links zu den Aktivitäten der Berliner Vereine und Initiativen, historischen Hintergrundinformationen und aktuellen Informationen zum geplanten Dokumentations- und Begegnungszentrum.

www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Homepage der Berliner Geschichtswerkstatt mit umfangreichen Informationen zur Geschichte von NS-Zwangarbeit in Berlin, zahlreichen Links und einem Publikationsverzeichnis zum Thema deutschlandweit, einer rückblickenden und aktuellen Übersicht über die themenbezogenen Aktivitäten der Geschichtswerkstatt, anderer Initiativen in Berlin und sonstigen deutschen Städten.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1** „Aufruf an alle ehemaligen jüdischen Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg“, Ausschnitt aus dem Argentinischen Tageblatt vom Sommer 1966, (Quelle: die tageszeitung, 28.12.2995)
- Abb. 2** „Wer kennt noch frühere jüdische Bürger?“, in: Höchster Kreisblatt, 18.1.1979
- Abb. 3-5** Gerhard Behnke
- Abb. 6** „Vostotschye rabotschie, otkliknites“, in: Prawda 27.3.1991 (Quelle: Kohne, Helga/Laue, Christoph (Hrsg.): Deckname Genofa. Zwangsarbeit in Herford 1939 bis 1945, Bielefeld 1992, S. 15)
- Abb. 7** „Marl benennt Rathausallee nach überlebender Polin von Ausschwitz“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 6.4.1984
- Abb. 8** arbeiterfotografie.com
- Abb. 9** aus Westfalenblatt (Quelle: Kohne, Helga/Laue, Christoph (Hrsg.): Mariupol-Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945, Bielefeld 1995, S. 137)
- Abb. 10-11** arbeiterfotografie.com
- Abb. 12** Moerser Monat, Nr. 3-19.Jg., Feb 2003
- Abb. 13** Stadt Ditzingen (Hrsg.): Zwangsarbeit in Ditzingen 1939-1945, Gerlingen 2003 (Ditzinger Schriften, Bd. 2)
- Abb. 14-16** Dieter Wendland, Grafik-Design Büro Berlin
- Abb. 17** „Zwangsarbeiterin aus Leningrad lädt Gocher Bauernfamilie eine“, in: Rheinische Post, 9.2.1991
- Abb. 18** „Gefunden: Bauernfamilie Bochkorn aus Hülm“, in: Rheinische Post, 16.2.1991
- Abb. 19** Volkswagen AG
- Abb. 20** Frackmann, Adelgunde/Ruthardt, Inge/Skrodzki, Hannelore (Hrsg.): „Dass ich heute hier bin, stimmt mich sehr zufrieden...“ Berichte von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bei W.C. Heraeus. Eine Dokumentation, Köln 2003.
- Abb. 21** Arbeit bei Stiegelmeier (Quelle: Kohne, Helga/ Laue, Christoph: Mariupol-Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945, Bielefeld 1995, S. 140)
- Abb. 22** „Opening to the past“, in: Stars and Stripes 1978 (Quelle: Museum der Stadt Mörfelden-Walldorf)

- Abb. 23** Brief der Schüler der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf an die Firma Züblin (Quelle: Museum der Stadt Mörfelden-Walldorf)
- Abb. 24** „Pierwszy krok – ein erster Schritt“. Zwangsarbeit in der Region Niepars (1939–1945). Ein Forschungs- und Begegnungsprojekt mit Zeitzeugen, o.O., o.J.
- Abb. 25–27** arbeiterfotografie.com

Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“

Nach Abschluss der Auszahlungen individueller Leistungen durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ an ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer bleibt der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ als Förderstiftung auf Dauer tätig.

Sein gesetzlicher Auftrag besteht darin, Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. Seit Aufnahme der Fördertätigkeit im April 2002 unterstützt der Fonds vornehmlich internationale Bildungsprojekte, humanitäre Initiativen und Stipendienprogramme.

358 Millionen Euro des Stiftungsvermögens sind in Form einer Kapitalstiftung für den Fonds „Erinnerung und Zukunft“ bestimmt. Aus den Erträgen fördert der Fonds mit jährlich rund sieben Millionen Euro vorrangig internationale Programme und Projekte, die Brücken nach Mittel- und Osteuropa, Israel und in die USA bauen.

Fonds „Erinnerung und Zukunft“

Markgrafenstraße 12-14

D-10969 Berlin

Telefon: +49 (0)30 25 92 97 80

Telefax: +49 (0)30 25 92 97 42

E-Mail: info@fonds-ez.de

www.fonds-ez.de

